



info110

1/2012

ZEITUNG DER POLIZEI BRANDENBURG



**ZWEI JAHRZEHNTE
POLIZEI BRANDENBURG**

SONDERAUSGABE



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

1991, im offiziellen Gründungsjahr der Brandenburger Polizei, war ich zwölf Jahre alt. Ich kann mich nur unscharf an die Zeit des Umbruchs, an viele Veränderungen, erinnern. Ich denke an Unsicherheit und Gespräche meiner Eltern – ob und wie es nun weitergeht, mit der Arbeit, den Kindern... – schließlich war exakt in der Nacht, in der die Mauer fiel, mein kleiner Bruder geboren worden.

Als ich sieben Jahre später Polizistin wurde, habe ich nicht darüber nachgedacht, dass auch meine Kolleginnen und Kollegen diesen Umbruch erlebt haben. Privat – vor allem aber beruflich – waren grundlegende Veränderungen eingetreten. Manchmal habe ich von den „alten Hasen“ Geschichten von früher gehört. „Früher“ – das war für meine Kollegen dann oft die Zeit vor der Wende und die bewegten Monate nach dem Mauerfall. Wehmut habe ich selten herausgehört, ich hörte eher Stolz – darauf, diese spannende Zeit hautnah miterlebt zu haben.

Aber nicht nur in der Zeit der Wende, auch in den zwei Jahrzehnten nach der Gründung der Brandenburger Polizei begleitete der Wandel uns Polizisten Tag für Tag.

In 14 Jahren Polizeidienst habe ich einige dieser Veränderungen selbst erlebt. Vieles vom „davor“ kenne ich dagegen nur aus den Erzählungen meiner Kollegen. Bei der Arbeit an dieser Ausgabe wurde mir bewusst, dass auch ich schon einiges von „damals“ erzählen kann. Einen Teil der Geschichte habe ich tatsächlich selbst erlebt.

Das Wissen um die Anfänge und den Wechsel in der Brandenburger Polizei schafft Verständnis für das, was ist, und das, was kommen wird. Eben deshalb ist ein Rückblick immer sinnvoll, das „hier und jetzt“ wäre ohne das „damals“ nicht. Ich lade Sie ein, liebe Leserinnen und Leser, mit dieser Ausgabe der info110 auf Reise zu gehen. Durchreisen Sie die Zeit vor Ihrem ersten Dienstantritt oder Ihre ersten Jahre als Polizist. Ich bin mir sicher, dass Sie viele der Berichte und Bilder zum Lächeln bringen werden. An manchen Stellen werden Sie nicken – „Ja, so war das“ werden Sie sagen, andere Beiträge werden Sie nachdenklich machen, auch betroffen.

Beim Stöbern in über zwanzig Jahren Polizeigeschichte wünsche ich Ihnen viel Freude. Vielleicht ist es Anlass genug, bei nächster Gelegenheit genauer zuzuhören, wenn ein Kollege von „damals“ erzählt.

Ihre

Katrin Laurisch
info110-Chefredakteurin

Herausgeber Ministerium des
Innern des Landes Brandenburg

Redaktion Ingo Decker (verantwortl.),
Katrin Laurisch

Anschrift Henning-von-Tresckow-Straße 9–13
14467 Potsdam
Telefon: (0331) 866–2069
eMail: info110@mi.brandenburg.de
www.polizei.brandenburg.de/info110

ISSN 1430-7669

Layout Rosenfeld.MRDesign

Druck Landesvermessung und
Geobasisinformation Brandenburg

Fotos: Michael Richter/Projektfoto,
Jan Wischnewski, Polizei Brandenburg
Medienzentrum FHPol, Archiv

21. Jahrgang, Nr. 1/2012
Auflage 7.000

Redaktionsschluss 30.11.2012

Wir danken allen Verfasserinnen und Verfassern für die in dieser Ausgabe veröffentlichten Beiträge. Die mit Namen versehenen Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht der Kürzung von Beiträgen vor.

Am 1. November 1991 ging Brandenburgs neue Polizeiorganisation an den Start. 1991 gilt damit als offizielles Gründungsjahr der brandenburgischen Polizei. Die info110 nimmt dies zum Anlass und widmet diese Ausgabe den zwei Jahrzehnten der brandenburgischen Polizei.

Inhalt



1992: Bundespräsident besucht
Polizeischule **SEITE 18**



1995: Die Repos kommen **SEITE 44**



1997: Oder-Hochwasser **SEITE 51**

20 JAHRE POLIZEI BRANDENBURG

Grußwort von Matthias Platzek Ministerpräsident des Landes Brandenburg	4
Grußwort von Dietmar Woidke Minister des Innern des Landes Brandenburg	5
Strukturen der Polizei vor der Wende Außer der Volkspolizei unterstanden dem MdI auch Feuerwehr und Strafvollzug	6
Neustart mit einer Handvoll Leuten Auf dem Weg der Wende, Bereitschaftspolizist Andre Elsaßer blickt zurück	8
„Sofort und unverzüglich“ Lange Schlangen und die polizeiliche Reaktion auf die neue Reiseverordnung	10
Eine Gewerkschaft für Angehörige der DVP	11
„Wir machen jetzt Demokratie!“ Brandenburgs erster Innenminister Alwin Ziel über die Aufbaujahre	12
6 Fragen an ... Uta Leichsenring – eine ehemalige Polizeipräsidentin	14
Verkehrspolizei in Brandenburg – gestern und heute Verkehrspolizist Klaus Rudolph erinnert sich	16
In Deinem Abschnitt bist Du zuständig und musst immer ran Manfred Klingbeil – ein Revierpolizist erinnert sich	18
Holzspäne, Klebmasse und 2,5 Mio US Dollar Aus einem Diebstahl eines Friedrich-Gemäldes folgt die Suche nach dem Bernsteinzimmer	19
Aufbauhelfer in Potsdam	22
Politisch-juristische Entwicklung und die Auswirkungen auf die Polizei 1989–1992	24
Chronik der Jahre 1999–2011	27
Start ins dritte Jahrzehnt	106

Grußworte für die Sonderausgabe info110 aus Anlass des 20-jährigen Bestehens der Brandenburger Polizei



Liebe Leserinnen und Leser,

rund 20 Jahre brandenburgische Polizei - seit über zwei Jahrzehnten sorgen Sie für Sicherheit und Ordnung in unserem Land. Dies waren bewegte Jahre für die „alten Hasen“ in der Polizei und jeden Einzelnen in Brandenburg. Wir haben vieles erreicht in dieser Zeit.

Unsere Polizistinnen und Polizisten haben in pflichtbewusster, harter und auch gefährlicher Arbeit Brandenburg zu einem sicheren Land gemacht. Und das wird es bleiben. Dabei haben sich seit der friedlichen Revolution ja nicht nur die Strukturen der Polizei, sondern auch die der Gesellschaft, in der wir leben, geändert. Die Aufgaben sind dabei breiter geworden, die Polizei und Staatsanwaltschaften immer wieder zum Handeln veranlassen. Ich denke an die bekannt gewordenen Fälle von Umweltkriminalität oder die Bekämpfung der Korruption. Gerade Bestechlichkeit und Bestechung müssen im Keim erstickt werden, weil sie sonst Staat und Gesellschaft dauerhaft schwer beschädigen.

Recht und Gerechtigkeit sind Werte, die für den Zusammenhalt einer Gesellschaft unabdingbar sind. Ihre Verteidigung steht an erster Stelle. Die Arbeit der Polizistinnen und Polizisten ist deshalb das starke Rückgrat unserer rechtsstaatlichen Ordnung. Und Sie, liebe Leserinnen und Leser, sind nach wie vor die Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land - ob in der Fläche oder in der Stadt!

Die Welt um uns herum ist in Bewegung, darauf müssen wir auch künftig reagieren. Stillstand wird nicht von Erfolg gekrönt. Deshalb wurde im vergangenen Jahr die Polizeireform in Gang gesetzt. Mein politisches Ziel ist und bleibt es, zukunftsfeste Strukturen zu schaffen, die lange tragen werden. Brandenburg soll auch in Zukunft ein sicheres Land sein. Ich bin überzeugt davon, dass die Reform mit Ihrer Hilfe und Kompetenz erfolgreich umgesetzt werden wird.

Auch für die kommenden Jahre wünsche ich Ihnen ganz persönlich Gesundheit und trotz aller Belastungen, auch für Ihre Familien, Freude an Ihrem Beruf. Ihre Arbeit ist Dienst an unserer Gesellschaft. Dafür danke ich Ihnen sehr!

Ihr

*Matthias Platzeck
Ministerpräsident
des Landes Brandenburg*



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

1991 gilt wegen der Einrichtung der ersten Polizeipräsidien als offizielles Gründungsjahr der brandenburgischen Polizei. Die info110 nimmt dies zum Anlass und widmet diese Sonderausgabe der Geschichte der brandenburgischen Polizei.

Mehr als 20 Jahre Polizei Brandenburg – ereignisreiche Jahre, deren bewegte Anfänge sicher Vielen von uns noch in Erinnerung sind. Natürlich hat nicht jeder von Ihnen diese Zeit unmittelbar erlebt oder ist gar seit zwei Jahrzehnten Polizist. Einige Auszubildende der Brandenburger Polizei waren 1991 noch nicht geboren. Sie sind bereits „Nachwende-kinder“. Was langjährige Kollegen hautnah miterlebten, kennen die „Jungen“ nur aus Büchern, Fernsehen und Erzählungen.

Mit der friedliche Revolution und den Veränderungen der Wendezeit brach auch für die Polizei eine Zeit des Wandels an. Und dieser Wandel, die Veränderungen, auch die Zustände vor dem Mauerfall – sollen lebendig bleiben. Es ist wichtig, um die Vergangenheit zu wissen, denn ohne Rückbesinnung fehlt der Blick für das Heute.

Seit zwei Jahrzehnten sorgen Sie rund um die Uhr für Sicherheit in Brandenburg oder unterstützen in Verwaltungs- und Servicebereichen den Einsatz Ihrer Vollzugskollegen. Unsere moderne und dynamische Polizei lebt von ihren Mitarbeitern. Für Ihre schwierige und nicht selten auch gefährliche Arbeit verdienen Sie unser aller Respekt und Anerkennung.

Über zwanzig Jahre geben jede Menge interessanten Stoff her, man könnte sicher mehrere Bücher darüber schreiben. Lassen Sie uns mit dieser Ausgabe gemeinsam Rückschau halten auf diese interessante Zeit.

Ihr

*Dietmar Woidke
Minister des Innern
des Landes Brandenburg*



Strukturen der Polizei vor der Wende

Für die öffentliche Sicherheit und Ordnung war das Ministerium des Innern der DDR zuständig. Außer der Volkspolizei unterstanden dem Mdi auch Feuerwehr und Strafvollzug.

Zur Deutschen Volkspolizei, (DVP) die durch den Chef der Volkspolizei geführt wurde, gehörten die Schutzpolizei, die Verkehrspolizei, die Kriminalpolizei mit den Kommissariaten 1 bis 9, die Transportpolizei, das Pass- und Meldewesen und der Betriebsschutz. Sie hatte damit ungleich mehr Aufgaben als die heutige Landespolizei.

Die Offiziere der VP, die vergleichbar mit den heutigen Laufbahnen des gehobenen und höheren Dienstes sind, trugen militärische Dienstgradbezeichnungen wie beispielsweise „Leutnant der VP“.

In jedem der damaligen 14 Bezirke der DDR gab es eine Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei (BDVP), im späteren Brandenburg waren dies die BDVP Potsdam, die BDVP Frankfurt (Oder) und die BDVP Cottbus. Die Bezirke waren ihrerseits in Kreise gegliedert. In jedem dieser Kreise bestand ein Volkspolizeikreisamt (VPKA). In den Orten und Stadtteilen gab es Abschnittsbevollmächtigte (ABV). Zur Unterstützung hatte die DVP freiwillige Helfer.

Die Kreisämter wurden je nach Größe und Bedeutung in drei Kategorien eingeteilt. So fiel das VPKA Potsdam in die höchste Kategorie.

Am Beispiel des VPKA Oranienburg wird die Struktur der DVP dargestellt. Das VPKA Oranienburg war ein VPKA der Kategorie II. Es hatte einen Personalbestand von ca. 640 Angehörigen und Zivilbeschäftigten.

Die wesentlichsten Aufgaben bestanden in:

- der Gewährleistung der Öffentlichen Ordnung und Sicherheit
- dem Schutz der Staatsgrenze
- dem Schutz der Volkswirtschaft
- dem Schutz der Transitwege zu Lande und zu Wasser
- der Erfüllung von Aufgaben im Rahmen der Landesverteidigung
- der Ausbildung der Kampfgruppen der Arbeiterklasse
- der Ausbildung der Brandschutzeinheiten.

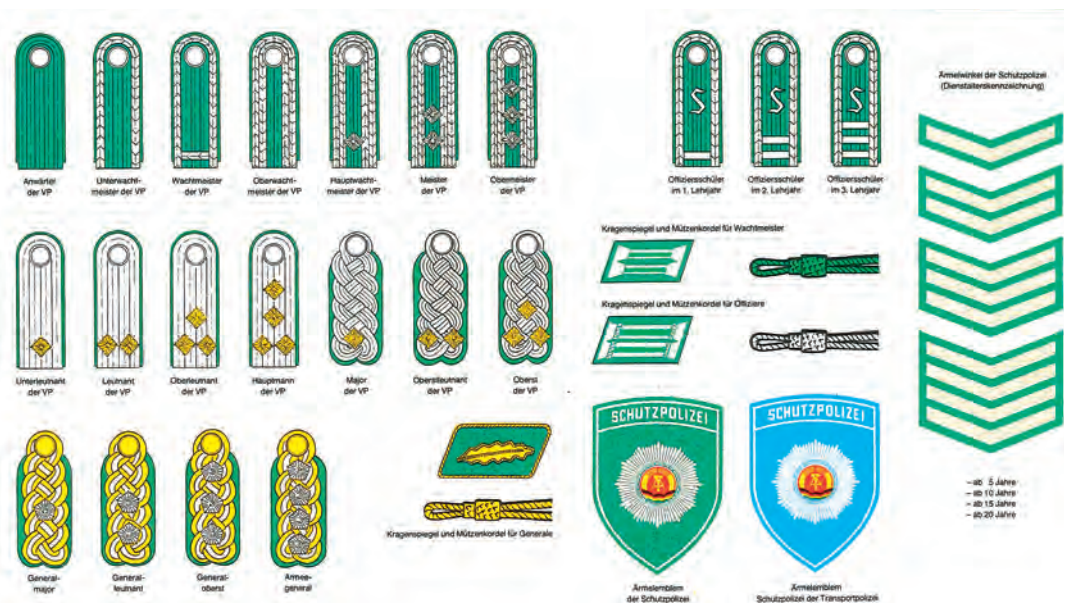
An der Spitze stand der Leiter VPKA. Dieser hatte drei Stellvertreter: den Stellvertreter des Leiters, den Stellvertreter des Leiters und Stabschef sowie den Stellvertreter des Leiters für politische Arbeit.

Struktur der VPKÄ

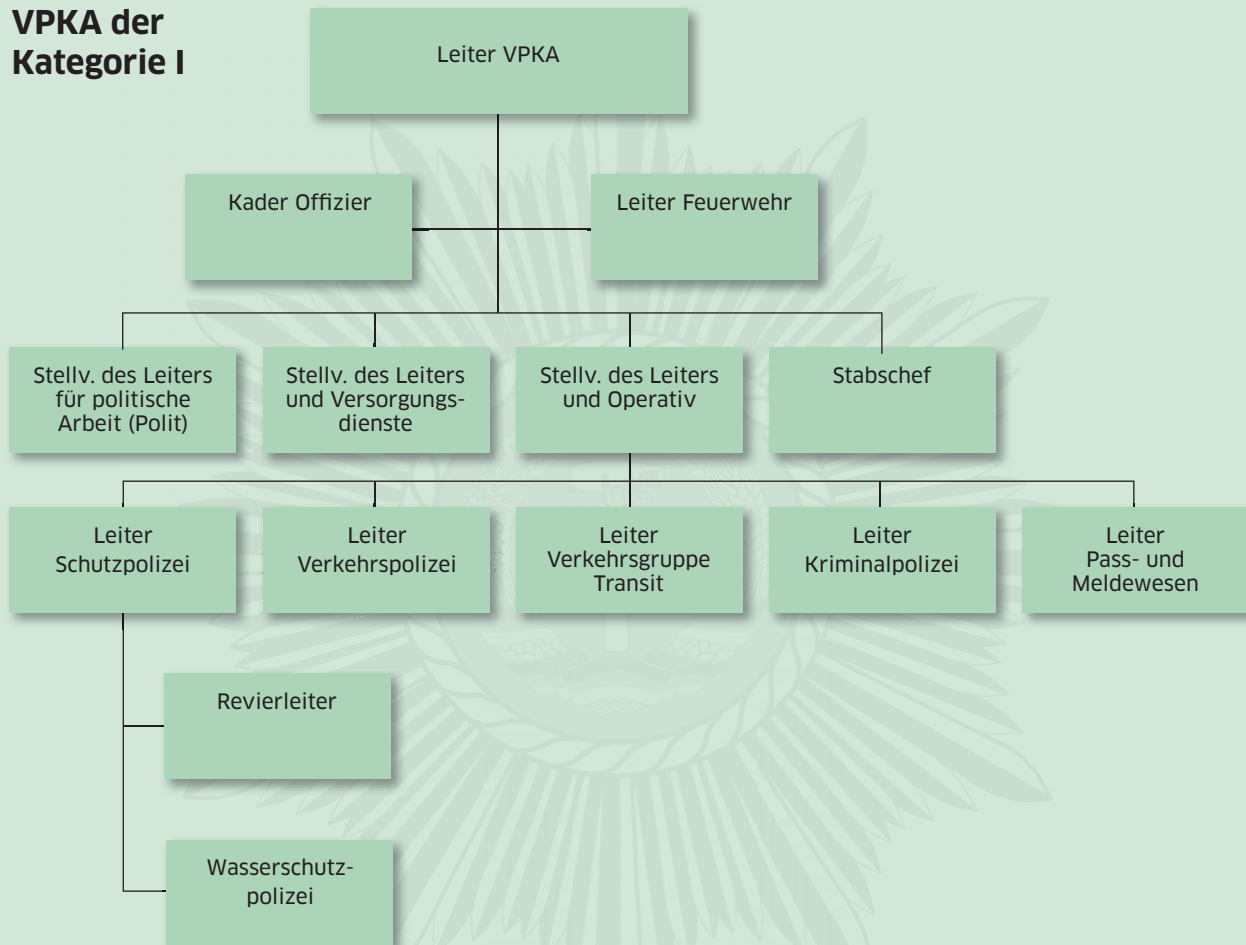
Unterhalb der Leitungsebene gab es im VPKA folgende Aufgabenbereiche:

- Die Kriminalpolizei mit Kommissariaten mit vergleichbaren Aufgaben wie heute sowie Sonderaufgaben, die im Zusammenhang mit dem sogenannten Schutz der Staatsgrenze und dem Zusammenwirken mit dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS) bestanden.
- Die Schutzpolizei mit Revieren, den Zentralen Kräften Schutzpolizei, den Gruppenposten der Abschnittsbevollmächtigten und dem Offizier Erlaubniswesen.
- Die Verkehrspolizei mit der Verkehrsunfallbereitschaft, der KFZ-Zulassung und Fahrerlaubniswesen, der Verkehrserziehung, den Verkehrsüberwachern und dem Hilfssachverständigen.
- Die Feuerwehr mit der Abteilung und dem Kommando Feuerwehr,
- Strafvollzug mit einer Untersuchungshaftanstalt (UHA), ferner
- die Wasserschutzpolizei, Betriebsschutz,
- das Pass- und Meldewesen, die Versorgungsdienste, den Offizier für Aus- und Weiterbildung, den Kaderoffizier sowie die Verkehrsgruppe Transit.

Dienstgradabzeichen der Volkspolizei



VPKA der Kategorie I



Anhand dieser Struktur ist zu erkennen, dass eine Reihe von Aufgaben auch heute durch die Polizei des Landes Brandenburg wahrgenommen wird. Andere Aufgaben finden sich in anderen Ministerien und bei den Landkreisen oder werden durch private Sicherheitsdienste wahrgenommen, wie der Schutz von Unternehmen. Alle Aufgaben in Verbindung mit dem sogenannten Schutz der Staatsgrenze und der Zusammenarbeit mit dem MfS waren am Tag der deutschen Wiedervereinigung 1990 bereits Geschichte geworden.

Es gab einige Aufgaben und Besonderheiten der DVP. So wurde zum Schutz der Volkswirtschaft der Betriebsschutz geschaffen. In für die Volkswirtschaft besonders wichtigen Betrieben bestanden eigene Betriebsschutzdienststellen mit einer Kriminalpolizei. Rechtlich war es war möglich den Leitern der Betriebe Auflagen zu erteilen und Empfehlungen zu geben. Durch Nachkontrollen wurde deren Umsetzung überprüft. Wurden

die Mängel nicht beseitigt, führte dies zu Konsequenzen (Ordnungswidrigkeitenverfahren). Diese Rechte hatte auch die Feuerwehr, die mit dem Betriebsschutz sehr eng zusammenarbeitete. Grundlage für deren Handeln war das Brandschutzgesetz der DDR.

Erweiterte Aufgabengebiete

Neben dem Schutz der Betriebe wurden der Waldbrandschutz, der Schutz der Ernte und der Brandschutz in Wohnstätten durch Maßnahmen der Feuerwehr und teilweise des Betriebsschutzes umgesetzt.

Die Untersuchungshaftanstalten des Strafvollzuges waren direkt dem Leiter VPKA unterstellt.

Die Verkehrsgruppe Transit war nur auf der sogenannten Transitstrecke der Autobahn mit einer sehr speziellen Aufgabenstellung in enger Zusammenarbeit mit dem MfS tätig.

Das Pass- und Meldewesen nahm Aufgaben wie die Kreis-Melde-Kartei (KMK) oder Ausweis- und Visa-Angelegenheiten wahr. Es war auch zuständig für Wahllisten und Besucheranmeldung aus Berlin-West und der BRD und fungierte als Ausländerbehörde.

Ein wichtiger Bestandteil der schutzpolizeilichen Aufgabenerfüllung waren die Abschnittsbevollmächtigten. Sie bearbeiteten leichte Straftaten wie Diebstähle und Körperverletzungen. Sie überwachten die Einhaltung der Meldeordnung bei Besuchern aus dem sogenannten nichtsozialistischen Ausland. Sie erfüllten auch Aufgaben der Kriminal- und Verkehrsprävention und sanktionierten Ordnungswidrigkeiten.

Bei der Schutz- und Verkehrspolizei gab es Freiwillige Helfer der DVP, die in ihrer Freizeit Teilaufgaben der beiden Bereiche erfüllten.

■ LUTZ JAENICKE,
EHEMALS STELLV. DES LEITERS
VPKA ORANIENBURG UND STABSCHEF

Neustart mit einer Handvoll Leuten

Auf dem Weg der Wende, Bereitschaftspolizist Andre Elsaßer blickt zurück



Andre Elsaßer

Wie viele kleine Jungen hatte auch ich in meiner Kindheit den Traum, ein richtiger Polizist zu werden. Mein Kindheitstraum erfüllte sich im September 1987. Nach einem Studium an der Offiziershochschule in Dresden begann ich meinen Dienst als Zugführer in den Kasernierten Einheiten der Volkspolizei. Endlich mit Menschen arbeiten und für die Menschen da sein. Der Gesellschaft etwas zurückgeben von dem, was man schon als Vorschuss erhalten hatte. Am 7. Oktober 1989 (der letzte Geburtstag der DDR) wurde ich befördert. Oberleutnant der Volkspolizei. Ich war stolz. Aber was passierte um mich herum?

„All das, was ich mir angeeignet hatte, schien plötzlich irgendwie nicht mehr zu stimmen.“

Die Menschen wurden immer unzufriedener, die Geschäfte trotz angeblich steigender Produktionsergebnisse immer leerer. Die Wachtmeister stellten so

viele Fragen. All das, was ich mir mit viel Ehrgeiz im Abitur und Studium angeeignet hatte, schien plötzlich irgendwie nicht mehr zu stimmen. Dann gab es die ersten Demonstrationen für mehr Freiheit und Gerechtigkeit. Tausende verließen über Ungarn und die Tschechoslowakische Republik unser Land. Die erste sowjetische Zeitschrift, der „Sputnik“, wurde verboten. Mir wurde klar, dass sich etwas in Bewegung gesetzt hatte, das sich nicht mehr aufhalten ließ. Es konnten doch nicht alle Konterrevolutionäre, Aufgehetzte oder Kriminelle sein.

Auswirkungen auf die Kasernierten Einheiten

Mit meinem Zug durfte ich keine Schießausbildung mehr machen. Wir führen nicht mehr in großen Kolonnen durch Potsdam und saßen jeden Mittwoch einsatzbereit an verschiedenen Orten unserer Stadt, um auf mögliche ungenehmigte Veranstaltungen außerhalb der Kirchen reagieren zu können. Die Menschen hier in Potsdam aber waren friedlich und blieben es auch bis zum Ende. Sie wollten keine Gewalt und provozierten sie auch nicht.

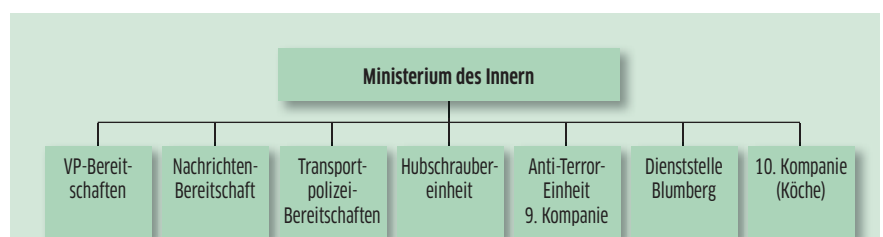
Sie wollten unser Land nicht zerstören, sondern es verbessern, freier und demokratischer gestalten. So dachten auch viele meiner Wachtmeister im Zug und damit konnte auch ich mich, als sehr junger Offizier, gut anfreunden.

„Es glaubte ja keiner, dass die Grenze offen bleibt.“

Dann öffneten sich die Schlagbäume und die Mauer wurde plötzlich für alle durchlässig. Wer hätte damit gerechnet? Selbstverständlich nutzte auch ich sofort die Gelegenheit, um zu sehen, wie die Menschen auf der anderen Seite so leben. Schließlich herrschte da ja der „böse Kapitalismus“, der die Menschen ausbeutet und unterdrückt. Außerdem glaubte ja keiner daran, dass die offene Grenze auch offen bleibt.

Die Geburtsstunde einer neuen Bereitschaftspolizei

In der Folge änderte sich mein Leben so wie das vieler damaliger Volkspolizisten. Die Wachtmeister, die ja eigentlich Wehrdienst bei uns leisteten, wur-



Die Kasernierten Einheiten des Mdi

Die zur Volkspolizei gehörenden Kasernierten Einheiten des Mdi (Ministerium des Innern) bestanden aus den 21 VP-Bereitschaften, der Nachrichten-Bereitschaft (NaB), den acht Kompanien Transportpolizei-Bereitschaften, der Hubschraubereinheit, der Anti-Terror-Einheit 9. Kompanie, der Dienststelle Blumberg und der 10. Kompanie (Köche). Deren Angehörige leisteten Wehrdienst und wurden über die Wehrkreiskommandos eingezogen und als Reservisten der NVA entlassen. Bei der Dienststelle Blumberg handelte es sich um den verbunkerten Befehlsstand, in den sich im Kriegsfall der DDR-Innenminister und sein Stab zurückgezogen hätten.

Oktober '89 – ein Land im Wandel

den entlassen. Jeder konnte frei entscheiden, ob er weiter machen wollte oder ob er einen Neustart in einem anderen Bereich versuchen wollte. Einige plagte wohl das schlechte Gewissen über ihre bisherige Rolle in der Polizei. Deshalb verließen sie uns freiwillig. Der allmächtige Einfluss der Partei war über Nacht wie Ostseesand durch die Finger verronnen. Zurück blieben auf dem riesigen Kasernengelände in Potsdam-Eiche eine Handvoll Leute, die bereit war, einen Neustart unter völlig anderen, „rechtstaatlichen“ Bedingungen zu wagen.

„Mit dem Abstand von gut 20 Jahren schaue ich gern auf diese spannende und ereignisreiche Zeit zurück.“

Die Geburtsstunde einer völlig neuen Bereitschaftspolizei war gekommen – und ich war wieder dabei. Die erste Zeit war schwierig. Mit den unterschiedlichsten Ämtern und Dienstgraden strukturierten wir die ersten Einsatzeinheiten. Wir setzten die neue Rechtsordnung durch, die wir noch gar nicht richtig kannten. In dieser Zeit verließen sich viele auf ihr Bauchgefühl und Rechtsempfinden. Was ist gerecht und was nicht. Alles zum Wohle unseres neuen, nun geeinten Volkes.

Mit dem Abstand von gut 20 Jahren schaue ich gern auf diese spannende und ereignisreiche Zeit zurück. Wenn ich mit meinen Söhnen oder jungen Kollegen über die damaligen Bedingungen des Dienstes spreche, wird oft ungläubig der Kopf geschüttelt. Es kann sich eben keiner vorstellen, wie das damals war. Manchmal denke ich, dass es gar nicht schlecht wäre, wenn auch sie diese Erfahrungen im Leben und in der Gesellschaft gemacht hätten. Andersrum ist es auch gut, dass es für sie von Anfang an möglich war, unter freiheitlichen und demokratischen Verhältnissen ihr Leben zu gestalten.

■ ANDRE ELSASSER

Im Sommer 1989 nahmen die Proteste des deutschen Volkes auf dem Gebiet der ehemaligen DDR an Umfang und Schärfe zu. Demonstrationen in den Großstädten gehörten zum Straßenbild und die damit verbundenen Einsätze – bis noch vor kurzem selten – gehörten nun zum polizeilichen Alltag.

Ich war Oberleutnant der VP (Volkspolizei) und wurde Anfang Oktober als Zugführer nach Berlin-Plänterwald ins zentrale Einsatzfeldlager der Bereitschaftspolizei abkommandiert. Dort angekommen organisierte ich den Wachdienst im Einsatzfeldlager. Das zentrale Feldlager beherbergte alle Einsatzkräfte für den Großraum Berlin und die nähere Umgebung. Der Dienst als Wachzugführer entsprach aus heutiger Sicht einem normalen Schichtdienst mit dem Unterschied, dass eine Schicht nicht nach 8 Stunden sondern erst nach 24 Stunden endete. Mittlerweile vergingen die Tage ohne größere Vorkommnisse und ich nahm die einzelnen Berichte von der „Einsatzfront“ in Empfang und leitete diese auch entsprechend der Vorschrift weiter.

„Verblüfft stellte ich fest, dass sich die gemeldete Lage erheblich von der offiziellen Berichtslage unterschied.“

In den Medien wurden die Ereignisse aus der Sicht der SED-Parteiführung dargestellt und entsprachen in keiner Weise den realen Bedingungen vor Ort. Irgendwann während meines Dienstes wurde Einsatzalarm für meinen Wachzug ausgelöst und ich musste das gesamte Lagerareal nach Flugblättern absuchen lassen. Während der Nachtzeit erfolgte ein sogenannter Propagandaangriff mit dem Ziel oder besser be-

schrieben mit dem Versuch einer globalen Aufklärung. Aus heutiger Sicht relativ harmlos, aber zur damaligen Zeit ein umfangreiches Politikum. Der Inhalt dieser Flugblätter befasste sich mit der SED-Politik und der Kernaussage, dass wir betrogen und belogen wurden.

„Ich konnte und wollte nicht werten.“

Den Inhalt der Flugblätter habe ich zur Kenntnis genommen und das gefundene Material an meinen nächst höheren Vorgesetzten weitergegeben. Meinen Dienst habe ich so fortgeführt als ob sich nichts ereignet hätte. Zum damaligen Zeitpunkt und unter dem gewaltigen Einfluss der Reformbewegung sowie dem systematischen Abgang der alten sozialistischen Regierung konnte und wollte ich nicht werten. Im Nachgang kamen unweigerlich Gedanken mit Bewertungscharakter und die eigene ideologische Auseinandersetzung mit der Problematik. Im Ergebnis paarten sich diese Gedanken mit einem Hoffnungsgedanken und auch einer gewissen Zukunftsangst. Mit der Wiedervereinigung und dem Aufbau eines demokratischen Staates auf dem Gebiet der ehemaligen DDR konnte ich mich wieder als Zugführer in der neuen Bereitschaftspolizei etablieren.

Seit den Oktoberereignissen '89 sind nun mehrere Jahre vergangen und ich habe mich intensiv mit meiner früheren Tätigkeit als Zugführer auseinandergesetzt. So stelle ich immer wieder fest, dass ich intensiver hinterfrage und sehr sensibel auf gewisse Entscheidungen, bezogen auf die Bewertung rechtlicher Belange, reagiere. Das blinde Ausführen von Befehlen oder besser gesagt der sogenannte „Kadavergehorsam“ gehören der Vergangenheit an.

■ FRANK SELCHOW,
FD BESONDERE DIENSTE

„Sofort und unverzüglich“

Lange Schlangen und die polizeiliche Reaktion auf die neue Reiseverordnung

Die Reisefreiheit von Bürgern der DDR war stark eingeschränkt bzw. faktisch nicht vorhanden. Dies führte zu viel Unmut bei den Betroffenen. Unter Druck geraten beschließt die ehemalige DDR-Führung ab November 1989, ständige Ausreisen, also Reisen in die Bundesrepublik, nach Antragstellung zu genehmigen. Reisen in die Bundesrepublik und nach Westberlin sollten mit der neuen Verordnung bis zu 30 Tagen pro Jahr genehmigt werden. Vorgesehen war, die Erteilung eines Visums an den Besitz eines Reisepasses zu koppeln.

Doch im Jahr 1989 besaßen gerade einmal ein Viertel der DDR-Bürger einen Reisepass.

All diejenigen, die nicht im Besitz eines Reisepasses waren, hätten diesen zunächst beantragen und sich somit mindestens vier Wochen auf deren Erteilung gedulden müssen. Einer sofortigen Reisewelle aller DDR-Bürger, so meinte man damals, wäre damit ein Riegel vorgeschoben worden. Diese neue Reiseverordnung sollte am 10. November gegen 04:00 Uhr bekannt gegeben werden.

Die Mitarbeiter des Pass- und Meldewesens der deutschen Volkspolizei waren so auf den erwarteten Ansturm vorbereitet. Doch es kam alles anders, als von der damaligen DDR-Führung vorgesehen.

Günter Schabowski, Mitglied des SED-Politbüros, informierte am 9. November 1989 die Weltöffentlichkeit auf einer Pressekonferenz über die neue Reiseverordnung der ehemaligen DDR. Am Ende der Pressekonferenz, die live vom DDR-Fernsehen übertragen wurde, verlas er die neuen Reiseregeln: „Privatreisen nach dem Ausland können ohne Vorliegen von Voraussetzungen – Reiseanlässe und Verwandtschaftsverhältnisse – beantragt werden. Die Genehmigungen werden kurzfristig erteilt. Die ständige Ausreise kann über alle Grenzstellen der DDR zur BRD bzw. zu Westberlin erfolgen.“ Schabowski, der anschließend durch Journalisten in der Pressekonferenz gefragt wird, wann diese Regelung in Kraft trete, antwortete „sofort“ und „unverzüglich“.

Lange Schlangen vor den Polizeidienststellen

Ich hatte diese Pressekonferenz im Fernsehen nicht verfolgt. Einen Telefonanschluss hatte ich noch nicht und Mobiltelefone waren noch Zukunftsträume. So war eine Information durch die Dienststelle bzw. durch Verwandte oder Bekannte über Telefon nicht möglich. Auch am nächsten Morgen habe ich diese Information nicht wahrgenommen. Also bereitete ich mich, wie immer freitags, auf einen Termin im Rahmen der Vorbereitung auf das Studium an der Hochschule der Deutschen Volkspolizei in Berlin-Biesdorf vor. Also früh raus aus dem Bett, morgendliche Dusche, Frühstück und los. Radio habe ich nicht gehört, sonst hätte ich diese Neuigkeit sofort aufgenommen. Während der Fahrt zur Hochschule fielen mir die langen Schlangen an den Polizeidienststellen auf. Ich hatte aber keinen weiteren Gedanken daran verschwendet, weshalb so viele Menschen dort standen. Wer weiß, werde ich wohl gedacht haben. Nach dem Eintreffen an der Hochschule wurde ich neben weiteren Kollegen sofort über die Situation informiert und zu meiner Dienststelle zurückbeordert. Dort wieder angekommen sollte ich die Mitarbeiter des Pass- und Meldewesens des VPKA Potsdam bei der Visumserteilung unterstützen.

„Die Menschen mussten die neu gewonnene Freiheit und die damit verbundenen Reisemöglichkeiten erst einmal verarbeiten.“

Das VPKA Potsdam richtete in einer Sporthalle eine provisorische „VISA-Stelle“ ein. Es wurden Tische und Stühle für ca. 20 Mitarbeiter aufgestellt und der Einlass- und Ablaufdienst geregelt. Dann galt es an alle Wartenden, die Schlange war bereits in den ersten Stunden auf mehrere 100 Meter angewachsen, ein Visum zu erteilen.

Die Aufgabe war nicht leicht und an eine nächtliche Schließung war nicht zu denken. Auch fragte ich mich, ob alle Wartenden so ruhig ausharren werden, bis sie endlich ihr Visum im Personalausweis haben oder ob es Auseinandersetzungen geben wird, weil es möglicherweise zu lange dauert.

Wie gesagt, Störungen sind mir nicht bekannt geworden. Ich glaube auch, dass die Menschen ihre neu gewonnene Freiheit und die damit verbundenen Reisemöglichkeiten erst einmal verarbeiten mussten und gerade deshalb in einer ruhigen Art und Weise die Wartezeiten auf sich nahmen. Die Wartezeiten konnte man abschätzen, so dass einige die Schlange verließen, um für Essen und Trinken zu sorgen, andere hielten den Platz dann frei. Die Menschen unterstützten sich gegenseitig, die Atmosphäre war immer ruhig und die Stimmung nie gereizt.

„Vergessen schienen die Tage zuvor“

Im Rückblick kann ich sagen, wenn auch die ersten Tage für mich und die Mitarbeiter sehr anstrengend waren, es hat viel Spaß gemacht. Es wurde rund um die Uhr gearbeitet. In dieser Zeit begegnete ich einer Vielzahl von Menschen und kam mit diesen ins Gespräch. Keiner von ihnen hat ein schlechtes Wort geäußert bzw. sich über die Abläufe beklagt. Vergessen schienen auch die Tage zuvor, die Demonstrationen, die entstandenen Konflikte und dass die Sporthalle auch als Gewahrsam genutzt wurde.

Nach etwa 14 Tagen war der „Ansturm“ auf die provisorische „Visa-Stelle“ beendet. Einige Zeit später wurden die VPKÄ, diesmal der Bereich KFZ-Zulassung, mit einem neuen Problem konfrontiert. Viele ehemalige DDR Bürger hatten sich auf ihrer ersten Reise einen PKW, ein Motorrad ja sogar einen LKW gekauft. Diese mussten angemeldet und zu gelassen werden. Auch hier gab es wieder lange Warteschlangen, diesmal auf den Fluren der Zulassungsstellen.

■ FRANK GÜLDNER

Eine Gewerkschaft für Angehörige der DVP

Für Angehörige der Deutschen Volkspolizei (DVP), also Beschäftigte mit einem Dienstvertrag, war es nicht möglich bzw. war es nicht verlangt, Mitglied im Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB), der staatstragenden gewerkschaftlichen Organisation in der ehemaligen DDR, zu sein. Der DDR-Staat als Dienstherr und die allgegenwärtige SED waren sozusagen Interessenvertretung genug.

Viele VP-Angehörige waren jedoch durch Ausbildung oder vorheriges Arbeitsleben zwangsläufig Mitglied im FDGB. Ein Austritt wegen des Wechsels zur DVP passte nicht ins gewünschte Bild. Somit stellte man für alle Betroffenen die Mitgliedschaft im FDGB ruhend. Einem ausscheidenden VP-Angehörigen sollte es so zudem möglich sein, seine Mitgliedschaft im FDGB einfach wieder aufleben lassen zu können; so zumindest die offizielle Version für das Ruhendstellen.

Eine neue Bewegung

Von dieser Frage völlig losgelöst entstand 1989 mit Beginn der Wende in der DDR auch in der Deutschen Volkspolizei eine neue, von aktiven und auch mutigen VP-Angehörigen getragene Bewegung. In vielen Bereichen kam es unabhängig voneinander zur Bildung von Gruppen, die ihre Interessen, ihre Geschicke in einer sehr bewegten und auch unsicheren Zeit selbst vertreten bzw. in die Hand nehmen wollten.

Was später gerne ignoriert wurde, war die Tatsache, dass hier aus den Polizeibesetzten heraus eine gewerkschaftliche Bewegung entstand, die innerhalb kürzes-

ter Zeit zur Bildung der Gewerkschaft der Volkspolizei mit einem Organisationsgrad von fast 100 Prozent führte. Polizei ist und war auch in der DDR ein staatsnaher Bereich. Dienstliche Leitung und SED bestimmten die Geschicke der Polizei und auch die Arbeitsbedingungen der in ihr Beschäftigten. Die Aktivisten der ersten Stunden wollten, dass eine dritte – unabhängige – Kraft Einfluss nehmen kann. Zudem herrschte in der Wendezeit eine große Unsicherheit, was mit diesem Bereich und den in ihm Tätigen wird, wenn sich der Staat grundlegend umgestaltet bzw. sich gänzlich auflöst. Aus diesen Gründen entstand diese bemerkenswerte Bewegung und verzeichnete auch diesen immensen Zuwachs.

„Da entstand etwas Neues, dass es in dieser Form nicht geben durfte.“

Anfangs gestaltete sich die gewerkschaftliche Arbeit schwierig. Da entstand etwas Neues, dass es in dieser Form nicht geben durfte. Es verlangte schon einigen Mut, Flugblätter, Informationen und Aufrufe an die Info tafeln der Dienststellen anzubringen. Dienstliche Leiter, die sich und ihre Position in Sicherheit dachten bzw. vollster Überzeugung neben dem „Mob“ auf der Straße auch den „Mob“ in der Polizei selbst aufhalten wollten, führten mit diesen „konterrevolutionären Kräften“ intensive Personalgespräche, in denen meist jedoch nur einer sprach.

Andere Leiter, die selbst unsicher waren oder die dem Neuen aufgeschlossen gegenüber traten, duldeten diese Aktivitäten. Einige unterstützten sie sogar offensiv. Als letztlich das Innenministerium von Friedrich Dickel zu Lothar Ahrend wechselte, konnte die Spitze der gewerkschaftlichen Bewegung, der so genannte Zentralvorstand der GdVP, sogar eine Vereinbarung zur gewerkschaftlichen Betätigung im Bereich des Ministeriums des Innern abschließen. Diese öffnete der GdVP viele Türen. Räumlichkeiten, Technik und

Material wurden zur Verfügung gestellt. Diese Vereinbarung sah auch vor, Gewerkschafter für ihre Arbeit vom Dienst freizustellen.

Vieles konnte nunmehr für die Kolleginnen und Kollegen erreicht werden. Mit dem späteren Innenminister Diestel führte der Zentralvorstand der GdVP sogar Tarifverhandlungen. Zwei Vertretern der GdVP, darunter der heutige GdP-Landesvorsitzende, wurde Einblick in geheimste Finanzunterlagen des Innenministeriums gewährt, um Einsparpotentiale für geforderte Lohn- und Besoldungserhöhungen aufzuzeigen.

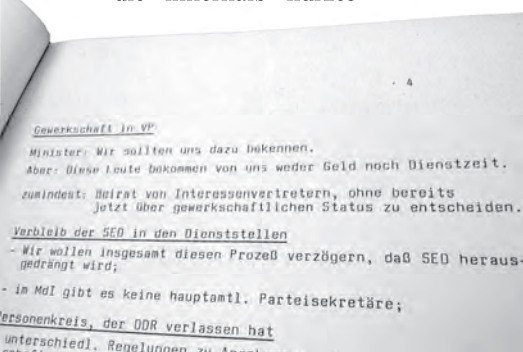
Schnell zeichnete sich jedoch ab, dass der Staat DDR sich selbst abschaffen würde. Eine mögliche Wiedervereinigung nahm immer konkretere Form an.

„Diese bis dahin einmalige Gewerkschaftsbewegung in der DVP war auf einmal auch für Polizeigewerkschaften westlich der Elbe interessant.“

Es entstanden aus kleinen Teilen der GdVP Organisationen, die der DPoG und dem BDK westlicher Prägung entsprachen. Sogar die große ÖTV buhlte um Beschäftigte in den Bereichen Strafvollzug und Feuerwehr, die damals ja noch dem Innenministerium direkt unterstellt waren. Letztlich waren das jedoch nur Randglossen; zu schnell ging der Prozess der Wiedervereinigung voran, als dass hier etwas Zeit hatte zu wachsen bzw. sich zu zersplitten.

Mit dem Ende der DDR kam auch das Ende der Gewerkschaft der Volkspolizei. Die Mehrheit der dann im originären Polizeibereich verbleibenden Kolleginnen und Kollegen entschied sich mit Auflösung der GdVP für einen Eintritt in die GdP. 20 Jahre Polizei des Landes Brandenburg sind nunmehr auch 20 Jahre Gewerkschaft der Polizei in Brandenburg.

■ MICHAEL PECKMANN, GDP GEWERKSCHAFTSSEKRETÄR



„Wir machen jetzt Demokratie!“

Brandenburgs erster Innenminister Alwin Ziel über die Aufbaujahre

Der Lehrer, Jurist und Sozialdemokrat Alwin Ziel führte das Innenministerium fast ein Jahrzehnt lang. Im info110-Gespräch wirft er einen Blick zurück auf diese prägende Zeit für die Brandenburger Polizei. „Wir haben es uns sehr schwer gemacht“, sagt Ziel im Rückblick. „Aber langsam fing es an zu funktionieren.“

Info110: Herr Ziel, dass Sie einmal Innenminister werden würden, war Ihnen als Lehrer und wissenschaftlichem Mitarbeiter in der DDR nicht gerade vorgezeichnet. Wie ist es dazu gekommen?

Alwin Ziel: In der DDR fühlte ich mich natürlich nicht animiert, in die Politik zu gehen. 1990 bin ich für die SPD in die Volkskammer gewählt worden. Natürlich war mir dieser Hemdkragen gleich ein paar Nummern zu groß, als ich so unerwartet in die Politik der zur Ende gehenden DDR durchstartete. Dann wurde ich Staatssekretär bei Regine Hildebrandt. Eines Tages kam Manfred Stolpe auf mich zu. Der Weg in die Einheit war vorgezeichnet und ich überlegte, in den Deutschen Bundestag zu gehen. Stolpe fragte mich dann, ob ich mir vorstellen könnte, in einem ostdeutschen Bundesland Aufbauarbeit zu leisten statt nach Bonn zu gehen.

Info110: Am 22. November 1990 sind Sie Innenminister in Brandenburg geworden. Erinnern Sie sich noch an ihre ersten Eindrücke von dem neuen Amt?

Ziel: Ich kam auf das Gelände der Bezirkspolizeibehörde Potsdam, das heutige Innenministerium. Wir standen da, Graf von Schwerin und ich. Wir guckten uns das an und es kam uns doch sehr fremd vor. Dann ging ich rein ins Haus, wurde von der Wache begrüßt und ging dann durch in mein Büro: Es war alles komplett leer. Wenn ich ehrlich sein soll, ich habe zwei Büroklammern gefunden und zwei Telefone. Das war die gesamte Ausstattung dieses Büros. Das heißt, wir haben angefangen mit einem Gefühl: Also so richtig gewollt sind wir hier nicht. Ab da begann

die Arbeit als Innenminister. Man kann sich die Bedingungen heute nur schwer vorstellen. Ich habe wirklich meine gesamte Zeit dieser Aufgabe gewidmet ohne Wenn und Aber – das oft 18 Stunden am Tag. Man musste alles gleichzeitig in Bewegung setzen. Das war schon eine absolute Ausnahmesituation.

Info110: Sie haben einmal gesagt, bei der Polizei mussten wir ganz von vorn anfangen. Wie hat sich der ehemalige Lehrer der Aufgabe gestellt, nun plötzlich Polizeiminister zu sein?

Ziel: Ich will mal eine kleine Begebenheit erzählen, die ziemlich prägend war und auch einiges über die damalige zentralistisch organisierte Polizei aussagt. Ich habe mir so ziemlich als erstes vorgenommen, die Polizeidienststellen aufzusuchen. Mein erster Besuch bei einer Kreispolizeidienststelle lief so: Da kommt jemand auf mich zu, in so einer Art Paradeschritt, steht plötzlich da und sagt: „Herr Minister, ich melde, die Kreispolizeidienststelle soundso ist angetreten. Wir machen jetzt Demokratie! Da gibt es gar keine Diskussion!“ Hinter mir konnten sich einige Leute kaum das Lachen verkneifen. Aber der Mann meinte das ernst. Das war sein zentralistisches Denken, dass er die ganze Zeit mit sich herumgetragen hatte. Er meinte es durchaus gut. Ich hab gesagt: Danke, aber lassen Sie es, ich bin Zivilist.

Ich wollte keine zentralistische Polizei, ich wollte eine Bürgerpolizei, so wie ich das in anderen Bundesländern gesehen hatte. Diese militärische Organisation der Polizei der DDR, die musste ich überwinden. Und ich denke, dass haben wir auch im Laufe der Zeit geschafft und ich vielen dankbar, ob aus dem Westen oder von hier, die dabei mitgeholfen haben.

Info110: Welche positiven Überraschungen oder auch Enttäuschungen sind für Sie aus der Anfangszeit besonders hervorzuheben?

Ziel: Das wirklich Bittere war, dass so viele Menschen zerrissen waren; die waren so kaputt. Die hatten für dieses zentralistische System der DDR gelebt

und gekämpft, möglicherweise auch Unrecht getan, weil das von ihnen verlangt worden ist. Und jetzt stellen sie fest: Dies alles war der falsche Weg. Ich habe nie so viele zerrissene Menschen gesehen wie in jener Zeit. Oft haben Polizeiführer, wenn ich zu Besuch kam, gesagt: Herr Ziel, kann ich sie nachher noch mal unter vier Augen sprechen. Da habe ich gemerkt, dass sie den guten Willen haben, am Aufbau mitzuwirken, aber dass manch einer von ihnen nicht wird dabei sein können. Es war sehr schwer. Wir wollten nicht alles durchgehen lassen. Wir konnten nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. So entstand der Personalfragebogen und so nahm die „Bischöfskonferenz“ ihre Arbeit auf. Für die Übernahme sollte gelten, wenn man den Dienstherrn belügt, hat das die Konsequenz, aus der Polizei entlassen zu werden. Ich bin der Bischöfskonferenz sehr dankbar, dass sie diese schwierige Aufgabe übernommen hat. Ich will jetzt nicht sagen, dass das alles fehlerlos war, was wir damals gemacht haben. Aber ich will doch sagen, dass wir es uns die Entscheidung sehr schwer gemacht haben, wer in der Polizei des Landes Brandenburg weiter arbeiten kann und wem gesagt werden sollte oder musste, von dir wollen wir uns lieber trennen. Mit der Stasi-Untertage-Behörde konnten wir dann später gegenchecken, ob uns die Wahrheit gesagt worden ist. Und jeder weiß: Arglistige Täuschung verjährt nicht.

Info110: Haben Sie im Rückblick ein gutes Gefühl dabei, dass auf diesem Wege auch operativ tätige Untersuchungsführer des MfS zur Polizei gekommen sind, die nachweislich mitgewirkt haben, Menschen ins Gefängnis zu bringen wegen nichts anderem als versuchter Republikflucht, wie das damals hieß?

Ziel: Ich kann diese Bedenken sehr wohl nachvollziehen. Aber wir haben einen DDR-Polizeiapparat übernommen, der zunächst durch den Runden Tisch überprüft war. Die Runden Tische in der DDR haben diese Dinge entschieden und viele Bereiche, wo ich auch gesagt hätte, was soll beispiels-



Alwin Ziel

1941 in Quernau (Westpreußen) geboren, verwitwet, 2 Kinder, evangelisch.

- 1960 Abitur, Lehrerstudium in Güstrow, Zweitstudium Rechtswissenschaften in Berlin, in der DDR Tätigkeit als Lehrer und wissenschaftlicher Mitarbeiter
- seit 1989 Mitglied der SPD
- 1990–1999 Innenminister und stellvertretender Ministerpräsident in Brandenburg
- 1999–2002 Arbeits- und Sozialminister in Brandenburg
- seit 1990 bis heute Landtagsabgeordneter der SPD

weise Bahnpolizei, was sollen Untersuchungsführer überhaupt in der Polizei, die waren halt da. Es war ja nicht so, dass wir sie alle nach der Landesgründung neu eingestellt hätten. Wir haben sie ganz überwiegend mit der Vereinigung übernommen; und damals gab es die Stasi überhaupt nicht mehr. Dann ging es darum, dass per Einzelfallprüfung festgestellt wurde, wer bleiben kann und wer nicht. Das war eine ganz schwierige Gratwanderung. Es mag sein, dass mancher, der damals die ganze Wahrheit auf den Tisch gelegt hat und wo man heute sagt, das ist aber eine eher grenzwertige Biographie, dass mancher davon insofern Glück hatte, dass die Bischofskonferenz gesagt hat, wir können nicht das Maß der Schuld messen. Wir können nur das Maß der Verantwortung messen. Ich würde heute sagen, wenn diese Beamten jetzt 20 Jahre gute ehrliche Arbeit für die Demokratie in Deutschland und für die Polizei in Brandenburg geleistet haben, dann ist es vielleicht doch die richtige Entscheidung gewesen.

Info110: Sie haben mal gesagt, ich war nicht voller Hass wie manch andere und ich wollte den Menschen, auch denen, die in der DDR falsch gehandelt haben, immer eine Perspektive geben, so weit es eben möglich ist.

Ziel: Das ist aus meiner Sicht nicht nur damals gültig gewesen, sondern auch

gültig geblieben. Es ist ja auch festzustellen, dass alle meine Nachfolger diesen Maßstab sehr wohl zumindest grundsätzlich akzeptiert haben. Es galt aber dann auch ab einem bestimmten Zeitpunkt, als wir mit allem durch zu sein glaubten, der Polizei den Rücken zu stärken. Das halte ich für ungeheuer wichtig, dass Polizistinnen und Polizisten sich auch auf ihren Minister verlassen können und nicht wankelmütig einmal so und einmal anders entschieden wird. Da freue ich mich besonders über den jetzigen Minister, der genau diese Linie vertritt.

Info110: Die Kriminalität stieg in den Jahren nach der Wende sprunghaft an. Die Polizei musste sich einerseits neu begründen, andererseits aber auch arbeitsfähig werden. Die Bürger forderten Schutz gegen die neuen Gefahren. Wie sehen Sie heute dieses Spannungsverhältnis?

Ziel: Wir haben damals keine Polizei vorgefunden, auf die man vom ersten Tag an als Bürgerpolizei hätte voll bauen können. Und wir waren konfrontiert mit Phänomenen, die man in der DDR gar nicht gekannt hatte. Die Bürger waren massiv verunsichert. So langsam fing es an zu funktionieren, auch mithilfe anderer Bundesländer. Der Bund hat sich nie geziert, wenn es darum ging, dass wir um Hilfe und Unterstützung in der Anfangszeit ersucht ha-

ben. Aber über das hinaus, was wir vom Bund an Unterstützung bekommen haben, ging das, was wir von Nordrhein-Westfalen kriegten. Angefangen mit den ersten Fahrzeugen für die Polizei bis hin zur Ausstattung, die eine Polizei dringend braucht, wenn sie funktionieren soll. Das alles ist mit Unterstützung von Nordrhein-Westfalen auf den Weg gebracht worden, so dass meine eigenen Verdienste relativ klein sind neben dem, was Johannes Rau und Herbert Schnoor für unser Land getan haben. Das sollte man in der Rückschau nicht vergessen.

Info110: War NRW auch im Rückblick das richtige Partnerland für Brandenburg? Das einwohnerstärkste Bundesland und ein großes Flächenland mit wenigen Bürgern, passte das wirklich zusammen?

Ziel: Wir starteten mit zwei Prämissen. Wir wollten es nicht so machen, wie unsere Vorgänger in der DDR. Wir wollten demokratisch handeln auf der Grundlage demokratisch beschlossener Gesetze. Das stand über allem. Der zweite Grundsatz war der, dass wir es möglichst auch noch besser machen wollten als die alten Bundesländer. Letztlich muss ich heute sagen, dafür reichte die Kraft eines neuen Bundeslandes nicht aus. Nordrhein-Westfalen war sehr fair. Die haben uns nichts aufgedrückt. Es gab Vorbilder. Aber nicht immer NRW. Die Struktur der kommunalen Ebene, die kam nicht aus Nordrhein-Westfalen, die kam aus Schleswig-Holstein. Wir waren auch unabhängig genug zu sagen, wir machen das anders. Zum Beispiel die zweistufige Verwaltung.

Info110: Abschließend: Sie sind fast ein volles Jahrzehnt lang Innenminister des Landes Brandenburg gewesen. Sie sind Lehrer gewesen, wissenschaftlicher Mitarbeiter, Volkshammerabgeordneter, Landtagsabgeordneter. Wie würden Sie rückblickend dieses Jahrzehnt Ihrer Amtszeit in Ihrem Leben einordnen?

Ziel: Es ist uns damals alles abverlangt worden. Es war eine hochinteressante Aufgabe, so gestalten zu können. Das ist weder vorher noch nachher so möglich gewesen. Eine ganz besondere Zeit. Ich denke sehr gern an diese Zeit zurück, obwohl ich eines gestehen muss: Ich war immer an erster Stelle Abgeordneter. Das bin ich geblieben.

Info110: Herr Ziel, vielen Dank für das Gespräch.

6 Fragen an ...

Uta Leichsenring – eine ehemalige Polizeipräsidentin

info110: Frau Leichsenring, wie wurden Sie Polizeipräsidentin?

Uta Leichsenring: Das lässt sich nicht in zwei Sätzen erklären; dazu muss ich etwas ausholen. Nach der Länderbildung und den Wahlen zum ersten Brandenburger Landtag wurde Alwin Ziel Innenminister. Als „Polizeiminister“ setzte er eine „Kleine Kommission“ ein mit dem Auftrag, die Selbstauskünfte der Polizeibediensteten über mögliche Stasi-Kontakte auszuwerten. Ich war zu diesem Zeitpunkt Leiterin der Potsdamer Außenstelle des damaligen Sonderbeauftragten für die Stasi-Unterlagen. Aus dieser Funktion heraus hatte ich Kontakt mit Minister Ziel.

Nach der Verabschiedung des Polizeiorganisationsgesetzes durch den Landtag am 20. März 1991 fragte mich der Minister, ob ich mir vorstellen könnte, an der Neugestaltung der Polizei mitzuwirken.

Jede Partei der Ampel-Regierungskoalition hatte damals die Möglichkeit, zivile Kandidaten für das Amt eines künftigen Polizeipräsidenten vorzuschlagen. Die SPD, damals stärkste Regierungspartei, schlug vier Kandidaten vor, darunter auch mich.

Ich habe mehrere Wochen gebraucht, mich zu entscheiden. Meine Funktion war ja auch nicht unwichtig – der Aufbau der Stasiunterlagenbehörde begann gerade.

„Es bot sich die Chance, etwas völlig Neues aufzubauen und mitzugestalten.“

Im Zuge der Stasiauflösung in Potsdam bekam ich schon manchen tiefen Einblick in die alten Polizeistrukturen und –praktiken, habe die Polizei dabei auch als Sicherheitspartner erlebt. Andererseits war Beharrungsvermögen gepaart mit starker Verunsicherung spürbar – es war meine Überzeugung, dass es nach mehr als einem Jahr Polizeiarbeit in alten Strukturen an der Zeit war,

endlich die Neuorganisation auf den Weg zu bringen.

So wurde ich zum 1. Juli 1991 zur Leiterin des Aufbaustabes für das künftige Polizeipräsidium Eberswalde berufen mit dem Ziel, dann die Leitung dieser Behörde zu übernehmen.

Gab es politische Vorgaben für die Aufbaustäbe?

Leichsenring: Das schon erwähnte Polizeiorganisationsgesetz vom März 1991 bildete den rechtlichen Rahmen für die Grundstrukturen der neuen brandenburgischen Polizei. Unterhalb dieses Rahmens gab es Gestaltungsräume, die in der Tat vom Innenministerium vorgegeben wurden. Insbesondere personelle und materielle Vorgaben setzten dabei deutliche Grenzen.

„Die Abschaffung der Abschnittsbevollmächtigten sorgte für viel Kritik von Bürgern und Vertretern der kleineren Kommunen.“

Für unseren Aufbaustab erfolgte die territoriale Zuordnung von sechs ehemaligen Volkspolizeikreisämtern – Angermünde, Bad Freienwalde, Eberswalde, Prenzlau, Schwedt und Templin. So wurde die Mindesteinwohnerzahl von 300.000 gem. Polizeiorganisationsgesetz für ein Polizeipräsidium erreicht.

Ziel war die Schaffung relativ eigenständiger Polizeibehörden in Form von Polizeipräsidiem mit ziviler Führung. Der weitere innere Aufbau orientierte sich weitgehend an dem der Polizei des Partnerlandes Nordrhein-Westfalen. In der unteren Ebene waren Schutzbereiche zu bilden, diese wiederum gliederten sich in Polizeihauptwachen und -wachen. Mittelbehörden, z. B. Regierungspräsidenten mit Polizeiaufgaben, wie in einigen anderen größeren Bundesländern, sollte es dagegen nicht geben. Viel diskutiert und schließ-



lich auch umgesetzt wurde in diesem Zusammenhang die zusammengefasste einheitliche Führung von Schutz-, Verkehrs- und Kriminalpolizei durch einen Abteilungsleiter, ebenso das Fungieren des Abteilungsleiters der Verwaltung als Abwesenheitsvertreter des politischen Beamten an der Behördenspitze. Unterhalb der Polizeiwache war zunächst keine weitere Ebene vorgesehen.

Wenngleich diese andererseits aber auch kritisch als Teil des Repressionsapparates der DDR betrachtet wurden, fehlten sie nun doch insbesondere im ländlichen Bereich als Ansprechpartner. Der angestrebte Ausgleich durch den Einsatz von Revierbeamten konnte anfangs aufgrund ungünstiger Schlüsselzahlen im Regelfall nicht erreicht werden.

Wie war der zeitliche und organisatorische Ablauf?

Leichsenring: Das Vertrauen in die Polizei und ihre Strukturen war damals in weiten Teilen der Bevölkerung verlorengegangen, zumindest aber erschüttert. Die Übergangsphase nach Ende der DDR in die „neue Zeit“ dauerte vielen zu lang. Es herrschte eine große Verunsicherung – auch in der Polizei –, obgleich die Sicherheitskräfte sich redlich

Uta Leichsenring

geboren in Radebeul (Sachsen), aufgewachsen in Wilhelmshorst bei Potsdam

- vom 01.11.1991 bis 31.03.2002 Polizeipräsidentin des PP Eberswalde
- 1999 Theodor-Heuss-Medaille durch Theodor-Heuss-Stiftung
- 2000 „Frau des Jahres 2000“ durch das TV-Magazin ML – Mona Lisa
- 2001 Preisträgerin „Das unerschrockene Wort“ der zwölf Lutherstädte
- seit Juli 2005 Leiterin der Außenstelle Halle der BStU

bemühten, Recht und Gesetz in der gebotenen Form Geltung zu verschaffen.

Als wir mit unserer Arbeit begannen, gingen wir davon aus, zum 1. Januar 1992 in den neuen Strukturen arbeitsfähig zu sein. Es kam allerdings anders. Der allgemeine Druck, sowohl politisch als auch aus der Bevölkerung, nach einer „neuen Polizei“ wurde nahezu körperlich spürbar. Das führte letztlich zur Einführung des neuen Modells, der neuen Präsidien bereits zum 1. November 1991.

Dem Aufbaustab gehörten etwa zehn Mitarbeiter aus verschiedenen Dienststellen an, sowie Berater aus NRW, die als künftige Funktionsträger vorgesehen waren. Auch Mitarbeiter der Bezirksbehörde Frankfurt (Oder) waren beteiligt. Wir hatten den Auftrag, die Grundlagen für die Übernahme der Verantwortung in den neuen regionalen Strukturen zu schaffen. Dazu war der Kontakt bzw. eine permanente Abstimmung mit den noch existierenden Polizei-Kreisämtern und der Bezirksbehörde in Frankfurt (Oder) nötig. Dabei galt es, nicht nur die Organisationsstrukturen, sondern auch die technische Ausstattung hinsichtlich neuer Möglichkeiten zu entwickeln und zu verändern.

Wie desolat z. B. das Fernmeldenetz war, beweist die Tatsache, dass wir anfangs mitunter Stunden benötigten, um eine Verbindung nach Potsdam zu bekommen. Die Umstellung des Notrufsystems (Zentralschaltung 110) sollte noch Jahre dauern.

Wo befanden sich die ersten Baustellen?

Leichsenring: Zu den Aufgaben des Aufbaustabes gehörte auch, die Kommunikation und künftige Zusammenarbeit mit den Kommunen und Landkreisen zu organisieren. Viele von ihnen befanden sich selbst noch in der Umbauphase.

Natürlich wurden wir auch von den Bürgern wahrgenommen bis hin zu anonymen Briefen und Vorwürfen gegen einzelne Polizisten. Andererseits wurde hier bereits das Problem der Jugendgruppengewalt im Allgemeinen wie der rechtsextremistischen Gewalt im Besonderen deutlich, das uns dann über Jahre beschäftigen sollte.

Jeder Polizeipräsident hatte die Möglichkeit, in einer Polizeibehörde unseres Partnerlandes Nordrhein-Westfalen zu hospitieren. Auch die Zeit dort - ich selbst war bei Herrn Polizeipräsident Bönninghaus in Aachen - hat mich und unsere spätere Arbeit mitgeprägt.

Dort erlebte ich z. B. eine Demonstration von Asylbewerbern und den begleitenden polizeilichen Einsatz. Diese Demonstration um die Asylbewerber-Problematik - die Ablehnung von Teilen der Bevölkerung gegen die Einrichtung von Asylbewerberheimen in Brandenburg ließ nicht lange auf sich warten - und der „Fall Amadeu Antonio“ zusammen vermittelten mir einerseits die besondere Verantwortung der Institution Polizei, bestärkten mich andererseits aber auch in meinem Ansatz zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus.

Viel Arbeit bereitete die Zuordnung der vom Innenministerium zugestandenen Personalstärke-Zahlen auf die einzelnen Struktureinheiten der neuen Behörde. Der Verteilerschlüssel orientierte sich u. a. an Belastungsgrößen, wie Verkehrsunfall- und Kriminalitätszahlen und variierte mehrfach. Wir starteten mit 571 Mitarbeitern von der Präsidentin bis zur Schreibkraft, und waren zunächst nicht einmal in der Lage, diesen Bedarf aus dem (Alt-)Bestand der sechs Polizei-Kreisämter zu befriedigen.

Wie wurde das benötigte Personal ausgewählt?

Leichsenring: Die Personalauswahl der Führungskräfte des höheren Dien-

tes erfolgte grundsätzlich durch das Innenministerium, allerdings unter Beteiligung der Polizeipräsidenten. Für die Auswahl des gehobenen Dienstes, also Führungskräfte und Sachbearbeiter in den künftigen Polizeipräsidien waren die Aufbaustäbe zuständig. In Eberswalde hatten wir dazu zwei Auswahlkommissionen gebildet, die von Beamten des höheren Dienstes (Herr Wiese war für die Schutzpolizei und Herr Gellenbeck für die Kriminalpolizei zuständig) geleitet wurden. Für die zu besetzenden Stellen lagen etwa 900 Bewerbungen vor, so dass das Auswahlverfahren erst weit nach dem 1. November 1991 abgeschlossen werden konnte.

Das war eine schwierige Aufgabe auch in Anbetracht der Selbstauskünfte-Problematik zu den

Stasi-Kontakten. Gelegentlich blieben oft auch berechtigte Vorbehalte zum Wahrheitsgehalt im Raume, die dann später in einigen Fällen zu Entlassungen führten. So gelang es beispielsweise einem ehemaligen Leiter eines Polizei-Kreisamtes aufgrund seiner Unschulds-Versicherung zunächst noch, sich eine Führungsfunktion im Polizeipräsidium Eberswalde zu erschleichen. Diese verlor er dann aber aufgrund nachgewiesener Stasi-Mitarbeit recht schnell durch Entfernung aus dem Dienst wieder. Sein Verhalten folgte, wie in vielen anderen Fällen auch, einem altbekannten Muster: Leugnen (Lügen) und abwarten, wie lange das funktioniert.

Der Umgang mit stasibelasteten Polizeibediensteten, auch die Auseinandersetzung mit dem System der K 1 innerhalb der Polizei, war für mich persönlich in der Folge leider sehr unbefriedigend. Die anonymen Briefeschreiber hatte ich schon erwähnt. Zum Teil warteten sie mit massiven Vorwürfen gegen einzelne Polizeibedienstete auf, denen natürlich nachgegangen wurde. Auch wenn zunächst andere Probleme dringlicher erschienen, so wären eine tiefere Aufarbeitung im Interesse der Glaubwürdigkeit einerseits und Selbstreinigung andererseits für den Neuanfang besonders wichtig gewesen.

Frau Leichsenring, ein abschließendes Fazit?

Leichsenring: Mit unserer Arbeit in den Aufbaustäben haben wir - nach meiner Einschätzung - eine sowohl voll funktionsfähige wie flexible Polizeistruktur geschaffen und zugleich den Grundstein für die folgende Entwicklung von einem Repressionsorgan des Staates in eine bürgernahe, zivil geführte und demokratische Brandenburger Polizei gelegt.

Verkehrspolizei in Brandenburg – gestern und heute

Verkehrspolizist Klaus Rudolph erinnert sich

Unser Verkehrsüberwachungszug agierte flächendeckend; der hohe Personalbestand machte es möglich. Zusammen mit 32 Kollegen war ich für die heute kreisfreie Stadt Brandenburg an der Havel sowie die direkt angrenzenden Ämter und Gemeinden zuständig. Hinzu kamen die Autobahn A2 und Teile der A10. Ein enger Bürgerkontakt sowie eine sehr effektive und nachhaltig erzieherisch wirkende verkehrspolizeiliche Arbeit waren das Ergebnis. Schwerpunktmäßig arbeiteten wir in den Bereichen der Geschwindigkeitsüberwachung, der Verkehrsüberwachung und der Verkehrsregulierung.

Für die reguläre Geschwindigkeitsüberwachung, welche im Übrigen grundsätzlich im Anhalteverfahren durchgeführt wurde, stand eine Kontrollgruppe zur Verfügung. Sie bestand aus einem Kleinbus „Barkas B1000“, besetzt mit zwei Kollegen. Die Verkehrsüberwachung erfolgte mit zwölf Kradfahrern und einem Funkstreifenwagen. Zu Verkehrspitzenzeiten war eine Verkehrsregulierung notwendig.

Schmerzlich: zeitnahe Ahnden von Verstößen, Stempelkarten und Verkehrsunterricht

Unsere Arbeitsweise sowie die umfangreichen Befugnisse bei der Ahndung von Verkehrsverstößen führten zu erheblichen Respekt in der Bevölkerung. Das zeitnahe Ahnden von Verkehrsverstößen in Form von Verwarnungsgeld und die Aufforderung zur Teilnahme am Verkehrsunterricht zeigten oft Wirkung. Der Unterricht war äußerst unbeliebt, weil er jeweils sonntags (!) um 09.00 Uhr durchgeführt und auf den Teilnehmerkarten vermerkt wurde. Ebenfalls schmerzlich und vergleichbar mit den heutigen Punkten in der Flensburger Verkehrssünderdatei waren die sogenannten Stempelintragungen in der Fahrerlaubnis. Diese konnte der jeweils ahndende Polizist an Ort und Stelle in die zwingend mitzuführende Stempelkarte eintragen und mit der Art des aktuellen Verstoßes versehen. So wurde jeder über das „Vor-(Verkehrs)leben“ des jeweiligen Verkehrsteilnehmers informiert. Zentralcomputerabfragen gab es ja noch nicht.

Zu den Aufgaben eines Verkehrsüberwachers zählten auch das Ferti-

gen von Ordnungswidrigkeitenanzeigen und das Durchführen von Alkoholtests bis hin zum Entzug der Fahrerlaubnis. Die Überwachung des Verkehrsraumes erfolgte flächendeckend und an Brennpunktbereichen wie zum Beispiel dem Brandenburger Stadtzentrum oder im Bereich von Wohngebieten. Fußstreifen oder der Einsatz von Krädern und Funkstreifenwagen waren gängig. Gearbeitet wurde im Zweischichtsystem und in vorab festgelegten Streifenbereichen.

Neben der alltäglichen Wahrnehmung der verkehrspolizeilichen Aufgaben führte der Verkehrsüberwachungszug auch sogenannte Komplexeinsätze durch. Hierzu zählten unter anderem zentral angesetzte Alkohol- und Geschwindigkeitskontrollen im Umfeld von Diskotheken. Bei Fußballspielen, Konzerten, Demonstrationen oder sonstigen feierlichen Anlässen übernahm der Verkehrsüberwachungszug verkehrsregulierende Aufgaben.

Ich denke, ohne Übertreibung oder Nostalgie sagen zu können, dass die Verkehrsüberwacher mit ihrer damaligen Arbeitsweise eine hohe Akzeptanz bei der Bevölkerung genossen haben.

„Als die Wendezeit anbrach, war dies gleichermaßen ein Anbruch der Neuzeit.“

In der Wendezeit machte sich nicht nur unter den Kollegen große Verunsicherung breit. Urplötzlich war alles anders. Alte Regeln, neue Regeln oder sogar Übergangsregeln? Was war von der neuen Zeit zu erwarten? Ist man als Polizist der Bevölkerung gegenüber loyal und glaubwürdig? Was ist man im Auge des Bürgers noch wert? Wie steht man als durchaus gestandener Polizist da und traut man sich soviel Neues überhaupt zu? Die Zeit blieb nicht stehen und alle Fragen wurden früher oder später beantwortet.

Sehr deutlich veränderte sich die vormals hohe Akzeptanz der Polizeiarbeit im Allgemeinen und der Verkehrspolizei im Besonderen. Der Bürger, der vor-





her Respekt vor den Kollegen hatte und zum Polizisten aufschaute, brachte nun häufig ganz offen seinen Unmut gegenüber den Uniformträgern zum Ausdruck. Beginnend mit teils unnötigen Diskussionen bei klarer Rechtslage bis hin zur Androhung oder Anwendung von Gewalt. Zu den abrupt veränderten gesellschaftlichen Reaktionen kam auch noch die anfängliche Rechtsunsicherheit. Altes DDR-Recht wurde aufgehoben und mit dem nun geltenden Recht taten wir uns von jetzt auf gleich ziemlich schwer. So schritten wir bei festgestellten Verstößen zwar ein, doch die Sanktionen blieben teilweise aus.

Der nun auf Äckern oder Brachflächen aufblühende und florierende Autohandel brachte zunehmend Fahrzeuge westlicher Bauart auf die Straßen unseres Zuständigkeitsbereiches. Oft waren diese Fahrzeuge nicht mehr die Neuesten und wiesen zum Teil erhebliche technische Mängel auf. Oft verfügten sie gar nicht erst über eine gültige TÜV-Bescheinigung. Trotzdem nahm der Fahrzeugverkehr auf unseren Straßen sichtlich zu. Das Straßenbild wurde von höheren Leistungsparametern bestimmt. Der Kraftfahrer setzte auf Pferdestärken unter der Motorhaube und war nun nicht mehr davon abzubringen, seine neue Freiheit auch auf der Straße ausleben zu können. So nahmen Verkehrsverstöße, Verkehrsunfallfluchten sowie Fahrten mit nicht pflichtversicherten Fahrzeugen mehr und mehr zu. Auch Alkoholverstöße und die ersten Anzei-



chen von Drogen im Straßenverkehr waren von nun an an der Tagesordnung. Mit jedem Tag bekam man mehr das Gefühl, die Übersicht zu verlieren.

Die Auflösung der Verkehrspolizei

1991 erfolgte die Neustrukturierung der Polizei. Kollegen wurden entlassen, die Verkehrspolizei wurde aufgelöst und das Sachgebiet Verkehrsunfallbekämpfung wurde gegründet. Personell reduziert verfügte dies über einen operativen Einsatztrupp zur Verkehrsüberwachung, einen Bereich zur Unfallsachbearbeitung, einer Sachbearbeitung für Ordnungswidrigkeiten sowie den Bereich Prävention. Die Zulassungsstelle und auch der Bereich der Verkehrsraumgestaltung (Verkehrstechnik) gingen in den kommunalen Bereich über.

Zwölf Kollegen bildeten jetzt den Einsatztrupp zur Verkehrsunfallbekämpfung. Mit sechs Krädern, einem „B1000“ und einem Funkstreifenwagen waren sie nun für den Stadt- und Landbereich des neu gebildeten Schutzbezirks Brandenburg zuständig.

„Schnell getrunken, schnell gefahren“

Das Verkehrsaufkommen erhöhte sich und die Zahl der Unfälle stieg. So bekam die Geschwindigkeitsüberwa-

chung einen neuen Stellenwert. Mit moderner Radargeschwindigkeitsüberwachungstechnik sollte Ruhe in die nun aufkommenden Verkehrsströme gebracht werden. Auch die Verkehrsdisziplin litt erheblich. So stiegen beispielsweise die Feststellungen von Alkoholfahrten im Straßenverkehr. Wo zu Zeiten der DDR der Richtwert noch bei 0,0 Promille lag, war das Führen eines Fahrzeuges nun bis zu einem Richtwert von 0,8 Promille möglich. Frei von der Nullpromilleregulierung herrschte in den Köpfen scheinbar die Motivation „schnell getrunken, schnell gefahren“.

Das Verkehrsunfallgeschehen, das vor der Reform noch von uns Kollegen der Verkehrspolizei im Alleingang abgearbeitet wurde, war nun so umfangreich geworden, dass das Sachgebiet Verkehrsunfallbekämpfung mit Kollegen der Sachbearbeitung aufgestockt werden musste. Diese zwölf Kollegen, befassten sich mit der Bearbeitung von Verkehrsunfällen, Verkehrsunfallfluchten und Verkehrsvergehensanzeigen. Unterstützung in dieser schwierigen Anfangsphase erhielt das Sachgebiet durch zwei Kollegen aus dem Partnerland Nordrhein-Westfalen. Die beiden Leverkusener berieten die hiesigen Kollegen unter anderem bei der Anzeigenaufnahme, im Fahrerlaubnisrecht, im Pflichtversicherungsgesetz oder bei der Vorgangsbearbeitung.

Die Einarbeitung dauerte nicht lange und alles ging in einen täglichen Prozess über, mit dem sich jeder der Kollegen anfreunden konnte. Schwer fiel einigen von uns jedoch die Abschaffung der Stempelkarte. Wobei aber nicht nur manchem Polizisten eine Träne im Knopfloch steckte, als er seinen Stempel nicht mehr zücken durfte. Offenbar hing und hängt so manch ein Bürger an seiner „Sammelkarte“, denn ab und an fällt noch heute bei einer Kontrolle das Kärtchen aus der Fahrerlaubnishülle und bringt ein verlegenes Lächeln zum Vorschein. Neben all diesen Veränderungen, die von den Kollegen einiges abverlangte, absolvierten wir umfangreiche Fortbildungsveranstaltungen. So arbeiteten wir bis zur nächsten Reform auch in dieser Struktur erfolgreich. 2002 wurde das Sachgebiet Verkehrsunfallbekämpfung erneut umstrukturiert. Der Verkehrsdienst und das Verkehrskommissariat in der Kriminalpolizei wurden gegründet.

Resümierend ist für mich jedoch wichtig, dass es uns gelungen ist die Verkehrssicherheit auf Brandenburgs Straße stetig zu erhöhen, was an den kontinuierlich sinkenden Unfallzahlen sichtbar ist.

■ PHK KLAUS RUDOLPH

In Deinem Abschnitt bist Du zuständig und musst immer ran

Manfred Klingbeil – ein Revierpolizist erinnert sich

Eigentlich war ich immer Revierpolizist oder Repo, wie jeder sagt, oder Abschnittsbevollmächtigter (ABV), wie es vor der Wende hieß, oder Kontaktbereichsbeamter, wie wir im Januar 1992 kurzzeitig genannt wurden. Und eigentlich war der Dienst auch immer gleich. Irgendwie. Aber ein paar Unterschiede gab es schon.

Anfangen habe ich nach Elektriker-Ausbildung und Armee am 1. Juni 1980 im Volkspolizeikreisamt Angermünde. Nach dem Dienstanfängerlehrgang in Potsdam blieb ich und bin es gerne bis heute. Nach Dienst und Praktikum besuchte ich ab April 1983 die ABV-Schule in Potsdam. Wegen einiger größerer Einsätze z.B. zu den Weltfestspielen der Jugend und Studenten, die wir immer parallel zur Ausbildung machen mussten, dauerte unser Studium 19 statt der üblichen 18 Monate. Im Oktober 1984 kam ich dann als frisch gebackener Unterleutnant zurück nach Angermünde und „bekam“ das Neubaugebiet mit ungefähr 4.000 Einwohnern als Abschnitt zugewiesen. Für diesen war ich „bevollmächtigt“, das heißt im Prinzip „für alles zuständig“.

Insgesamt waren wir vier ABV's in Angermünde als Gruppenposten. Heu-

te sind wir, zusammen mit den Kollegen vom Amt Oder-Welse, fünf Repos. Einer von uns hatte immer Bereitschaft – eine Woche, rund um die Uhr. Auch sonst hieß es, wenn etwas los ist in deinem Abschnitt, bist du zuständig und musst ran. Wenn nachts am Wochenende irgendwo zu laut gefeiert wurde, dann wurden wir (jedes Mal!) gerufen. Wir gingen zu Fuß oder fuhren mit der „Schwalbe“ eben hin und ermahnten die Leute. In der Regel hielten sich die Betroffenen auch daran. Damals hatte jeder Stadt-ABV bei uns ein Moped vom Typ Schwalbe und die Land-ABV's sogar ein Motorrad. Heute bieten die Funkwagen uns natürlich mehr Luxus.

Wir konnten fast überall allein hingehen und die Probleme lösen. Das mussten wir aber auch, denn „Unterstützung“ konnte ja kaum kommen. Allerdings hatten wir damals die „Freiwilligen Helfer der Volkspolizei“. Ich hatte alleine acht. Sie konnte man immer dazu holen, zur Verstärkung bei Einsätzen oder auch zur Absicherung von Aufzügen und Festen. Die „Freiwilligen“ waren alle ehrenamtlich und meist sehr engagiert. Ich musste sie manchmal eher zurückhalten als motivieren. Auch die Alarmierung war damals nicht so

einfach wie heute. Jeder von uns hatte einen Pieper. Mit diesem konnte wir alarmiert werden, aber nicht zurückrufen. Wenn wir also angepiept wurden, mussten wir uns das nächste Telefon suchen und im Kreisamt anrufen. So erfuhren wir, worum es ging. Da ich zu Hause auch noch kein Telefon hatte, hieß das meist, einen öffentlichen Apparat zu suchen.

Die Wende machte einiges einfacher, es gab aber neue und andere Probleme

Mit der Wende wurde es dann in dieser Hinsicht einfacher, aber wir hatten plötzlich neue und andere Probleme. Anzeigen habe ich damals wie heute aufgenommen und damals auch oft abschließend, d.h. bis zur Vernehmung, bearbeitet. Was wir früher dagegen gar nicht machten, war die Bearbeitung von Verkehrsunfällen. Dafür gab es die Verkehrspolizei.

Wenn vor der Wende zum Beispiel ein Täter bei einem Einbruch auf frischer Tat erwischt worden war, dann ging er in der Regel unmittelbar in U-Haft und kam erst wieder raus, wenn die Strafe verbüßt worden war. Jetzt mussten wir erst lernen, damit umzugehen, dass die erwischten Täter meistens schnell nach Hause entlassen werden. Manchmal schneller als wir mit den zahlreichen neuen Protokollen fertig waren. Auch dass sie selbst nach Verkündung von Haftstrafen bis zum Strafantritt manchmal noch Monate auf freiem Fuß sind, war neu für uns. „Erzwingungshaft“ oder „Ordnungshaft“ waren Begriffe und Sachverhalte, die wir nicht kannten, sondern erst lernen mussten.

Die Täter genossen diese neuen „Freiheiten“ natürlich auch und erschwerten uns unsere Arbeit zusätzlich. Dazu kam, dass wir Abschnittsbevollmächtigte nach der Wende plötzlich abgeschafft wurden und mit den Kollegen von der Schutzpolizei Schichtdienst verrichten mussten. Die unmittelbaren Kontakte zu den Bürgern gingen verloren. Die Bürger verloren ihre Ansprechpartner und wir verloren wichtige Hin-



weise. Das Ganze bei einer gleichzeitigen schnellen Zunahme von Verkehr und Kriminalität. Dazu kam die Unsicherheit, ob man Polizist bleiben konnte, wer übernommen wurde und so weiter. Keine leichte Zeit für die Durchsetzung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit!

Ich war froh, als ich im Januar 1992 gefragt wurde, ob ich als „Kontaktbereichsbeamter“ wieder ähnlichen Dienst wie früher machen wollte und habe sofort zugesagt. Ich wurde in dieser Funktion schnell als Polizeiobermeister verbeamtet und nach ein paar Jahren – dann schon als Revierpolizist – zum Hauptmeister befördert.

Wir Repos sind im Prinzip „Lückenbüßer“. Das waren wir eigentlich auch früher schon und das meine ich gar nicht negativ. Wir waren und wir sind zuständig für die Bürger, für die Schulen und Kindergärten und für die Betriebe in unserem Bereich. Wir sind der unmittelbare Ansprechpartner, der Vermittler zwischen Staat und Bürger und ich nehme diese Aufgabe gerne wahr. Ich denke, die Bürger wollen auch, dass wir unseren Dienst so und nicht anders wahrnehmen.

„Ein Revierpolizist muss von Herzen Polizist sein und sein Revier kennen, dann läuft das auch.“

Aber hier gibt es dann doch einen wesentlichen Unterschied. Im Gegensatz zu früher haben wir jetzt doch ziemlich feste Dienstzeiten. Selbst dann, wenn wir im Rahmen von BAO's oder bei Problemen in den Dienstschichten des WWD aushelfen bzw. unterstützen müssen. Vor 1991 haben wir als ABVs keine Stunden erfasst oder gezählt, sondern waren eben „bevollmächtigt“ und damit auch verpflichtet für Ordnung und Gesetz zu sorgen, auch am Wochenende nachts um eins. Dadurch haben wir im Prinzip viel mehr gearbeitet als nach heutigem Stundenverständnis. Die heutige Planungssicherheit sehe ich als Vorteil an, gerade auch zu Gunsten der Familie. Und durch die Planung und die neuen technischen Möglichkeiten können wir uns als Kollegen eben auch besser unterstützen als damals. Damit gleichen wir auch die gestiegene Gefährlichkeit unseres Jobs wieder aus. Also ich bin gerne Revierpolizist und will das auch in meinen letzten Jahren bei der Polizei bleiben!

■ MANFRED KLINGBEIL,
REVIERPOLIZIST IN ANGERMÜNDE

Holzspäne, Klebemasse und 2,5 Mio US Dollar

Aus einem Diebstahl eines Friedrich-Gemäldes folgt die Suche nach dem Bernsteinzimmer

Im Dezember 1996 wurde aus einem Raum des Schlosses Charlottenhof im Park Sanssouci in Potsdam das Gemälde „Ansicht eines Hafens“ von Caspar David Friedrich gestohlen. Der damalige Abteilungsleiter im Polizeipräsidium Potsdam, Peter Schultze, erinnert sich an die Ermittlungen mit interessanten Entwicklungen:

Kunstsachverständige schätzen den Wert des gestohlenen Gemäldes auf ca. 5 Mill. DM. Eigentlich wäre es ein ganz normaler Einbruch mit einer ganz normalen kriminalpolizeilichen Sachbearbeitung geworden. Natürlich war der Diebstahl eines derart wertvollen Kunstgegenstandes nicht alltäglich, aber nach der sofortigen internationalen Ausschreibung war das Gemälde praktisch unverkäuflich. Die Polizeiarbeit konnte anfangen. Nach kurzer Zeit erfolgte eine Auslobung für sachkundige Hinweise. Tatsächlich gingen einige Hinweise ein, auch der eines anonymen Anrufers. Dieser fragte sinngemäß, warum die Polizei sich eigentlich aufrege, das Gemälde sei doch eine Fälschung gewesen. Da gingen bei uns rote Lampen an.

Aus dem „normalen Einbruch“ wurde mehr

Die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten hatte das Bild vor dem Einbruch nach Berlin in das Schloss Charlottenburg verbringen und in die dortige Sammlung romantischer Maler aufnehmen lassen. Wir schlussfolgerten, dass – wenn der Anonymus Recht hatte – der Einbruch vorgetäuscht sein könnte. Denn dann hätte im Schloss Charlottenhof eine Fälschung hängen müssen, und die Fälschung wäre natürlich in Charlottenburg aufgefallen. Außerdem hätte mindestens ein Mitarbeiter der Stiftung, wenn nicht sogar ein lei-

tender, involviert sein müssen. Wir nahmen also die Ermittlungen auch in dieser Richtung auf.

„Wir nahmen die bekannten Fälscher unter die Lupe.“

Wenn es sich denn um eine Fälschung gehandelt hätte, musste es eine sehr gute gewesen sein. Potsdam war zu DDR-Zeiten durchaus eine Hochburg der Kunstfälscher-Szene gewesen, also nahmen wir die bekannten Fälscher unter die Lupe. Ein Kenner der Szene, ehemals Mitarbeiter der Organisationseinheit der DDR, die Kunstgegenstände in das westliche Ausland verschob, also der KuA (Kunst und Antiquitäten), war Axel Hilpert. Bevor ich ihn aufsuchte und zur Sache anhörte, ging ich zu einer damaligen Einheit der Berliner Polizei, der ZERV (Zentralstelle für die Erfassung der Regierungs- und Vereinigungskriminalität). Dort war Hilpert beileibe kein Unbekannter. Man machte mich mit seiner Vita, seinen Taten zu DDR-Zeiten und seinen charakterlichen Eigenarten vertraut. Derart vorbereitet, suchte ich Hilpert in seinem Haus auf. Er hatte – nach eigenen Aussagen - über das hinaus, was in der Presse stand, keine Kenntnis von Tat und Tätern, versprach aber, Augen und Ohren aufzuhalten und mich gegebenenfalls anzurufen.

„Was nun folgte, hat durchaus die Züge einer Posse.“

Tatsächlich rief Hilpert nach einigen Tagen bei mir an. Er sagte, dass einem Gewährsmann von ihm in einem Berliner Café, zusammen mit einem Selbstbild- →



FOTO: MONIKA ZUCHT / DER SPIEGEL

Peter Schultheiß mit dem zum Kauf angebotenen Mosaik Caspar David Friedrichs

nis von Adolf Hitler und einem Gemälde aus dem legendären Bernsteinzimmer, das Bild „Ansicht eines Hafens“ von Caspar David Friedrich angeboten worden sei. Hitler war meiner Meinung nach nicht zu einem Selbstbildnis fähig und das Bernsteinzimmer war nach meiner Erinnerung im Kriege vernichtet worden. Ich tat diesen Teil also als „dummes Zeug“ ab. Aber der Caspar David Friedrich hatte es mir angetan.

Wir vereinbarten einen Scheinkauf für das Hafengemälde. Der „Käufer“ lies sich das Bild zeigen und der Zugriff erfolgte. Beim Zugriff wurde der Caspar David Friedrich, neben anderen Kunstgegenständen, sichergestellt. Die Täter waren Allgemeinkriminelle. Der ursprüngliche Verdacht, es handle sich um eine Fälschung, löste sich in Luft auf.

Das „Bernsteinzimmer-Angebot“ vielleicht doch kein „dummes Zeug“?

Die Angelegenheit bis zur Festnahme der Täter und der Sicherstellung des Friedrich-Gemäldes zog sich noch viele Tage hin. In dieser Zeit wurden der oder die Anbieter des Bildes aus dem Bernsteinzimmer immer ungeduldiger. Ich ließ ihnen mitteilen, dass meinem Wissen nach das gesamte Zimmer im Kriege vernichtet worden sei, so dass es sich um eine Fälschung handeln müsse. Die Forderung nach 2,5 Mill. US-Dollar als Kaufpreis sei indiskutabel. Gleichzeitig nahm ich mit einem Münchener Journalisten namens Maurice Remy Verbindung auf, der einen außerordentlich informativen und sachlichen Film über das Bernsteinzimmer hergestellt und gesendet hatte. Mit Remy und anderen Historikern waren wir uns einig, dass das Bernsteinzimmer nach dem Einmarsch der deutschen Truppen in die damalige Sowjetunion in Zarskoje Sjelo im Katharinen-Palais nahe St. Petersburg (damals Leningrad) unter Aufsicht von Kunstverständigen abgebaut und mit einem Eisenbahntransport nach Königsberg gebracht worden war. Dort wurde es im Schloss, so weit es die Räume zuließen, aufgestellt und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Trotz mehrfacher Versuche des damaligen Direktors der städt. Kunstsammlungen Königsberg, das Zimmer auszulagern und vor der heranrückenden Roten Armee in Sicherheit zu bringen, ist es im Schloss geblieben und wurde bei der Belagerung der Stadt durch die Rote Armee zusammen mit dem Schloss offensichtlich in Brand geschossen und dabei vernichtet.

Auch die Staatsanwaltschaft Berlin war zu jeder Zeit eingebunden und ging mit uns davon aus, dass das Bild eine Fälschung und das Anbieten der Fälschung ein versuchter Betrug sei. Wir waren also von tiefem Misstrauen geprägt, was die Echtheit des Bildes anging.

„Eigenartigerweise fing ich an, die Echtheit ins Kalkül zu ziehen“

Je zurückhaltender wir waren, desto mehr Echtheitsbeweise wollten die Anbieter liefern. So sollten wir einen Holzspan aus dem Rahmen bekommen, um sein Alter bestimmen zu kön-

Die Geschichte des Mosaiks stellte sich wie folgt dar:

Der Vater des Anbieters hatte das Mosaik auf dem Transport von Leningrad nach Königsberg unterschlagen und auf dubiosen Wegen nach Hause gebracht. Der Vater hat das Mosaik jahrelang auf dem Boden seines Hauses versteckt, und erst der Sohn kam nach dem Tod des Vaters auf die Idee, das Mosaik zu Geld zu machen.

Das Fehlen dieses einen Mosaiks von insgesamt vieren wurde seinerzeit vom Direktor der städtischen Kunstsammlungen Königsberg an seine vorgesetzten Stellen in der Reichshauptstadt Berlin gemeldet und bestätigt den Sachverhalt. Insofern gab es trotz verständlicher erster Euphorie bei all den Fans und ‚Jägern‘ nach dem legendären Bernsteinzimmer auch schnell Ernüchterung: Das unerwartete Auftauchen des Mosaiks ließ keinerlei Rückschluss auf den Verbleib des Bernsteinzimmers zu.

nen. Da es sich nicht um ein Gemälde, sondern um ein Mosaik aus dem Bernsteinzimmer handelte, wurde uns der Klebstoff (zur Befestigung der einzelnen Mosaiksteine) angeboten, um daraus die Echtheit bestimmen zu können. Tatsächlich übergab mir Hilpert im März 1997 eine Bildmappe zu dem Mosaik und ein Gutachten zur Echtheit. Dem waren etwas Holz (angeblich aus dem Rahmen) sowie Klebemasse beigefügt. Da gleichzeitig die Restaurierung des Bernsteinzimmers in Puschkin stattfand, wollten wir nicht ausschließen, dass ein Handwerker eine Kopie auf eigene Rechnung anbot. Meiner Forderung nach einem Stein aus dem Mosaik kamen die Anbieter allerdings nicht nach. Sie verweigerten es mit der Begründung, dass ein fehlender Stein das Mosaik deutlich im Werte senke. Eigenartigerweise fing ich dadurch an, die Echtheit ins Kalkül zu ziehen.

„Alle Verhandlungen liefen über Hilpert und seine Mittelsmänner“

Die Verhandlungen zogen sich hin. Unter anderem gab es Probleme, das Vorzeigegeld zu beschaffen. Denn der oder die Anbieter wollten – wie bereits erwähnt – 2,5 Mill USD bzw. 4 Mill. DM für das Mosaik haben. Soviel Geld war aus einem solchen Anlass in unserem damals (und heute) recht armen Bundesland Brandenburg nicht zu beschaffen. So versuchte ich einen geringeren Kaufpreis auszuhandeln. Alle Ver-

handlungen liefen über Hilpert und seine Mittelsmänner. Eines Tages staunte ich nicht schlecht, als bei den Gesprächen mit Hilpert auch der Chefredakteur des SPIEGEL Stefan Aust und ein weiterer Redakteur anwesend waren. Wie sich später herausstellte, wollte Hilpert die Story verkaufen. Aust war ein Macher, er griff zu. Er brachte das nötige Knowhow, Durchsetzungsvermögen, Finanzkraft und Sach- und Personenkenntnis mit. Ich bin heute noch von ihm und seinen Mitstreitern begeistert, denn ohne seine Tatkraft hätte sich alles viel länger hingezogen. Im Zuge der weiteren Verhandlungen einigten wir uns mit dem Anbieter des Mosaiks. Ein Mittelsmann von Hilpert, ich als (Schein-) Käufer und ein Sachverständiger, der die Echtheit des Bildes verifizieren konnte, sollten nach Bremen kommen. Die Übergabe sollte in einem Notariat stattfinden. Als Preis wurde immer noch die Summe von 2,5 Mill USD oder 4 Mill. DM genannt, die wir in bar mitbringen sollten. Nun waren schon Leute wegen geringerer Summen umgebracht worden. Also begleiteten mich Beamte der Spezialeinheiten der Polizei Brandenburg. Wir vereinbarten Personenschutz für mich sowie verdeckte Observation vor Ort.

Ein Scheinkauf mit Staatsakt-Folgen

Am 13. 5. 1997 war es dann soweit. Dr. Görriß von der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten (SPSG) als

Sachverständiger, ein Kollege der Spezialeinheiten und ich standen in Bremen vor dem Notariat. Das MEK hatte die ganze Szene von einigen Fenstern des gegenüberliegenden Hauses videografiert. Später erfuhr ich aus dem Fernsehen, dass in anderen Fenstern die Kamaraleute von SPIEGEL-TV saßen und ebenfalls alles aufnahmen. Im Notariat kam es zu einem kurzen Gespräch mit dem Notar. Wir ließen uns so schnell wie möglich das Mosaik zeigen. Als es auf einer Decke ausgebreitet auf dem Fußboden lag und Dr. Görriß nach einem ersten Augenschein von der Echtheit überzeugt war gaben wir uns als Polizeibeamte zu erkennen und beschlagnahmten das Bild. Die weiteren Maßnahmen vor Ort in Bremen waren Routine.

Spannend wurde es noch einmal, als es um die letztendliche kunsthistorische Bestätigung des Mosaiks ging. Wenn dabei der SPIEGEL nicht tat- und finanzkräftig geholfen hätte, hätte sich die Sachverständigentätigkeit noch mehrere Monate oder Jahre hingezogen, denn wir alle wissen, wie lange ausländische Rechtshilfeersuchen damals dauerten.

Auf Kosten des Nachrichtenmagazins wurden der Leiter der Petersburger Werkstätten, die mit der Restaurierung des Bernsteinzimmers beauftragt waren, und die Leiterin der Florentiner Werkstätten, in denen vor Jahrhunderten die vier Mosaik angefertigt worden waren, eingeflogen und mit der Untersuchung im Polizeipräsidium Potsdam beauftragt. Sie gaben ihre Gutachten zu Protokoll – das Mosaik war echt.

Über den weiteren Verbleib des Mosaiks entschied die Staatsanwaltschaft Berlin. Es wurde später in einem Festakt, an dem neben Bundeskanzler Schröder auch Stefan Aust teilnahm, der russischen Regierung übergeben. Ein international vielbeachteter Akt, für den – das kann ich bei aller Bescheidenheit sagen – die Arbeit der Polizei aus Brandenburg eine entscheidende Rolle gespielt hat.

Zum Schluss möchte ich mich noch einmal herzlich bei den Kolleginnen und Kollegen des damaligen PP Potsdam, der Spezialeinheiten, der Staatsanwaltschaften Berlin und Potsdam sowie bei Dr. Görriß von der SPSG für ihre Unterstützung bedanken.

■ PETER SCHULTHEISS,
LEITENDER POLIZEIDIREKTOR A.D.

Aufbauhelfer in Potsdam

Anfang der 90-iger Jahre gab es für die Brandenburger Polizei viele neue Herausforderungen. Nicht selten brachten Bürger ihren Unmut der Polizei gegenüber zum Ausdruck. Es gab neue Gesetze, Personalveränderungen und neue Strukturen. Viele Kollegen waren verunsichert. NRW entsandte - als Partnerland von Brandenburg - Aufbauhelfer. Einer der ersten von ihnen war Dieter Klußmann. info110 bat ihn, seine Eindrücke von damals zu schildern.

Mein Büro im Dezember 1990



Warum tust Du Dir das an?

Am 10. Dezember 1990, es war ein Montag, machte ich mich auf den Weg Potsdam. Voller Euphorie sah ich der neuen Aufgabe entgegen. Je näher ich jedoch dem Zielort kam – der Geruch der Abgase der Braunkohleheizanlagen wurde immer stärker und es nieselte – umso stiller wurde ich. Wir Ankömmlinge bekamen dann eine Unterkunft in der Breiten Str. 20 in Potsdam. Die Reaktion meiner Familie war weniger euphorisch, „Oh Graus“, O-Ton meines erwachsenen Sohnes: „Vatter, warum tust Du Dir das an“. Meine Motivation schöpfte ich aus meiner Herkunft. Ich bin in Altengrabow geboren und in Magdeburg aufgewachsen. Als ich

Anspruch und Wirklichkeit



16 Jahre alt war, sind meine Eltern mit mir „abgehauen“, so hieß das damals. Eigentlich wollte ich als Aufbauhelfer nach Magdeburg, das war aber eine Domäne der Niedersachsen.

Die ersten Dienstage

Ein „Vorauskommando“ u.a. mit ehemaligen Führungskräften aus NRW hatte zumindest schon eine Ministerstruktur des Ministeriums erarbeitet. Die Stelle des Landeskriminaldirektors nahm zunächst Herr Kriminaldirektor a.D. Twardawa ein. Ich wurde Leiter des Referates „Staatschutz“. Mein Büro mit Stasi-Stahlschrank, einer schrecklich schönen Tapete und Sitzmöbeln, auf denen man nicht vernünftig sitzen konnte, war eine Katastrophe. Das Telefon war zwar funktionsfähig, aber man musste eine gefühlte Ewigkeit wählen, um nach Westen durchzu-



Hier soll das LKA entstehen



Präsident Boris Jelzin



Das Innenministerium



Delegation der Bundesregierung v.l. LdsKD Klußmann, Dolmetscherin Irina Zinke, MinDirigent Lehmann (BMJ), Frau Adlerstein (BMJ), KOR Neumann, PP Potsdam

dringen. Dankenswerterweise hat mein ehemaliger Behördenleiter in Wuppertal, Polizeipräsident Koehler, mir alle erdenkliche Unterstützung gewährt. So bekam ich beispielsweise Büromaterial, einen geeigneten Bürostuhl und die Techniker des PP Wuppertal haben mir an die DDR Telefonleitungen einen Apparat mit Wahlwiederholungstaste angeschlossen.

Die weitere Arbeit

Die Informationen liefen über Fernschreiber, sollten täglich ausgewertet und entsprechende Maßnahmen initi-

iert werden. Das Problem war, wir hatten noch kein ausreichendes Personal in den kriminalpolizeilichen Referaten und ein Landeskriminalamt gab es noch nicht. Jedoch erwarteten alle alten Bundesländer, das Bundeskriminalamt sowie Verfassungsschutzdienststellen umfassende Informationen über die Kriminalitätslage. Dass die Strukturen erst einmal aufgebaut werden müssen, war denen oft nicht zu vermitteln.

Ein weiteres Problem war die Personalauswahl für die Arbeit in den Referaten. In Nordrhein-Westfalen war das bei über 40.000 Polizeibeamten kein

großes Problem. Entweder man kannte den Bewerber oder man kannte jemanden, der den Bewerber kennt. Hier in Potsdam konnte jedoch nur nach Aktenlage und einem Einstellungsgespräch entschieden werden. So dauerte es etwa eineinhalb Jahre, bis ich das Referat personell nach meinen Vorstellungen geordnet hatte.

Was in den Arbeitsabläufen und auch im Verständnis auf beiden Seiten geläufiger Standard war, musste erst einmal gelernt und auch verstanden werden. Sicherlich gab es in der Anfangsphase ein oft unausgesprochenes Konfliktpotential. Wir mussten uns halt aneinander gewöhnen. Ich selbst hatte wohl im Gegensatz zu meinen Westkollegen einen kleinen Bonus durch meine Jugend in der DDR. So waren mir die üblichen Abkürzungen wie FDJ, LPG, VEB, AGITPROP usw. keine „Böhmischen Dörfer“. Aber nachdem sich die Personalstruktur im Referat „Kriminalpolizeiliche Angelegenheiten“ dann in überschaubarer Zeit verfestigt hatte, dienten die Begriffe „Wessi“ und „Ossi“ nur noch als Beiwerk bei den üblichen Frozeleien, über die wir nur noch herzlich lachen konnten.

Aufbau des Landeskriminalamtes (LKA)

Nach einer Entscheidung der Landesregierung sollte Basdorf der Sitz des Landeskriminalamtes werden. Also bin ich am Wochenende mit meiner Frau zu einer Ortsbesichtigung nach Basdorf aufgebrochen. Bei strahlendem Son-

nenschein haben wir das Gelände besichtigt. Ein Riesenkomplex mit u.a. zwei großen Gebäuden im Eingangsbereich lag vor uns. Da nur eines der beiden Gebäude im Eingangsbereich in Frage kam, habe ich meine Frau zu Rate gezogen.

Rechts oder links, das war hier die Frage. Meine Frau entschied links „weil dort die Sonne so schön drauf scheint(!)“.

Das Zentrale Kriminalamt der DDR in Berlin wurde nach der Wende zunächst einmal als Gemeinsames Landeskriminalamt der neuen Bundesländer (GLKA) weitergeführt.

Dieses Amt sollte abgewickelt und eigene Ämter in den neuen Bundesländern aufgebaut werden. Für den Aufbau eines LKA Brandenburg wurde dazu zunächst ein Aufbaustab aus Mitarbeitern des GLKA eingesetzt. Da die meisten Mitarbeiter bereits im Großraum Berlin wohnten und mit einer Dienststelle Basdorf grundsätzlich kein Wohnungswechsel erforderlich wurde, konnten wir uns die besten auswählen. Auch später gab es bei der Personalgewinnung für das LKA Brandenburg keine Schwierigkeiten.

Nach dem die Organisationsstrukturen festgelegt waren, galt es die Anfangs doch sehr hohe Kriminalitätsrate zu drücken und die Aufklärung zu steigern. Bei der Aufklärungsquote wurde deutlich, dass der niedrige Stand nicht etwa auf geringe Arbeitsbereitschaft zurückzuführen war, sondern auf die fehlende Praxis bei der Umsetzung der Parameter für die Kriminalstatistik.

Mein Abschied

Die Grundlagen für die kriminalpolizeiliche Arbeit waren gelegt und die Organisation hatte sich verfestigt. Das Landeskriminalamt war funktionsfähig, die Kriminalitätsrate ging erheblich zurück und die Aufklärungsquote war mit an der obersten Stelle der Bundesländer.

Aber alles hat seinen Preis, so dass ich aus gesundheitlichen Gründen Ende Mai 1998 aus dem Amt geschieden bin. Alles in allem habe ich den Schritt, nach Brandenburg zu gehen, nie bereut. Nicht nur die Mitwirkung an der Gestaltung und den damit verbundenen interessanten Aufgaben, sondern auch die Zusammenarbeit mit meinen geschätzten Mitarbeitern hat mich zufrieden aus meinem Amt scheiden lassen.



Bundeskanzler Helmut Kohl



Betriebsfest mit Minister, Staatssekretär und den Abteilungsleitern
v.l. Staatssekretär Herr Müller, AL I Herr Hoffmann, AL III Herr Prof. Dr. Muth, ALII Herr Lieber, AL IV Herr Bosch, AL Z Herr Knöll, Minister Herr Ziel



Politisch-juristische Entwicklung

Auswirkungen auf die Polizei

1988

DDR.
Bezirke Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus.

Aufgaben der republikweit tätigen Deutschen Volkspolizei (DVP): „alltägliche[...] Ordnungssicherung und Kriminalitätsbekämpfung“ unter Führung der SED bei faktischer Unterstellung unter das Ministerium für Staatssicherheit (MfS).

1989

Ab 04.09. Beginn der wöchentlichen Montagsdemonstrationen in Leipzig.

Ab 11. 09. Polizei, Staatssicherheit, NVA und Kampfgruppen reagieren auf die Montagsdemonstrationen vor allen Dingen mit Abriegelung der Demonstrationen und Festnahmen.

03./04.10. In Dresden versuchen mehrere Tausend ausreisewillige DDR-Bürger auf friedliche Weise in die Nähe eines Eisenbahnzuges zu gelangen, mit dem DDR-Bürger von der Botschaft der BRD in Prag über die DDR in die BRD gebracht werden.

03./04.10. in Dresden sowie
07.10. in Berlin (Prenzlauer Berg):
Die DVP geht im Verbund mit den anderen Sicherheitsorganen gewaltsam gegen die friedlich demonstrierenden Menschen vor. Es kommen massive polizeitaktische Mittel wie Schlagstöcke, Wasserwerfer und Räumfahrzeuge zum Einsatz. Mehrere Hundert Menschen werden festgenommen. „Bei den Festnahmen und im polizeilichen Gewahrsam verübten Volkspolizisten Übergriffe gegen die Festgenommenen [...] In der Hauptsache handelt es sich um „schwere Körperverletzungen, Verweigerung von Hilfeleistungen und Schikanen.“

07.10. „[O]ffizielle[...] Feiern zum 40. Jahrestag der DDR“ in Berlin. Aus „kleine[n] protestierende[n] Gruppen am Rande der offiziellen Feiern“ werden „[a]bends und in der Nacht“ „größere[...] Demonstrationen im Bezirk Prenzlauer Berg“. Von den Demonstranten geht „keinerlei physische Gewalt“ aus. In den Bezirken Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus sind die Proteste verglichen mit Leipzig und Berlin deutlich verhaltener.

18.10. „Sturz Erich Honeckers“.

21.10. Der Minister des Innern und Chef der DVP in Personalunion Friedrich Dickel erklärt intern eine Gewaltverzichtserklärung gegenüber Demonstranten, wenn diese keine Gewalt anwenden.

04.11. Auf dem Berliner Alexanderplatz findet eine Großdemonstration mit 500 000 Teilnehmern statt.

04.11. Bei der Großdemonstration auf dem Berliner Alexanderplatz gewährleistet eine Sicherheitspartnerschaft zwischen den Organisatoren der Demonstration und der DVP einen „gewalt- und störungsfreien Verlauf“. Dieses Verfahren wird in den folgenden Monaten zur Regel.

07.11. Die Massendemonstrationen in Leipzig, Dresden, Erfurt, Magdeburg, Schwerin und Berlin erzwingen den Rücktritt der Regierung der DDR, d.h. des Ministerrates.

08.11. Das „Politbüro [des Zentralkomitees der SED tritt] geschlossen zurück.

13.11. DDR unter der „Regierung [von Hans] Modrow“.

Ab 13.11. Reformschritte unter der Regierung Modrow:

- „Abkoppelung [der Deutschen Volkspolizei] von der SED als oberster Leitungsinstanz“;
- „Beendigung des faktischen Unterstellungsverhältnisses unter das sich in Auflösung befindliche MfS“;
- „Ablösung [des Chefs der DVP/Innenministers] Friedrich Dickel[...]durch seinen Stellvertreter Lothar Arendt“;
- „Trennung des Amtes des Chefs der DVP von dem des Innenministers“;
- „Abbau militärischer Strukturen und Gebräuche“, z. B. in Form der „Abkehr von militärischen Dienstgraden“, • „erste Arbeiten an einem neuen Aufgaben-und-Befugnisse-Gesetz“ für die DVP

Aber:

- „Führungsphilosophie“ und „wesentliche Organisations- und Führungsstrukturen blieben“ zunächst bestehen:
 - „straffe“ „zentrale Führung[...]“;
 - „tief gestaffelte Gliederung der Organisation“;
 - „systematische Kontrolle“ der MitarbeiterInnen,
 - umfangreiche Meldepflichten,
 - mangelnde Spielräume für Entscheidungen vor Ort,
 - militärische Disziplin,

später:

- Umbenennung der „Deutschen Volkspolizei“ in „Polizei“

1990

<p>13.09. „die letzte aus demokratischen Wahlen hervorgegangene Volkskammer der DDR“ verabschiedet „ein Polizeiaufgabengesetz“ (PAG = Gesetz über die Aufgaben und Befugnisse der Polizei). Das PAG entspricht im Grundsatz „dem Musterentwurf eines einheitlichen Polizeigesetzes (MEPolG) aus dem Jahr 1977 sowie dem Vorentwurf zur Änderung des Musterentwurfes (VEMEPolG) des Jahres 1986.“</p> <p>Das als Übergangsgesetz verabschiedete PAG gilt für das gesamte Gebiet der DDR und steckt den juristischen Rahmen bis zur Einführung der Polizeigesetze auf Länderebene in den jeweiligen neuen Bundesländern wie z. B. Brandenburg ab. Geplante Gültigkeitsdauer: längstens bis zum 31.12.1991.</p>	<p>13.09. Folgen aus Einigungsvertrag und Polizeiaufgabengesetzes: zukünftige Organisation der Polizei auf Landesebene, d. h. Schaffung von Landespolizeien in den zukünftigen neuen Bundesländern.</p>
<p>03.10. Ländereinführungsgesetz tritt in Kraft. Aus den Bezirken Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus wird das Bundesland Brandenburg.</p>	<p>30.09. Auflösung der Transportpolizei (Trapo) der DDR.</p>
<p>14.10. Erste Landtagswahl im Land Brandenburg. Auflösung der Bereitschaftspolizei der DDR.</p>	<p>01.10. Polizei auf dem zukünftigen Gebiet des Landes Brandenburg verfügt über 16.882 MitarbeiterInnen, davon 7.202 im operativen Dienst beschäftigte Polizeiangehörige.</p>
	<p>03.10.</p> <ul style="list-style-type: none"> • „Bundesdeutsche Polizeihöhe auf Landesebene“: Einführung der Brandenburgischen Polizei. • Gliederung entspricht derjenigen der bisherigen drei DDR-Bezirke: <ul style="list-style-type: none"> - Bezirksbehörden der Polizei Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus, - „insgesamt 44 unterstellte[...] Polizeikreisämter[...]“, - gemeinsames Landeskriminalamt der neuen Bundesländer, - Landespolizeischule Potsdam.
	<p>31.10. Bereitschaftspolizei der DDR:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Wehrpflichtigen werden entlassen, • die Bereitschaftspolizei wird aufgelöst.
	<p>01.11. Versetzung der ehemaligen MitarbeiterInnen der Transportpolizei der DDR zum Bundesgrenzschutz (BGS).</p>



Militärisch angetreten: Einer der letzten Appelle in der Volkspolizei-bezirksbehörde Potsdam mit DDR-Innenminister Friedrich Dickel (vorn) und Behördenchef Erich Griebisch.

1991

		01.01.	Die ehemaligen Angehörigen des Pass- und Meldewesens, der Feuerwehr, des Kfz-Zulassungswesens und des Strafvollzugs der DVP respektive Polizei auf dem Gebiet Brandenburgs werden in kommunale Bereiche bzw. die Justiz eingegliedert.
20.03.	Der Brandenburgische Landtag verabschiedet einstimmig das Polizeiorganisationsgesetz.	20.03.	<p>Brandenburgische Polizei:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ausschließlich zivile Führung der Polizei: die Abteilung IV des Innenministerium ist für Polizeianglegenheiten zuständig. - Schaffung von Polizeibehörden: - Fünf (Land-) Polizeipräsidien: Cottbus, Eberswalde (Finow), Frankfurt (Oder), Oranienburg, Potsdam. - Ein Präsidium der Wasserschutzpolizei (WSP). - Jedes Polizeipräsidium trennte sich auf der Stabebene in die beiden Abteilungen Einsatz/Ermittlung und Verwaltung auf. - Durch die Trennung der Abteilungen Einsatz/Ermittlung und Verwaltung einerseits erhöhter Koordinierungsaufwand für den Behördenleiter, andererseits Entlastung der ausführenden Beamten von Verwaltungsaufwand, - Ressourcenverwaltung zentral in der Abteilung Verwaltung, - Jedem (Land-)Präsidium nachgeordnet waren je vier bis fünf Schutzbezirke mit einer dezentral zuständigen Kriminalpolizei (Kripo) sowie einem Zentralen Kriminalpolizeilichen Dienst. - Der Zentrale Kriminalpolizeiliche Dienst bearbeitet Straftaten mit präsidialweiter Bedeutung. - Auf eine „eigenständige Autobahnpolizei wurde verzichtet“. - Einrichtung des LKA Brandenburg, • Schaffung von Polizeieinrichtungen: <ul style="list-style-type: none"> - Landespolizeischule, - Bereitschaftspolizei, - Zentraldienst für Technik und Beschaffung. • Der Gehobene Dienst wird in „einem Fachbereich Polizei an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung“ ausgebildet.
11.12.	Da es im Verlauf des Jahres 1991 zunehmend unrealistischer erschien, dass bis zum 31.12.1991 ein eigenes Polizeigesetz des Landes Brandenburg verabschiedet würde, beschließt der brandenburgische Landtag, das aus „der Übergangsphase“ stammende „PAG“ (Polizeiaufgabengesetz vom 13. September 1990) zum größten Teil (nämlich dessen §§ 1-77 und 82-84) in Form des Vorschaltgesetzes zum Polizeigesetz des Landes Brandenburg (VGPolGBbg) zum 01. Januar 1992 „als Landesrecht“ zu übernehmen.	01.11.	<p>Die neuen Polizeipräsidien nehmen ihre Arbeit auf.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Neuer Führungsstil in Form des „kooperativen Führungssystems“: <ul style="list-style-type: none"> - „Delegation von Aufgaben, Kompetenzen und [...] Verantwortung auf möglichst tiefe Ebene, - „in Teilen noch unzureichende Qualifikation der Bediensteten sowohl in Ausführungs- als auch Führungsebene“.

1992

01.01.	Das Vorschaltgesetz zum Polizeigesetz des Landes Brandenburg (VGPolGBbg) tritt in Kraft.		Ab Frühjahr bis zum Ende des Jahres: Tausch der „alten Volkspolizeiuniformen gegen neue Uniformen“.
---------------	--	--	--



20 Jahre Polizei Brandenburg

1991 1992 1993
1994 1995 1996
1997 1998 1999
2000 2001 2002
2003 2004 2005
2006 2007 2008
2009 2010 2011

Start mit neuen Strukturen

Polizeipräsidien und Landespolizeischule nehmen Arbeit auf

Die Köpfe – sechs Polizeipräsidentinnen und Polizeipräsidenten und der Leiter der Polizeiabteilung: Detlef Graf von Schwerin, Monika Schäufler, Hartmut Lietsch, Hartmut Bosch, Dr. Peter Kirmße, Jürgen Lüth, Uta Leichsenring (v.l.n.r.)



Nachdem der Landtag das Polizeiorganisationsgesetz beschlossen hatte, wurden im Juli 1991 vom Innenministerium Aufbaustäbe für die Polizeibehörden und -einrichtungen eingesetzt. Die Aufbaustäbe erarbeiteten die Organisation der Polizeipräsidien, der Landes-

polizeischule, der Bereitschaftspolizei, des Zentraldienstes für Beschaffung und Technik (ZTB) und des Landeskriminalamtes.

Am **1. November 1991** wurde diese neue Struktur offiziell „umgeklappt“. So wichen die Bezirkspolizeibehörden und die Kreispolizeiamter endgültig den fünf Polizeipräsidien und einem Wasserschutzpolizeipräsidium. Flächendeckende Präsenz wurde durch Schutzbereiche, Wachen und Posten erreicht. Ebenfalls zur neuen Struktur gehörte die Landespolizeischule in Basdorf.

9.400 Beschäftigte hatte die Polizei zu diesem Zeitpunkt. Es fehlten etwa 2.000 von insgesamt 7.800 Vollzugsbediensteten. Die Aus- und Fortbildung sollte künftig Priorität erhalten.

Die Präsidien und die Polizeischule arbeiteten in neuen Strukturen, LKA, ZTB und Bereitschaftspolizei sollten bald folgen.

Aufgeklärt – der Fall „Rosa-Riese“

Serientäter tötet sechs Menschen, eine fieberhafte Suche beginnt

Von Oktober 1989 bis August 1991 beschäftigte der Fall Wolfgang S. die Polizei fast pausenlos. S. ermordete in diesem Zeitraum fünf Frauen und ein Baby. Er versuchte auch drei weitere Frauen zu töten. Alle Taten hatten das Ziel, die Frauen nach ihrem Tod sexuell zu missbrauchen.

An allen Tatorten und deren näherer Umgebung wurden jeweils größere Mengen Damenunterwäsche gefunden. Auch deshalb verliehen die Boulevardmedien dem unbekanntem Täter den Namen „Rosa Riese“. Die Fundstücke ließen den Schluss zu, dass hier fetischistische Praktiken vorgenommen wurden, weshalb die Polizei dies mit den eigentlichen Tötungshandlungen in Verbindung bringen konnte. So wurden ausgewählte Orte, an denen die Polizei derartige Wäscheanhäufungen feststellte, observiert.

Das führte letztlich zur Festnahme von Wolfgang S. Im August 1991 wurde der Serientäter verhaftet und Ende 1992 zu einer 15-jährigen Haftstrafe verurteilt.

■ DETLEF SCHULZE, ERMITTLUNGSFÜHRER POLIZEI POTSDAM

Detlef Schulze, damaliger Ermittlungsführer der Polizei Potsdam: „Neu für uns war in diesem Zusammenhang der Umgang mit den Medien. Oft musste ich Statements für verschiedene Fernsehsender geben und Fragen von Journalisten beantworten. Meine Äußerungen wurden teilweise unvollständig oder sogar falsch wiedergegeben. Das steigerte die Unruhe in der Bevölkerung. Umso erleichterter waren wir, als das Ganze am 1. August 1991 ein Ende fand. Denn eins war klar, S. hätte weiter gemordet.“

Wissen durch Austausch

Achtmonatige Trainerausbildung in NRW



Trainingsort Schloss Schellenberg
im Essener Süden

Auch im Bereich der Aus- und Fortbildung wurde Brandenburgs Polizei tatkräftig durch Nordrhein-Westfalen unterstützt. Im Januar 1991 wurden 23 Brandenburger für eine achtmonatige Trainerausbildung nach NRW entsandt. Zu den Ersten gehörte Ines Filohn.

Ines Filohn: „Nach erfolgreichem Auswahlverfahren wurde ich im Januar 1991 zur Ausbildung als ‚Trainer

in der Integrierten Fortbildung‘ zugelassen. Die für mich sehr spannenden und interessanten acht Monate begannen in Essen.“

Ihre damalige Trainerin, Hannelore Hülsmeier erinnert sich:

„Die Brandenburger Kollegen Ines, Lutz und Jörg absolvierten bei mir ein sogenanntes Trainergrundseminar, die erste Stufe zur Trainerausbildung. Warum erinnere ich mich? Ein gängiger

Satz in der Seminararbeit: „Es spielt sich alles im Kopf ab“. Damals, vor zwanzig Jahren, hat auch der Bauch mitgespielt. Beim morgendlichen „Warming-up“, wurde viel gelacht. Wenn die Brandenburger von den Abenteuern in der „neuen Welt“ erzählten, den Begegnungen in der Ruhmetropole Essen.

Zu den Seminarinhalten und Trainingseinheiten gehörte „das Umgehen mit Stresssituationen von heute, gestern und vorgestern.“ Heute, das waren für die Kollegen aus Brandenburg die Vorbehalte und Befürchtungen bezüglich der Neuordnung in ihren Behörden und ihrer damit verbundenen beruflichen Zukunft. Heute und gestern – darüber hinaus – auch die Belastungen im privaten Bereich aufgrund der politischen Umwälzung. Diese Veränderungen gingen an keinem von uns spurlos vorbei. Seither verbindet mich eine feste und tiefe Freundschaft mit eben der Kollegin aus Brandenburg, die damals im Jahr 1991 meinem Seminar zur Stressbewältigung und Kommunikation zugeteilt wurde.“

Demokratisch legitimierte Strukturen

Das Polizeiorganisationsgesetz wird durch den Landtag verabschiedet

„Mit dem Polizeiorganisationsgesetz legen wir das Fundament für den Aufbau einer demokratisch-rechtsstaatlichen Grundsätzen verpflichteten Polizei. Sie soll nicht mehr der Diktatur, sondern dem Bürger dienen.“

Mit diesen Worten beendete der Innenminister des Landes Brandenburg, Alwin Ziel, am 20. März 1991 seine Rede im Brandenburger Landtag. Dem Gesetzentwurf wurde mit 67 Ja-Stimmen bei null Gegenstimmen und zwei Stimmenthaltungen deutlich zugestimmt.

Das Polizeiorganisationsgesetz regelte im Einzelnen die Einrichtung von Polizeibeiräten bei den Polizeipräsidenten, die örtliche Zuständigkeit der Polizeibehörden und der Polizeivollzugsbeamten sowie die sachliche Zuständigkeit der Polizei. Damit wurde (erstmalig) eine klare Trennung zwischen den für Vollzugsaufgaben zuständigen Polizeibehörden und den Polizeieinrichtungen vollzogen. Die zentralistischen Polizeistrukturen der ehemaligen DDR gehörten somit endgültig der Vergangenheit an.

P228 eingeführt



Auf die Dienstpistole muss sich jeder Polizist unter allen Umständen verlassen können.

1991 wurde die P 228 im Kaliber 9 mm x 19 als Standarddienstpistole eingeführt. Brandenburg „kleckerte“ dabei nicht, es „klotzte“. Nach einer ersten Beschaffung von 700 Stück wurden im Folgejahr 6.450 Waffen beschafft.

Wenn auch in der Zwischenzeit die eine oder andere P 228 ausgesondert wurde, so hat diese Pistole nichts an ihrer Verlässlichkeit und Alltagstauglichkeit eingebüßt. Viele Bedienstete wird diese Waffe auch noch bis zu ihrer Pensionierung begleiten.

Unser Partnerland unterstützte ...

materiell



Bei der Modernisierung des Polizeifuhrparks wurde Brandenburg durch Nordrhein-Westfalen mit 186 Dienstfahrzeugen verschiedenster Bauarten unterstützt. Mit dem zweiten Leben dieser Fahrzeuge in Brandenburg war es möglich, den veränderten polizeilichen Anforderungen gerecht zu werden. Trabant, Wartburg, Lada und Barkas wurden so bestens ersetzt.

und personell



Mit einem umfangreichen Austausch- und Hospitationsprogramm griff Nordrhein-Westfalen Brandenburg auch personell kräftig unter die Arme. So wurden Brandenburger Polizistinnen und Polizisten im Rahmen des Austauschprogramms nach NRW entsandt. Aber auch Beamte aus NRW kamen nach Brandenburg. Hier gingen sie beispielsweise auf „gemeinsame Streife“.

Selbstdetonation einer Bombe



4. Dezember, kurz vor 17:00 Uhr – Mitten in einer Wohnsiedlung rums- te es gewaltig in Lehnitz bei Oranienburg. Eine amerikanische Flie- gerbombe detonierte mit 46-jähriger Verspätung. Einfach so und ohne äußeren Anlass. Bilanz der Selbstde- tonation: zwei Schwerverletzte, 60 beschä- digte Häuser und ein Riesenkrater im Boden (15m breit und 6m tief).

Die Bomben-Nacht von Lehnitz
Kaputte Häuser, zerstörte Autos, viele obdachlos • Das kann auch in Berlin passieren

Traffipax auf der Straße



„Der Tod rast auf den Straßen“ titelte eine regionale Zeitung 1990 mit Blick auf die besorgniserregende Unfallentwicklung auf Brandenburgs Straßen. 1991 wurden daher die Verkehrsradargeräte „Traffipax Speedophot“ in Brandenburg eingeführt. Die Anlage kombinierte ein Verkehrsradargerät mit einer automatischen Fotoeinrichtung. Wegen ihrer kleinen Abmessungen konnte sie auch in die noch vorhandenen Fahrzeuge des alten Fuhrparks, wie Wartburg und Lada, eingebaut werden. Geschwindigkeitsmessungen während der Fahrt wurden durch das digitale Tachometer möglich.

LKA Brandenburg gebildet



Das Landeskriminalamt Brandenburg nimmt bei gleichzeitiger Auflösung des Gemeinsamen Landeskriminalamtes der neuen Bundesländer mit Wirkung vom 1. Januar 1992 seine Arbeit auf. Es ist von Beginn an zentrale Dienststelle des Landes Brandenburg im Sinne von Paragraph 3 (Ziff. 1) BKA-Gesetz.

1992 beginnt das LKA mit ca. 170 Mitarbeitern an den beiden Standorten Basdorf und Berlin-Johannisthal (hier Kriminaltechnik). Es gliedert sich zu diesem Zeitpunkt in die sechs Abteilungen Verwaltung, Überregionale Verbrechensbekämpfung, Staatsschutz, Auswertung/Information, Kriminaltechnik sowie Einsatz- und Ermittlungsunterstützung.

■ TORALF REINHARDT

Erster Polizei-Hauptpersonalrat gewählt

v.l.n.r.: der Vorsitzende **Andreas Bernig**, die Vorstandsmitglieder **Petra Schäuble** und **Jörg Volkhammer**, der zweite Stellvertreter **Wolfgang Rudolph** und der erste Stellvertreter **Andreas Schuster**



Neueinkleidung der Vollzugsbeamten

Mit der schrittweisen Einführung der bundeseinheitlichen Polizeibekleidung in Grün/Beige wurde die bis dahin mit Stiefel und Stiefelhose getragene Polizeiuniform abgeschafft. Durch Neubestellungen bzw. durch Bereitstellung von Überbeständen aus der Polizei NRW wurden rund 8.000 Polizisten eingekleidet. Die Ausgabe erfolgte in der zentralen Bekleidungskammer des ZTB sowie mit Bekleidungslieferfahrzeugen vor Ort. So wurden unter anderem rund 10.700 Jacken, 7.800 Pull-over und 33.000 Hemden ausgegeben.

■ JULIA KRÜGER

Bundespräsident besucht Polizeischule



22.12.1992: Besuch des damaligen Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland, Herrn Dr. Richard von Weizäcker, und des damaligen Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg, Herrn Dr. Manfred Stolpe, in der Landespolizeischule in Basdorf. Erstmals besuchte Bundespräsident von Weizäcker eine Polizeischule in den neuen Bundesländern.

Nordrhein-Westfalen zahlt den Löwenanteil

Den Adler an der Mütze, den Adler am Arm: Das ist die neue Uniform für die Brandenburger Polizisten

Frank Goldner in seiner neuen Uniform mit der richtigen Kronecke. **Hat bald ausgesollt:** Die Vape-Uniformen

Berlin, 11. Juni im für 1,2 Milliarden Mark löst das Land Brandenburg seine 5000 Polizisten neue Uniformen schenken. Nordrhein-Westfalen übernimmt mit vier Millionen Mark den größten Anteil.

Bis Jahresende sollen die Polizisten von ihren Vape-Uniformen entlastet werden: Polizeipräsident Gert Rörkowski (58): Die aufträge bekommen Cottbusser Firmen.

Jeder Mann und jede Frau im Polizeidienst bekommt eine grüne Jacke, Mütze und Kronecke, beige Hose oder Rock, bambusforbessene Hand oder Gürtel. Am Jackenärmel und Mützenschild sitzt der rote Brandenburg-Adler auf weißem

34 Wachen im Umbau

Sonderbauprogramm 1992 gestartet

Eckpunkt Bau funktionaler und zehner bürgernaher Dienststellen

34 Polizeiwachen im Bau – Beispiel: Die Hauptwache in Spremberg

Große Renovierung ist in der Hauptwache in Spremberg angesagt! Sie ist eine der ersten, in der mit dem Umbau begonnen wurde. Ein Schwerpunkt des Umbaus ist der Sicherheitsstandard: An den Eingängen werden Sicherheits-schleusen gebaut, und der Gewahrsamsbereich wird umgestaltet. Moderne Kommunikations- und Datentechnik soll die Arbeitsbedingungen der brandenburgischen Polizistinnen und Polizi-



Viele Dienstgebäude der Polizei befanden sich baulich in einem sehr schlechten Zustand. 1992 wurde im Rahmen des „Programms Innere Sicherheit“ damit begonnen, 34 Wachen umzubauen und die Technik auf den neusten Stand zu bringen. Für die Bauvorhaben wurden 41 Millionen DM, für die moderne Technikausstattung 15 Millionen DM veranschlagt.

Im Mittelpunkt dieses sogenannten „Wachenprogramms“ stand vor allem der interne Wachenbereich. Dieser wurde als Sicherheitsbereich für die Bediensteten hergerichtet, z.B. durch den Einbau von durchschußhemmenden Fenstern und einbruchhemmenden Türen sowie durch die Installation moderner IuK- und Fernmeldetechnik. Die Grundsätze des „Wachenprogramms“ fanden Eingang in die Standards des Leitfadens „Bürgerorientierte Gestaltung der Polizeiwachen und baulich-technische Sicherungsvorkehrungen“ und waren somit eine Planungsgrundlage für alle folgenden Bauinvestitionen bei Um-, Erweiterungs- und Neubaumaßnahmen.

Angriffe auf Asylbewerberheim

Präsenz der Polizei verhinderte Übergriff

Wasserwerfer und Räumfahrzeug waren einsatzbereit

Wittenberge - Randalfe in Asylbewerberheimen waren angesagt – aber überall im Land, auch in Wittenberge war man an diesem Wochenende besser darauf vorbereitet. So konnte in der Elbestadt schlimmeres verhindert werden. 25 Personen wurden vorläufig festgenommen.

Action! Heute aus Pöhlberg, 1992: Eine gute Zusammenarbeit zwischen den Einwohnern und den Polizisten verhinderte ein Verfall der ansehnlichen Wohngebäude. Tausende kamen in die

Überall im Land gab es Übergriffe auf Asylbewerberheime. Auch in Wittenberge. Mit rund 90 Polizisten, einem Wasserwerfer und einem Räumpanzer verhinderte dort die Polizei im September 1992 einen Übergriff auf ein Asylbewerberheim.

80 bis 100 Jugendliche zwischen 16 und 25 Jahren versammelten sich in der Nacht und konnten durch Polizisten kontrolliert werden. Luftgewehre, Totschläger, Baseballschläger, mit Nägeln bestückte Zaunlatten, Eisenstangen und mehrere Messer wurden sichergestellt.

Brandanschlag auf Gedenkstätte Sachsenhausen

Rechtsextremisten haben Anfang der 90er Jahre wiederholt Friedhöfe, Denkmäler und Gedenkstätten geschändet. Bei einem Brandanschlag im September 1992 auf das ehemalige KZ Sachsenhausen wurden die beiden jüdischen KZ-Baracken 38 und 39 teilweise zerstört. Tiefe Empörung, Wut und Angst waren die Folge. Zwei der Täter wurden gefasst und zu Haftstrafen verurteilt.

Brandanschlag schreckt Parteien auf

„Barbarischer Akt mit fatalen Auswirkungen auf deutsches Ansehen“

Oranienburg (AP) - Der Brandanschlag auf die jüdische Gedenkstätte im ehemaligen Konzentrationslager Sachsenhausen hat getrennt die deutsche Öffentlichkeit aufgeschreckt. Der Verfall der Gedenkstätte ist ein Verbrechen, das die Erinnerung an die Opfer des Holocausts zerstört. Die Mitglieder des Bundestages sind in Bonn, der Brand müsse jeden aufrütteln, die freibühlerische am Her-

Endlich Schluss mit der Gewalt! Die Mitglieder des Bundestages sind in Bonn, der Brand müsse jeden aufrütteln, die freibühlerische am Her-

Toleranz statt Haß Grundsätzlich darf nicht wieder in Verfall geraten. Die Verfall der Gedenkstätte ist ein Verbrechen, das die Erinnerung an die Opfer des Holocausts zerstört.

Noch unbekannte Brandstifter sind. Die Mitglieder des Bundestages sind in Bonn, der Brand müsse jeden aufrütteln, die freibühlerische am Her-

Staatsanwaltschaft geht von Brandstiftung aus

Gestern noch keine Oranienburg (MAZ) Das Feuer im jüdischen Museum der Gedenkstätte Sachsenhausen wurde vorsätzlich gelegt. Die Sonderkommission der Polizei fand Hinweise, daß eine Fensterscheibe der Baracke zertrümmert und vermutlich Brandsatz in die Räum-

Viele Juden sind beunruhigt

Ignatz Bubis vor der Presse gegen eine Änderung des Asylrechts

Gegen eine Änderung des deutschen Asylrechts zum gegenwärtigen Zeitpunkt wandte sich jetzt nachdrücklich der neue Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis. Wie er am Vorabend des Beginns des jüdischen Jahres 5753 vor der Presse betonte, Wäre dies nicht die entsprechende Antwort auf zunehmende rechtstextremistische Aus-

Queenbesuch in Potsdam

Erste große Bewährungsprobe für Brandenburgs junge Bereitschaftspolizei



Königin Elisabeth II besuchte 1992 erstmalig das wiedervereinigte Deutschland. Dieser Besuch führte sie auch nach Potsdam. Auch für die Bereitschaftspolizei mit ihrer seit dem 1. November 1991 völlig neuen Struktur war dieser Besuch die erste große Bewährungsprobe.



Neue Dienstausweise

Oberkörperschlagschutz und Unterziehschutzwesten

Gewalt gegen Polizisten war zu jeder Zeit ein Thema. 1992 wurde der Oberkörperschlagschutz als Ausstattungspool zum Einsatz in besonderen Einsatzlagen eingeführt. Erinnert sei hier an die Bilder, auf denen Starwars-ähnliche Außerirdische bei polizeilichen Höhenpunkten zu sehen sind.

Auch die Notwendigkeit des Schutzes gegen bewaffnete Straftäter wurde frühzeitig erkannt. 1992 wurden die ersten ballistischen Unterziehschutzwesten der Schutzklasse 1 beschafft. Hier erfolgte eine Poolausstattung der Dienststellen. Zur täglichen Dienst-

durchführung konnte sich jeder Bedienstete aus diesem Bestand schützen.

Anfang der 90er Jahre stieg die Zahl rechtsextremistisch motivierter Gewalttaten in Brandenburg deutlich an. Zwischen November 1992 – der Geburtsstunde der Soko gegen rechtsorientierte und fremdenfeindliche Gewalt (Soko ReGa) – und November 1993 wurden über 2.580 Tatverdächtige ermittelt und 216 Durchsuchungen gefahren. Insgesamt gab es 334 Einsätze. Es wurden über 1.100 Taten aufgeklärt, ein Erfolg der Soko. Im Oktober 1995 wurde die Soko in die AAO überführt.

EK „Weide“

Vor dem Hintergrund existenzbedrohender Großviehdiebstähle sowie wachsender Proteste der Bauernverbände wurde dem LKA Brandenburg 1992 das erste Ermittlungsverfahren zur Bearbeitung zugewiesen. Mit Unterstützung von abgeordneten Kollegen aus den Polizeipräsidien klärte die zehnköpfige Ermittlungsgruppe binnen kürzester Zeit die schwerwiegendsten Fälle auf. Für die Diebstähle, bei denen teilweise komplette Bestände aus Stallanlagen entwendet wurden, waren zwei voneinander unabhängige Tätergruppierungen aus dem Münsterland verantwortlich. Die jeweiligen Haupttäter waren, bevor sie nachts auf Diebestour gingen, am Tag als Viehhändler unterwegs.

Die erfolgreiche Arbeit der EK „Weide“ führte zur Verurteilung der Straftäter und zur nachhaltigen Bekämpfung dieses Phänomens.

■ TORALF REINHARDT



Erste Vereidigung an der LPS



16. Januar 1992: Die erste feierliche Vereidigung von 200 neueingestellten Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten fand an der Landespolizeischule Brandenburg in Basdorf statt.

Sonderkommission gegen rechte Gewalt

Anfang der 90er Jahre stieg die Zahl rechtsextremistisch motivierter Gewalttaten in Brandenburg deutlich an. Zwischen November 1992 – der Geburtsstunde der Soko gegen rechtsorientierte und fremdenfeindliche Gewalt (Soko ReGa) – und November 1993 wurden über 2.580 Tatverdächtige ermittelt und 216 Durchsuchungen gefahren. Insgesamt gab es 334 Einsätze. Es wurden über 1.100 Taten aufgeklärt, ein Erfolg der Soko. Im Oktober 1995 wurde die Soko in die AAO überführt.

Jugendbande gesteht Ravensbrück-Anschläge
 Vier Festnahmen / Ausländerhaß / Mordversuch?
 Von unserem Redaktionsmitglied Martin Krüger
 Fürstenberg – Der Brandanschlag auf die Gedenkstätte in Ravensbrück ist offenbar aufgeklärt. Die Polizei hat vier junge Männer aus dem Kreis Gransee im Alter von 16 bis 19 Jahren festgenommen.
 Drei Mitglieder der Gruppe Dieter Mendon sprach gestern an der GUS-Kaserne mit. haben die Tat und drei weitere von einer gewissen Langzeit-Kommen und einen Kollegen in

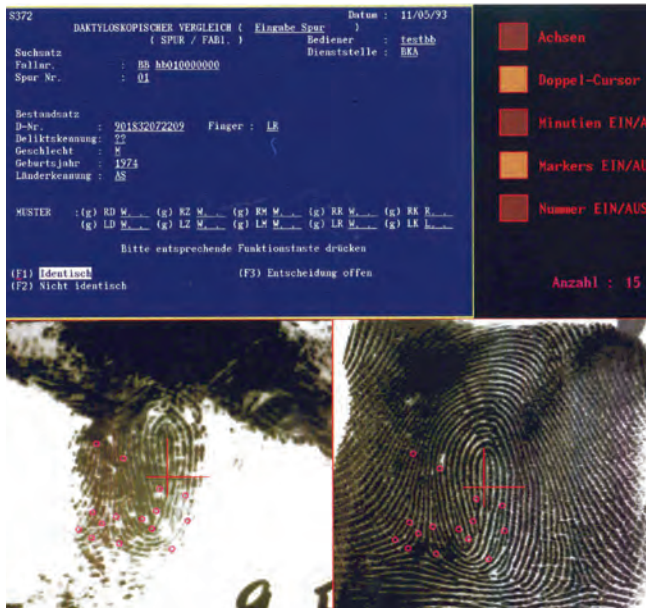
Funkstreifenwagen VW Passat B3 wird beschafft



Die VW Passat waren die ersten, selbst beschafften Funkstreifenwagen. Alle 265 Fahrzeuge wurden 1992 durch Beschäftigte des ZTB vom VW-Werk in Emden per Achse nach Potsdam überführt, nach Ankunft am selben Abend noch mit Funk ausgestattet, um am nächsten Tag in Dienst gestellt werden zu können.

Die aufsteckbare blaue Rundumkennleuchte wurde von Mitarbeitern des ZTB erfunden, Volkswagen zur Prüfung der Verbaubarkeit vorgeschlagen und in der Folge von einem bekannten Sondersignalanlagenhersteller aufgegriffen und vermarktet.

AFIS wird eingeführt



Im Mai 1993 installiert die Firma SAGEM-MORPHO beim LKA in Basdorf zwei Arbeitsstationen des Automatischen-Fingerabdruck-Identifizierungs-Systems (AFIS). Das System ermöglicht die automatisierte Suche der Merkmale von Tatortspuren in einem zentralen, beim BKA geführten, Bestand daktyloskopischer Daten. Auf dem Gebiet der 90 Jahre zuvor in Dresden offiziell eingeführten Daktyloskopie stellt AFIS eine zukunftsweisende Entwicklung als polizeiliches Arbeitsmittel dar.

Die technische Anbindung erfolgte wegen der noch unzureichenden Infrastruktur in den neuen Bundesländern durch eine Satellitenverbindung. Einweisung und Training der Sachverständigen übernahmen Fachkräfte der Herstellerfirma direkt vor Ort an den künftigen Arbeitsplätzen.

Der erste im Training erzielte AFIS-Treffer für Brandenburg wurde am 11.05.1993 erzielt.

■ WILFRIED ZAPF

Halbe „Rechts“ von Brandenburg

Vieles war Anfang der Neunziger neu für die Polizei. Das betraf Einsätze und dabei auch unsere Pressearbeit. Wir hatten zu lernen, zum Beispiel im märkischen Halbe, auf das plötzlich die Weltpresse schaute. Hunderte Mitglieder der später verbotenen Wiking-Jugend und der FAP sowie andere Rechtsextremisten marschierten 1991 und in den Folgejahren an Deutschlands größtem Soldatenfriedhof unbehelligt mit ihren Uniformen, Fahnen und Parolen auf. Man provozierte mit Kühnengruß, ein Hakenkreuz wurde gezeigt. Wir hatten die Versammlungsanmeldung - wohl auch blauäugig - als junges Polizeipräsidium bestätigt. Die Bilder gingen um die Welt - das kleine Halbe „Rechts“ von Brandenburg.

Als Polizeisprecher des Potsdamer Präsidiums stand ich mit unserem Einsatzchef nach den ersten dieser Bilder vor Kamera und Mikrofon eines bekannten privaten TV-Senders. Bohrenden Fragen, wir versuchten zu erklären ... Dann wurde „ausgeschaltet“, man wolle „vertraulich“ reden. Nach einigen Minuten merkte ich, wie der Kameramann heimlich drehte - wir hatten Lehrgeld gezahlt! Danach waren wir besser vorbereitet. Halbe aber blieb zunächst weiter im Focus - für deutsche

und europäische Rechtsextremisten und für die Medien.

Auf dem Höhepunkt zum Volkstrauertag 1993 waren weit über 100 Redaktionen aus aller Welt in Halbe, darunter die großen TV-Netzwerke der USA NBC, CBS und ABC. Ich bin noch heute dem damaligen Polizeisprecher des PP Bonn, Harry Kolbe, sehr dankbar, der uns in Potsdam und Halbe bei Vorbereitung und Einsatz unterstützte und so wie ich vor Ort viele Statements zum Polizeieinsatz gab. Es war ein guter Einsatz. Der Friedhof, die Würde der Toten blieben geschützt. Wir haben uns auch gemeinsam gefreut, als Halbe mit seinem Soldatenfriedhof in den Folgejahren seine Ruhe wiederfand. Die Polizei hat daran mit ihren konsequenten und dabei besonnen Einsätzen und ihrer überlegten Arbeit als Versammlungsbehörde wesentlichen Anteil.

■ GEERT PIORKOWSKI



Jugendliche beim Aufmarsch auf dem Ehrenfriedhof in Halbe, Volkstrauertag 1991

Der neue Transporthubschrauber MI-8 steht der Polizei im Februar 1993 zur Verfügung. Transportiert werden können bis zu 20 Personen, wenn besonderer Ausstattung befördert wird, fasst der Hubschrauber 18 Passagiere und Nutzlasten bis zu vier Tonnen.



Transporthubschrauber MI-8

Illegale Autorennen

Illegale Autorennen stellten die Polizei im Sommer 1993 vor allwöchentliche Probleme. Rund um Berlin lockten diese „Veranstaltungen“ tausende Besucher an. Der Polizei gelang es nicht, die Rennen zu verhindern. Vereinzelt sammelten sich mehr als 1.000 Menschen, um an Wochenenden bei den Rennen dabei zu sein. Es kam immer wieder zu Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und gewaltbereiten Jugendlichen. Zuschauer applaudierten, Polizisten wurden ausgepöflet und Flaschen flogen.



Es geht los: Die jugendlichen Autorasser lassen provozierend laut den Motor aufheulen. Fotos: aus FOCUS

Die Polizei sammelt sich für die Straßenschlacht – mit Helmen, Gummiknüppeln und Schutzschilden.

Temporausch oder Randalen – Hauptsache Action

Polizei mit neuem Konzept gegen illegale Autorennen / Appell an Vernunft

Ludwigsfelde/Potsdam (dpa/ADN/EB) – Illegale Autorennen haben die Polizei Brandenburgs in der Nacht zum ... über 200 Strafgehilfen, 84 Straf- und „Nacht“ als die Straßenge- ... anzuzeigen auf 12 Verletzte. Die Po- ... wird.

Kriminaldienstmarke eingeführt

6 x 4 cm ist sie groß, die Kriminaldienstmarke der Polizei. Sie wurde im Januar 1993 eingeführt. Die Vorderseite der goldfarbenen Prägemarken trägt die Aufschrift „Kriminalpolizei“ und einen Polizeistern. Die Rückseite zeigt das Landeswappen, die Aufschrift „Brandenburg“ und eine laufende Nummer.



Heilfürsorge für alle

Mit Wirkung vom 1. Juli 1993 hatten alle Polizeivollzugsbeamten einen Anspruch auf Heilfürsorge und somit einen Anspruch auf unentgeltliche Heilbehandlung im Krankheitsfall. Mit dieser Regelung wurde der Polizeiberuf damals noch attraktiver.

■ JULIA KRÜGER

Polzeiorchester in Kanada

Im September '93 ging es für das Potsdamer Polzeiorchester auf die Reise – nach Kanada. Es folgte damit der Tournee-Einladung eines kanadischen Firmenchefs. Über 200 Mal hieß es 1993: „Das Potsdamer Polzeiorchester spielt“. Ob in Kanada, Holland oder Frankreich, ob in Potsdam, Perleberg oder Berlin – stets gab es Beifall. So wie heute immer noch.



Zu Wasser gelassen – die WSP 1

Das 1,3 Millionen D-Mark teure Mehrzweckschiff „WSP 1“ wird im April an die Wasserschutzpolizei übergeben. Die Bauart weicht von denen normaler Streifenschiffe ab, da auch Sonderfunktionen, wie die Ausbildung der Beamtinnen und Beamten, erfüllt werden sollen. Neben den täglichen Streifenfahrten konnte die WSP 1 auch als mobile Befehlsstelle oder schwimmende Polizeistation eingesetzt werden.



Polizist wird internationaler Turniersieger

Maik Heydeck erkämpfte sich 1993 in London bei den offenen Europapolizeimeisterschaften den Titel „Polizeimeister im Boxen“. Nach einer Woche Vorbereitung in Lübeck ging es gemeinsam mit sechs weiteren Teilnehmern nach London. In der B-Klasse der Männer über 91 kg hatte Heydeck eine schwere Aufgabe zu lösen. Gegen einen hochkarätigen Gegner, der russischer Meister war, gewann der Polizist am Ende nach Punkten. Seit 1999 ist Maik Heydeck Sport- und Zweikampfausbilder bei der Polizei.

■ IRIS HEMME-KULLIK



Seiteneinsteiger können in die Polizei



Heike
Schwochow

Insgesamt 546 neue Polizistinnen und Polizisten wurden bis Juli 1994 als sogenannte lebensältere Bewerber in die Brandenburger Polizei eingestellt.

Im Oktober 1992 hatte Innenminister Ziel Lebensältere aufgerufen, sich bei der Polizei zu bewerben. Lebensältere in diesem Sinne waren interessierte Bürgerinnen und Bürger zwischen 30 und 40 Jahren, die die sonst geforderten Voraussetzungen für eine Einstellung in den mittleren Polizeivollzugsdienst erfüllten. Nach zwei Jahren Arbeit in einer Behörde und einem halben Jahr Fortbildung an der Landespolizeischule konnten die Bewerber Beamte auf Probe werden. Beworben hatten sich vor allem Kindergärtnerinnen, Handwerker und Lehrer. So auch Heike Schwochow.

„Ich bin seit Februar 1993 Polizistin. In meinem ersten Berufsleben wurde ich Erzieherin und arbeitete einige Jahre in einem Kindergarten. In den Nachwendejahren waren dann auch diese Arbeitsplätze immer unsicherer und viele meiner damaligen Kolleginnen verloren ihre Arbeit. Auch bei mir wuchs diese Unsicherheit und so habe ich dann im Juli 1992 eine Anzeige in der Märkischen Allgemeinen entdeckt. Darin stand, dass in der Polizei Verkehrserzieher gesucht werden. Da ich mit dem Wortteil Erzie-

her sehr gut vertraut war, habe ich mich ohne längeres Zögern auch beworben.

Ohne eine Vorstellung was mich dort erwartet, erschien ich mit Herzklopfen zum Vorstellungsgespräch im damaligen Dezernat E 4. Schnell merkte ich jedoch, dass ich sogar einige Fragen beantworten konnte und meine Unsicherheit legte sich etwas. Nach kurzer Zeit bekam ich die Nachricht, dass die Polizei mich einstellen würde. Ich sagte zu und wurde mit einem Überleitungsvertrag meines damaligen Arbeitgebers von der Brandenburger Polizei übernommen.

So, und dann stand ich da, wurde in die Uniform gesteckt und nach Basdorf auf die Schulbank zur sogenannten Ausbildung für „Lebensältere“ geschickt. Dabei fühlte ich mich mit 25 Jahren noch gar nicht so alt. Es stellte sich heraus, dass in meiner Klasse alle auch schon einen Beruf ausgeübt hatten und im Zuge der Wende sich neu orientierten. Ich war allerdings mit Abstand die „Jüngste“, da dieses Programm eigentlich für Bewerber über 30 Jahren ausgelegt war. Beim Praktikum in der Wache Babelsberg habe ich viele tolle Kollegen kennengelernt, denen ich sehr viel zu verdanken habe, weil sie mir mit viel Geduld die Praxis erklärten. Nach meinem erfolgreichen F1 Abschluss durfte ich dann viele Jahre in der Prävention tätig sein. Zuerst im Dezernat E4, dann im Dezernat E5 und ab 2002 im Stabsbereich 1. Im Jahr 2007 habe ich dann den Aufstiegslehrgang zum gehobenen Dienst an der Fachhochschule in Oranienburg erfolgreich abgeschlossen und arbeite seit dieser Zeit im Stabsbereich 1 des Polizeipräsidiums.

Ich habe meine Entscheidung Polizistin zu werden, nie bereut. Wichtig für mich ist auch immer, dass ich mich neben meiner fachlichen Arbeit für andere Kollegen einsetzen kann. So bin ich im Personalrat tätig und seit 2008 Mobbingbeauftragte meiner Behörde.“

■ HEIKE SCHWOCHOW

Stärkster Einstellungsjahrgang

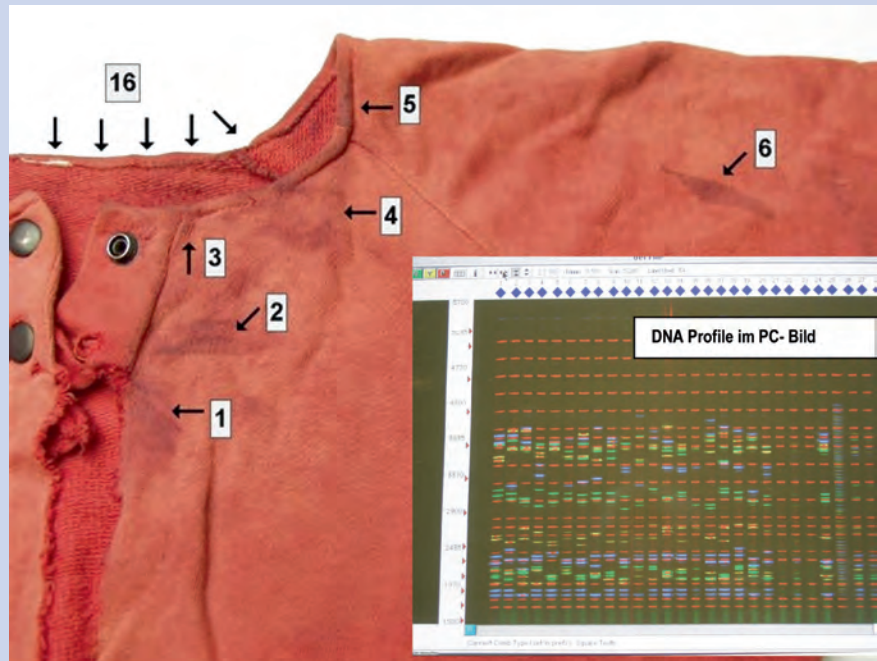
Die Einstellungszahlen für die neuen Polizeibeamten unterscheiden sich von Jahr zu Jahr. So wurden im Jahr 1994 200 Studenten für den gehobe-

nen Polizeivollzugsdienst und 198 Auszubildende für den mittleren Polizeivollzugsdienst eingestellt. Damit war das Jahr 1994 das bisher stärkste Einstellungsjahr im Land Brandenburg für die Polizeiausbildung.

Neuer Standard in die DNA Analyse

Die Typisierung von biologischen Materialien im Rahmen der Verbrechensbekämpfung hat durch den Einsatz der molekulargenetischen Untersuchung der DNA (Desoxyribonucleic Acid) erheblich an Bedeutung gewonnen. Die grundsätzliche Zulässigkeit der DNA-Analyse von nicht codierenden Abschnitten zu Beweis Zwecken in Strafverfahren wurde bereits im Jahr 1990 in einem Grundsatzurteil des BGH (4 StR 145/90) bestätigt.

Mit der Einführung der PCR-Technik (Polymerase-Chain-Reaction – Polymerasekettenreaktion) konnte durch gezielte Vermehrung vorliegender DNA die Nachweisempfindlichkeit der Methode erheblich gesteigert werden, so dass für eine Analyse nur noch wenige Zellen notwendig sind. Dieses setzt aber auch eine qualifizierte Spurensuche und -sicherung voraus, da bereits wenige Zellen einer nicht an der Tat be-



teiligten Person (z. B. Spurensicherer) ebenfalls zu auswertbaren Ergebnissen bei der Untersuchung führen (Kontaminationsproblematik).

Die PCR-Technik wurde in der Brandenburger Kriminaltechnik bereits im Jahr 1992 eingeführt und 1994 als Standardmethode in den Wirkbetrieb über-

nommen. Mit dieser Methode wurde es wegen der höheren Nachweismöglichkeit möglich, Spuren, die bis dahin nicht analysierbar waren, analytisch aufzuarbeiten und somit bei der Aufklärung von Altfällen entsprechende Erfolge zu erzielen.

■ DR. PIEPER, LKA

Kreisgebietsreform führt zu kleiner Polizeistrukturreform



Infolge einer Kreisneugliederung erhielten die Polizeipräsidien zum 1. Januar 1994 eine neue Struktur. Die Neustrukturierung hatte keinen Einfluss auf die Verteilung der Wachen in den einzelnen Gemeinden, Personal wurde nicht abgebaut.

Die fünf Polizeipräsidien setzen sich wie folgt zusammen: PP Cottbus mit der kreisfreien Stadt Cottbus sowie den Landkreisen Spree-Neiße, Oberspreewald-Lausitz und Elbe-Elster; PP Eberswalde mit den Landkreisen Barnim und Uckermark; PP Frankfurt (Oder) mit der kreisfreien Stadt Frankfurt (Oder) sowie den Landkreisen Märkisch-Oderland und Oder-Spree; PP Oranienburg mit den Landkreisen Havelland, Prignitz, Ostprignitz-Ruppin und Oberhavel; PP Potsdam mit den kreisfreien Städten Potsdam und Brandenburg (Havel) sowie die Landkreise Dahme-Spreewald, Teltow-Fläming und Potsdam-Mittelmark.

Erste neue Raumschießanlage

Alwin Ziel bei der offiziellen Übergabe der Schießhalle



Die neue Generation junger Polizisten sollte auf höchstem Niveau ausgebildet werden. Die Errichtung neuer Raumschießanlagen (RSA) war hier zu ein wichtiger Schritt. Der erste Neubau erfolgte am damaligen Standort der Landespolizeischule in Basdorf. Der vorhandene Rohbau eines Garagenkomplexes wurde zu einer RSA mit modernster Schießtechnik umgebaut. Innenminister Alwin Ziel übergab dieses Schmuckstück offiziell seiner Bestimmung. Übrigens: der erste „Einschuss“ im damals noch „jungfräulichen“ Fußboden stammte von einem Polizeipräsidenten und wurde schon vor der offiziellen Einweihung abgegeben.

■ JULIA KRÜGER



Geehrt: Lebensretter Polizeimeisterin Constanze Parrhysius und Polizeikommissar Dirk Preuß

Lebensretter geehrt

Anfang Dezember 1993 werden Polizeimeisterin Constanze Parrhysius und Polizeikommissar Dirk Preuß in Fürstenwalde die Lebensretter eines Jungen. Das Kind war gemeinsam mit Freunden und einem Erwachsenen nahe der Spreebrücke ins Eis eingebrochen. Während Kommissar Preuß sofort zur Böschung rennt um das eingebrochene Kind unter dem Eis auszumachen, informiert seine Kollegin die Leitstelle. Preuß betritt das Eis, bricht jedoch mehrfach ein und robbt schließlich im Schmelzwasser über die Eisfläche. Unter ihm kann er die Umrisse des Jungen erkennen, der in der Strömung der Spree in Richtung Wehr treibt. Mit Ellenbogen und Fäusten beginnt er das Eis unter sich zu zertrümmern. Constan-

ze Parrhysius wirft ihm einen Pflasterstein zu. Damit gelingt es ihm ein Loch in das Eis zu schlagen, er bekommt den leblosen Körper des Kindes zu fassen und zieht ihn aus dem Wasser. Preuß robbt mit dem Kind zurück, bricht jedoch abermals ins Eis ein. Polizeimeisterin Parrhysius rennt ins Wasser, holt das Kind heraus und übergibt es den Helfern am Ufer. Dann läuft sie zurück zu ihrem Kollegen und schleift den völlig entkräfteten und unterkühlten Preuß zurück an Land. Das Kind kann im Rettungshubschrauber wiederbelebt werden, es verdankt den beiden Polizisten sein Leben. Polizeimeisterin Constanze Parrhysius und Polizeikommissar Dirk Preuß werden 1994 für ihr Handeln von Innenminister Alwin Ziel ausgezeichnet.



Mord verjährt nie

Bei einem Supermarktüberfall in Neuruppin wurde im März 1994 ein zufällig anwesender Wachmann erschossen und der Marktleiter schwer verletzt. Die mit Clownsmasken verummten Täter beschossen auf der Flucht ein Polizeiauto, nur durch Zufall gab es keine weiteren Toten. Die Täter konnten entkommen. Bis auf ein zurückgelassenes Kleidungsstück gab es keine Spuren. 13 Jahre sollte es dauern bis die Polizei den brutalen Tätern dann doch auf die Spur kam. DNA-Spuren auf dem Kleidungsstück überführten sie schließlich.

Funkstreifenwagen Opel Corsa

Der Umstieg vom Motorroller Schwalbe auf einen kleinen Personenkraftwagen war zu diesem Zeitpunkt einmalig in der Bundesrepublik. Am Anfang noch belächelt („das soll ein FuStkw sein – armes Brandenburg“), haben die anderen Bundesländer Jahre später nachgezogen. Begonnen hat alles mit einem 5-türigen Opel Corsa-B.

Ein auch bundesweit absolutes Einzelstück der kleinen Funkstreifenwagen war unser niedlicher knuffiger VW Lupo, liebevoll Wölfchen genannt, der seinen Dienst in Potsdam verrichtete und abgerüstet immer noch als Fahrdiensttauto unterwegs ist.

■ JULIA KRÜGER

Innenminister Alwin Ziel stellt die neuen Funkstreifenwagen vor



Letzter Lada außer Dienst



Brandenburger Polizisten im Auslandseinsatz



Als erstes ostdeutsches Bundesland entsendet Brandenburg Polizeibeamte ins Ausland. Die drei Brandenburger Dieter Pflaum (PHM aus dem PP Potsdam), Hardy Müller und Dietmar Schmidt (beide POM aus dem PP Oranienburg) waren im November 1994 die

ersten Brandenburger Polizeibeamten, die sich zu einem Auslandseinsatz bereit erklärten. Sie waren Teil des deutschen Kontingentes der WEU (Westeuropäischen Union)- Polizeimission und waren für ein halbes Jahr in Mostar (Bosnien-Herzegowina) eingesetzt.

Am Anfang war ... POLIKS

1994 wurde gemeinsam mit der Polizei Berlin das Projekt POLIKS (Polizeiliches Landessystem zur Information, Kommunikation und Sachbearbeitung) aufgelegt. Vollzugspolizeiliche Aufgaben sollten effektiv und ökonomisch unterstützt werden.

Nach Einführung einzelner Komponenten der Sachbearbeitung in Brandenburg (z. B. SC-OWi oder ELBOS), trennten sich 1998 die Wege beider Länder in diesem Projekt, denn Brandenburg entschied sich für das sächsische polizeiliche Auskunftssystem.

■ JULIA KRÜGER

Partner für Sicherheit

In Beelitz-Fichtenwalde laufen Bürger seit 17 Jahren Sicherheitsstreife



Partner für Sicherheit: Revierpolizist Lothar Frömming mit dem alten sowie dem neuen Chef der Sicherheitspartnerschaft Fichtenwalde (rechts: Manfred Staab – alter Vorsitzender, links: Reinhard Scheiper – neuer Vorsitzender)

„Kriminalitätsvorbeugung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.“ Unter dieser Maßgabe startete das Innenministerium Brandenburg 1994 den Modellversuch „Sicherheitspartner“ für zunächst ein halbes Jahr. Der Modellversuch sollte im Rahmen der konzentrierten Aktion „Kommunale Kriminalitätsverhütung (KKV)“ die Kommunen zur Zusammenarbeit mit der Polizei aufrufen.

Aus diesem Aufruf entstanden im ganzen Land mehrere, so genannte Sicherheitspartnerschaften, in denen sich Bürger, organisiert durch die jeweiligen Kommunen und angeleitet durch den örtlichen Revierpolizisten, für den allgemeinen Ordnungs- und Sicherheitszustand in ihrem Wohnumfeld engagieren. Das Gewaltmonopol des Staates lassen die Sicherheitspartner dabei jedoch unangetastet. Sie nehmen „Jedermannsrechte“ wahr, sind aber durch das Land im Rahmen ihres ehrenamtlichen Engagements versichert. Heute sind Sicherheitspartnerschaften im Land nicht mehr wegzudenken.

Eine der ersten Sicherheitspartnerschaften, die auch heute noch sehr engagiert ist, entstand im Oktober 1995 in Fichtenwalde, heute Ortsteil von Beelitz (LK PM). Bereits ein Jahr vor der behördlichen Benennung waren hier 23 Einwohner in einem so genannten Bürgeraktiv tätig – darunter Betroffene von Einbrüchen in Bungalows und Einfamilienhäuser, deren Zahl sich in den Jahren 1993/94 rapide erhöht hatte.

Von Anfang an mit dabei war der heute 75-jährige Manfred Staab: „Es ist einfach nicht zu glauben, mit wie viel Lust die Leute dabei waren und noch heute sind. Ich dachte, als ich 1995 den Vorsitz der Sicherheitspartnerschaft vom vorherigen Bürgeraktivleiter übernahm, dass ich den Leuten hinterherlaufen muss, um sie für die wöchentlichen Streifen zu begeistern. Das Gegenteil war der Fall! Da anfänglich nur Sicherheitspartnerschaften mit zwölf Mitgliedern zugelassen waren, mussten wir vielen das vom Land versicherte Engagement versagen.“

Besonders interessiert verfolgen die Sicherheitspartner in jedem Jahr die Kriminalitätsentwicklung. Verzeichnete der Revierpolizist 1994 noch 159 Straftaten aus der örtlichen Statistik, waren es 2010 nur noch 71. Ein Erfolg, den sich die Fichtenwalder Sicherheitspartner zu Recht auch mit auf ihre Fahnen schreiben können.

■ HEIKO SCHMIDT

Neue Einheit – LESE

1995 wurden die Bereitschaftspolizei, die Spezialeinheiten (Sondereinsatzgruppe, Mobile Einsatzgruppe und Verhandlungsgruppe), die Hubschraubereinsatzgruppe, der Führungsstab zur Unterstützung der Polizeibehörden bei der Bewältigung außergewöhnlicher Lagen (FüSAL) und der Personenschutz in einer Polizeieinrichtung zusammengeführt – der Landeseinsatzeinheit der Polizei des Landes Brandenburg (LE-

SE). Die LESE soll die Polizeipräsidien bei ihren Einsätzen, z.B. bei Großlagen, unterstützen und operative Kräfte bereit stellen. Führung und Verantwortung bleiben dabei bei der jeweils zu unterstützenden Behörde. Die LESE setzt sich aus etwa 1.000 Polizeibediensteten zusammen und steht nun landesweit als mobile Einheit jedem Polizeipräsidium zur Verfügung. Erster Leiter der LESE wurde Peter Hunger.



Einweihung Raumschießanlage

Seit Beginn des Lehrbetriebes an der Landespolizeischule in Basdorf hatten sich Anfang des Jahres 1995 weitere „sichtbare“ Veränderungen vollzogen. Brandenburg begann einen eigenständigen Weg in der Ausbildung zu gehen. Gemeint ist die Einweihung der neuen Raumschießanlage für 3,6 Millionen Mark. Am 8. Februar 1995 berichteten die Medien ausführlich über die durch Innenminister Alwin Ziel eingeweihte Raumschießanlage, die bis dato im Land Brandenburg die modernste Anlage darstellte.

■ IRIS HEMME-KULLIK

Bekleidungswagen unterwegs



1995 wurden zwei neue Bekleidungslieferfahrzeuge mit Regalen und Hängevorrichtungen sowie Umkleidekabine und Arbeitsplatz für das Ausgabepersonal in den Dienst gestellt. Diese Fahrzeuge unterstützten die Bekleidungslieferstellen, die nur am Ort der Polizeipräsidien installiert waren, in der Fläche. Die Bekleidungslieferfahrzeuge fahren jede Dienststelle zweimal im Jahr an. Die Bestückung der Bekleidungslieferfahrzeuge mit Dienstbekleidung erfolgte zentral beim damaligen ZTB.

■ JULIA KRÜGER

Tod eines Polizeibeamten

Martin Heinze versah in der Nacht zum 20. August 1995 im Potsdamer Wohngebiet Kirchsteigfeld seinen Dienst. Der Fahnder, der seit über 30 Jahren bei der Polizei war, war mit seinem Kollegen einem polnischen Einbrecher auf der Spur. Martin Heinze konnte den Verdächtigen stellen, doch der Einbrecher zog ein Jagdmesser und rammete dem Polizisten die zwölf Zentimeter lange Klinge ins Herz. Für den Polizeihauptmeister kam jede Hilfe zu spät. Er hinterlässt eine Frau und zwei Töchter. Bis heute ist Martin Heinze der einzige im Dienst ermordete Polizist in Brandenburg. Sein Mörder wird 1996 zu einer Haftstrafe von 14 Jahren und sechs Monaten verurteilt.

Einführung MP5

Wer kennt sie nicht, die alte Maschinenpistole „Kalaschnikow“, die noch heute aus keinem Filmbericht über irgendeine bewaffnete Auseinandersetzung weg zu denken ist?

Dass diese Waffe, die weder sicherheitstechnisch noch ein-

satztaktisch den Anforderungen einer modernen Polizei entsprach, ersetzt werden musste, war schon im Jahre 1991 klar. Auch waren die Möglichkeiten eines Trainings mit dieser Waffe in den Schießstätten der Polizei nicht gegeben.

So war es nur logisch, dass im Jahre 1995 die moderne MP 5 im Kaliber 9 mm x 19 eingeführt wurde. Den Bediensteten der Polizei wurde damit eine Waffe in die Hand gegeben, die den Erfordernissen der Polizei entspricht. Wenn auch die Maschinenpistole nur in besonderen Einsatzlagen mitgeführt wird, so ist sie doch aus der Ausstattung der Polizei nicht mehr wegzudenken.

■ JULIA KRÜGER



Gedenktafel in der Polizeiinspektion Potsdam

Die Repos kommen



Ende Dezember 1993 wurden die Bürgerinnen und Bürger um Unterstützung gebeten: gesucht wurde eine griffige Bezeichnung für den Posten- und Revierdienst der Brandenburger Polizei. Im März 1994 wurde der Name „Repo“ in einem TED gewählt. Mit 46 Prozent der Stimmen setzte sich der Repo gegen den Revierwachtmeister und den Bürgerkontaktbeamten durch. Ab 1995 ist „Repo“ nun der gängiger Begriff und hat seither Bestand.

Mit dem Tresor durch die Wand

Im Sommer des Jahres 1995 gab es eine Häufung von sogenannten „Blitzeinbrüchen“. Beliebte Vorgehensweise der meist aus Rumänien stammenden Täter war das gewaltsame Durchbrechen von Eingangstüren in Einkaufsmärkten mit Hilfe entwendeter Fahrzeuge, die dann einfach im Kassenbereich stehen gelassen wurden. In Sekundenschnelle wurde das Diebesgut, bevorzugt Zigaretten,

in ein zweites entwendetes **Fluchtfahrzeug** geladen.

Aber auch andere Erscheinungsformen beunruhigten die Bevölkerung: Schaufensterscheiben wurden eingeworfen und Auslagen im größerem Umfang entwendet. Teilweise wurden ganze Tresore an Seilen oder Ketten gewaltsam von außen mit gestohlenen Lastwagen durch Wände gerissen, um sie dann später in abgelegenen Waldgebieten zu öffnen.

Als Reaktion darauf gründete das Potsdamer Polizeipräsidium 1995 die Sonderkommission „Delta“ – in Anlehnung an die Herkunft der Tresorknacker (Donaudelta in Moldawien).

Die Soko konnte viele Ermittlungserfolge erzielen. In nur wenigen Monaten wurden über 40 Tatverdächtige vorläufig festgenommen und Diebesgut in größerem Umfang sichergestellt.



Gasexplosion

Bei einer Gasexplosion in einem Wohnhaus in Neuruppin kamen am Karfreitag des Jahres 1995 sieben Menschen ums Leben, acht weitere wurden zum Teil schwer verletzt. In suizidaler Absicht hatte ein Mieter das Haus in der Präsidentenstraße in die Luft gejagt. Für die Polizei war dieser Einsatz einer der schwierigsten überhaupt. Die unklare Gefahrenlage, einsturzgefährdete Wände, die tagelange Suche nach Verschütteten und Zahl der Todesopfer machten diesen Einsatz besonders schwierig. Das Medienecho war enorm.



Polizeiausbildung unter einem Dach in Brandenburg



Dr. Straube spricht vor Mitarbeitern zum ersten Mal über das Vorhaben „Schul-Fusion“

So oder ähnlich lauteten die Überschriften vieler Berichte und Kommentare, die sich mit den zwei Ausbildungsstätten für die Polizei des Landes Brandenburg befassten.

Im Februar 1997 begannen die Vorbereitungen der Zusammenlegung des Studienganges „Polizeivollzugsdienst“ der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung (FHÖV) in Bernau mit der Landespolizeischule (LPS) in Basdorf. Das Kabinett der Landesregierung hatte dazu die Volage Nr. 2710/97 beschlossen und die entscheidenden Weichen gestellt.

■ IRIS HEMME-KULLIK

Zentrale Bußgeldstelle in Gransee



Nach der erfolgreichen Testphase wurde am 1. Juli 1996 die Zentrale Bußgeldstelle der Polizei des Landes Brandenburg in Oranienburg errichtet. Was 1995 als Pilot mit fünf Mitarbeitern und Schreibmaschinen zum Ausfüllen der Vordrucke im Polizeipräsidium Oranienburg begann, ist heute ein Bereich, der, am Standort Gransee, mit 140 Mitarbeitern papierlos, ca. 1,5 Millionen Ordnungswidrigkeiten im Jahr bearbeitet. Die Zentrale Bußgeldstelle ist seit Juli 2002 an den Zentraldienst der Polizei angegliedert und hat noch je eine Außenstelle in Cottbus und in Potsdam.

■ JULIA KRÜGER

Zentrale Schaltung der Notrufe

Bis zum Jahr 1996 liefen die Anrufe, die über die bundesweit einheitliche Notrufnummer „110“ eintrafen, bei den zuständigen Polizeiwachen auf. Im Jahr 1996 wurden dann die Notrufleitungen so geschaltet, dass sie zentral bei den zuständigen Leitstellen der Polizeipräsidien eingingen.

■ JULIA KRÜGER

Bombenräumung in Oranienburg

Im Herbst 1996 wurde in Oranienburg ein Komplex mit vier Schulen, Kindergarten, Sporthalle und Sportplatz nach Bombenblindgängern untersucht. In den Wintermonaten waren die Bedingungen teilweise so hart, dass die Maschinen einfroren. Insgesamt wurden durch den staatlichen Munitionsbergungsdienst auf der Suchfläche fünf Großbomben unschädlich gemacht.

■ JULIA KRÜGER



Zusammenführung der Polizeiorchester

Die Landesregierung hat in ihrer Sitzung am 18. Juni 1996 dem Konzept des Ministers des Innern über die Zusammenführung der beiden bislang in Brandenburg bestehenden Polizeiorchester zu einem Landespolizeiorchester mit 49 Musikern zugestimmt. Die Zusammenführung soll bis zum Ende der Legislaturperiode (1999) erfolgen. Über den Standort Frankfurt/Oder oder Petzow, Standort des jetzigen Polizeiorchester Potsdam, soll noch im Juli entschieden werden.

■ QUELLE: PRESSEDIENST STAATSKANZLEI BRANDENBURG

Polizeibeamter in Schönow im Einsatz angeschossen und schwer verletzt

Damals hatte Torsten Schäfer seinen Dienst schon fast hinter sich gebracht, als er mit seinen Kollegen zu einem nicht alltäglichen Einsatz gerufen wurde. In dessen Verlauf wurde er schwer verletzt. Auch wenn er noch heute ein Polizist mit Leib und Seele ist, hat ihn dieser Schicksalsschlag hart getroffen. Vergessen wird er diesen Tag niemals und das nicht nur, weil er auch heute noch oft starke Schmerzen spürt

und in seiner Bewegungsfreiheit eingeschränkt ist. Es ist das Bein, das von einem Querschläger getroffen wurde, als er in Deckung lag. Damals war er gerade erst 22 Jahre alt und etwa ein Jahr im Dienst.

Ein alkoholisierter Mann wurde von den Bernauer Verkehrsdiensten betrunken hinter dem Steuer erwischt und war mit seinem Pkw geflüchtet. In seinem Haus in Schönow verschanzte er sich und beschoss die Polizeibeamten stundenlang. Schäfer traf eine Kugel im Knie, dass dadurch zerschmettert wurde. Viele Operationen folgten und es war lange nicht klar, ob das Bein amputiert werden muss.

Tapfer kämpfte er sich durch und tat alles dafür, um im Polizeidienst zu bleiben. Es gelang ihm seinen Traumberuf weiter auszuüben. Heute gibt er als Dozent an der FHPol seine Erfahrungen an die Polizeianwärter in Oranienburg weiter.

■ MARTINA SCHAUB



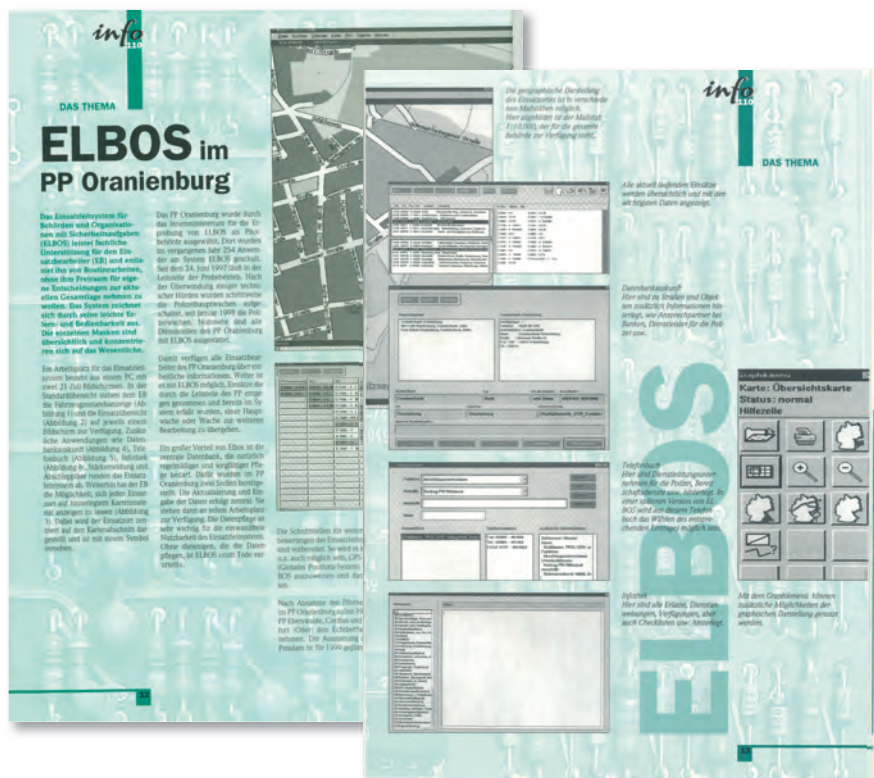
Entführung Nicole N. aus Velten

Die damals zehnjährige Nicole N. wurde von ihrer Tante und deren Lebensgefährten aus der Wohnung entführt. Da Nicole nicht in der Schule erschien, entstand der Verdacht, dass mit ihr etwas geschehen sein müsse. Von den beiden Beschuldigten sollte Nicole zur Prostitution „freigegeben“ werden. Die Täter brachten das Mädchen ins europäische Ausland. Ich leitete die sofort eingesetzte Ermittlungskommission. Unter Einbeziehung von Verbindungsbeamten des BKA gelang es, dass Kind auf einem Campingplatz in den Niederlanden festzustellen. Dort konnten auch die beiden Beschuldigten festgenommen werden. Am Freitag der gleichen Woche kam es dann zu der langersehnten Familienzusammenführung. Die Mitarbeiter der Ermittlungskommission waren in dieser Woche über siebzig Stunden im Einsatz. Die Entführer wurden zu acht bzw. sechs Jahren Freiheitsstrafe verurteilt.

■ GERD IHLAU, LEITER DES MORDKOMMISSARIATS IN ORANIENBURG



Unverzichtbare Gedächtnisstütze – Willkommenes ELBOS



1997 wurde im damaligen PP Oranienburg der Pilot zum Einsatzleitsystem der Polizei Brandenburg „ELBOS“ gestartet und in den Jahren 1998/99 in den damaligen Präsidien eingeführt. Das System wurde fortlaufend an die polizeilichen Erfordernisse und technischen Möglichkeiten angepasst und erweitert. Weitere Meilensteine waren: 2005 die Modernisierung des Grafiksystems, 2009 die flächendeckende Einführung der Einsatzmittellokalisierung, 2010 die Anbindung des Grafiksystems an das Geoinformationssystem (GISPolBB). Dadurch stehen den Einsatzbearbeitern aktuelle und moderne Vektorkarten zur Einsatzbewältigung zur Verfügung.

An den 115 Arbeitsplätzen in den Leitstellen und Polizeiwachen wurden so bis 2011 jährlich rund 400.000 Einsätze bearbeitet. Diese können via WebView im Intranet von allen Berechtigten eingesehen werden.

■ JULIA KRÜGER

Gründung der Gemeinsamen Ermittlungsgruppe Rauschgift

Bei der Gemeinsamen Ermittlungsgruppe Rauschgift (GER) handelt es sich um eine auf Dauer angelegte Ermittlungsgruppe, bestehend aus Beamten des Landeskriminalamtes Brandenburg und des Zollfahndungsamtes Berlin-Brandenburg. Sie hat ihren Sitz beim Landeskriminalamt Brandenburg in Eberswalde und wurde am 15. April 1997 gegründet.

Die GER Brandenburg ist örtlich im Land Brandenburg zuständig und führt Ermittlungen im Bereich der schweren und der organisierten Rauschgiftkriminalität, wenn die Zuständigkeiten sowohl der Polizei als auch des Zolls berührt sind und es hinsichtlich der

Tat oder der Täter einen bedeutsamen Bezug zum Land Brandenburg gibt.

Eine der wesentlichen Aufgaben der GER ist die Aufdeckung und Ermittlung bzw. Zerstörung von Täterstrukturen und internationalen kriminellen Händlerorganisationen.

■ LUTZ EBNER

Erfinderisch – Täter kamen auf immer neue Ideen, um Rauschgift zu verstecken und damit unbemerkt ins Land bringen.



Supermarkt-Erpresser in Cottbus festgenommen

Unternehmer wollte von Rewe und Edeka Millionenbeträge

FRANKFURT (ODER) (Ste). Ein bundesweit agierender Erpresser der Handelsketten Rewe und Edeka ist durch ein Großaufgebot der Polizei Frankfurt (Oder) am Sonntag festgenommen worden. Wie die Staatsanwaltschaft Frankfurt (Oder) in seiner Heimatstadt verhaftet wurde selbständig wegen Ralf H. bereits am Freitag in Cottbus festgenommen wurde schwerer Fall. Erpressung in besonders schwerem Fall. Erpressung in besonders schwerem Fall. Erpressung in besonders schwerem Fall.

Erpresser präparierte Zitronenflaschen mit giftigen Substanzen

durch die Ermittlungsbehörden sicher gestellt wurden.

Erpresser vergiftet Zitronensaft

Erpresser präparierte Zitronenflaschen mit giftigen Substanzen

Erpresser präparierte Zitronenflaschen mit giftigen Substanzen

Erpresser präparierte Zitronenflaschen mit giftigen Substanzen

Innen sperren dem Erpresser die Türen

Innen sperren dem Erpresser die Türen

Innen sperren dem Erpresser die Türen

Innen sperren dem Erpresser die Türen

Im Januar 1997 gingen in den Bundesländern Schleswig-Holstein, Hansestadt Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Berlin mit Postumleitung nach Freienbrink (Brandenburg) insgesamt vier Briefe, ein Fax und zwei Telefonate mit erpresserischem Inhalt ein. Betroffen waren die beiden Handelsketten REWE und EDEKA. Der Täter forderte Bargeldzahlungen in Höhe von zwei bzw. fünf Millionen US-Dollar und drohte bei Nichterfüllung mit der Vergiftung von Lebensmitteln. Das damalige PP Cottbus bildete dazu die „BAO Zitrone“. Besonders durch die Dauer über einen Zeitraum von sechs Wochen war dies ein sehr kräfteintensiver Einsatz. Es arbeiteten zeitweise ca. 30 Beamte des damaligen PP Cottbus in enger Zusammenarbeit mit dem LKA und der StA FF/O an diesem Fall. Ein 30-jähriger Cottbusser wurde schließlich als Täter ermittelt und festgenommen. Seine schlecht laufende Sanitärfirma hatte ihn, eigener Aussage nach, zu diesem Schritt getrieben.

■ TORSTEN WENDT

Neue Funkstreifenwagen

Nach VW Passat und Opel Vectra kam 1997 der Ford Mondeo Turnier als neuer Funkstreifenwagen (FuStkw) zum Einsatz. Erstmals wurden jetzt 5-türige Fahrzeuge, sogenannte Pkw Kombi eingesetzt. Die neuen Fahrzeuge verfügten über deutlich großzügigere Platzverhältnisse für die Unterbringung der umfangreichen polizeispezifischen Ausrüstung und ermöglichen zudem eine höhere Zuladung. Als kleines Highlight kamen die Polizisten in den Genuss einer nunmehr nicht mehr nur als Komfort- sondern auch als Sicherheitsausrüstung deklarierten Klimaanlage.

■ JULIA KRÜGER



Im September 1997 wurde der damals 20 Jahre alte Geltower Gastwirtsohn Matthias Hintze entführt. Die beiden Entführer versuchen, eine Million Mark zu erpressen. Der 20-Jährige erstickte in der Erdgrube in einem Waldgebiet bei Waren (Mecklenburg-Vorpommern), in der er gefangen gehalten wurde.



Entführungsopfer Matthias Hintze, Erpresserziel. Er ist krank, hat das Fieber im Rücken und hat...

Tod im Erdloch

Zwei ebenso dilettantische wie brutale russische Kriminelle ließen einen entführten jungen Brandenburgler in einem Waldrevier sterben. Die beiden ehemaligen Sowjetkämpfer waren schon 1993/94 in Berlin zu Haftstrafen verurteilt worden. Nach ihrer Abschiebung kehrten sie zurück.

Die Wälder an der mecklenburgischen Ostküste, die zweiwöchigen demotivierten Hinze, waren für die beiden russischen Kriminellen ein perfektes Versteck. Die beiden Entführer, die in der Nacht vom 27. auf den 28. September im Wald bei Waren (Mecklenburg-Vorpommern) entführt wurden, hatten sich in der Nähe des Ortes ein Erdloch gegraben. In dem Erdloch wurde der 20-jährige Matthias Hintze gefangen gehalten. Die beiden Entführer versuchten, eine Million Mark zu erpressen. Der 20-jährige erstickte in der Erdgrube in einem Waldgebiet bei Waren (Mecklenburg-Vorpommern), in der er gefangen gehalten wurde.



Die beiden im Montag vergangenen Wochen in Berlin verhafteten Russen wurden offenbar im Sommer dieses Jahres in der Nähe von Waren (Mecklenburg-Vorpommern) entführt. Die beiden Entführer versuchten, eine Million Mark zu erpressen. Der 20-jährige erstickte in der Erdgrube in einem Waldgebiet bei Waren (Mecklenburg-Vorpommern), in der er gefangen gehalten wurde.

„Es war einer der interessantesten Kriminalfälle. Wir haben die Hoffnung niemals aufgegeben, Matthias Hintze lebend zu finden. Tausende Kolleginnen und Kollegen haben Tag und Nacht gearbeitet und sind auf Schnitzeljagd gegangen. Mit mehreren Hundertschaften haben wir die Wälder durchkämmt. Als wir auf den männlichen Leichnam trafen herrschte Stille und eine ungläubliche Betroffenheit. Es waren außerordentlich intelligente Täter.“

■ GIBBERT BECKER, FD LKA, STELV. LEITER DES EA ERMITTLUNGEN

Frohen Mutes in die Grube?

Matthias Hintzes Tod in einem Erdloch soll nur ein „Betriebsunfall“ gewesen sein. Zwei Russen, die in Potsdam angeklagt sind, wollen keine Schuld daran haben. Im Dschungel ihrer Aussagen sucht das Gericht nach der Wahrheit. Von Gisela Friedrichsen

Russen haben ein merkwürdiges Wort für das, was sie an den Deutschen irritiert: „Sie haben den Affen erfunden, die Deutschen“, heißt es. Wir mögen grübeln, was dieses Wort alles anspricht – Dressur, blinden Gehorsam, äfische Torheit. Eine vergleichbare Definition des Russischen haben wir nicht, allenfalls die ungründliche „russische Seele“ – einen Begriff, der zugleich Bewunderung für unermerliche Gefühlstiefe und Entsetzen vor jünger Grausamkeit auszudrücken versucht.

In Potsdam stehen zur Zeit zwei Russen vor Gericht. Sie stellen die Justiz immer wieder vor Rätseln, wie und warum sie den 20-jährigen Gastwirtsohn Matthias Hintze 1997 entführten und auf so elende Weise in einem Erdloch zu Tode kommen ließen. Und wieso sie ausgerechnet den Eltern Hintze, keineswegs wohlhabenden Leuten, eine Million Mark abpressen wollten. Verwirrend schon die Namen: Angeklagt sind der 38 Jahre alte Sergej Serow, der den Namen seiner dritten Frau, Issaichew, angenommen hat, und der um zehn Jahre jün-



Postmörder in Frankreich gefasst

Zielfahnder des LKA Brandenburg nehmen Mordschützen in Paris fest

Fast vier Jahre nach dem Überfall auf die Poststelle in Greiffenberg (Uckermark) wurde im Dezember 1997 der letzte von acht Tätern festgenommen.

Der damals 27-jährige Rumäne Gabriel Padurariu wurde von den Zielfahndern in einem Pariser Cafe lokalisiert und zusammen mit der französischen Polizei festgenommen. Bei der Festnahme trug Gabriel P. einen gefälschten italienischen Pass bei sich. Der Rumäne war zusammen mit seinen Komplizen in der Nacht zum 21. Januar 1994 in die Poststelle eingedrungen. Ein über der Poststelle wohnender Polizeibeamter griff zusammen mit seinem Sohn in das Geschehen ein. Bei dem sich anschließenden Handgemenge wurde dem Polizeibeamten die Dienstwaffe entrisen. Danach schoss Gabriel P. zweimal auf den Sohn, der wenig später an den Schussverletzungen starb.

Die Festnahme war das Ergebnis einer mehrmonatigen, intensiven Zusammenarbeit der Brandenburgischen Zielfahnder mit rumänischen, belgischen und französischen Behörden.

Der Bande wurden insgesamt 190 Überfälle zur Last gelegt.

Gabriel P. wurde 1998 aus Frankreich nach Deutschland ausgeliefert im Jahr 1999 vom Landgericht Frankfurt/Oder wegen Mordes, bandenmäßigen Diebstahls und Verstoß gegen das Waffengesetz zu lebenslanger Haft verurteilt.

Dieser Fall ist nur eines von vielen Beispielen für die anspruchsvolle Arbeit der Zielfahnder.

Die Zielfahndung im Land Brandenburg wurde im März 1995 am LKA gegründet. Der erste Zielfahndungserfolg konnte bereits im August 1995 vermeldet werden. Im Jahr 1997 mündete der Aufbau in der Bildung von zwei eng zusammenarbeitenden Sachgebieten Zielfahndung und Observation im damaligen Dezernat 55, die in der weiteren Folge bei Fahndungslagen kooperierten. Im Zusammenhang mit dem bis zum Ende der 90'ger Jahre für Brandenburg typischen Phänomen der rumänischen Bandenkriminalität wurden eine Vielzahl herausragender und brisanter Fahndungsfälle erfolgreich gelöst, wie zum Beispiel die Festnahme des rumänischen Bandenchefs Vasile Brandabur, der im Mai 1996 auf seiner Flucht



in Warschau festgenommen wurde. Dabei entwickelten sich auch besonders enge Kontakte zu rumänischen Polizeidienststellen, die auch bundesweit von anderen Zielfahndungsdienststellen intensiv genutzt wurden.

Heute ist die Zielfahndung, welche mittlerweile in die Fachdirektion Besondere Dienste integriert ist, immer noch eine kleine, aber hoch spezialisierte Fachdienststelle, die über die Jahre national sowie international

große Anerkennung gefunden hat. Ob Mörder, Drogendealer oder Vergewaltiger - in den über 16 Jahren des Bestehens dieser Spezialdienststelle konnten weltweit über 140 herausragende Fahndungsfälle für die Justizbehörden Landes Brandenburg erfolgreich beendet werden, wobei teilweise mehrjährige, operative Fahndungsmaßnahmen notwendig waren.

■ STEFFEN HÄSELER, LEITER SACHGEBIET ZIELFAHNDUNG

28 Hausbesetzer festgenommen

„Das seit fünf Jahren besetzte Haus an der Dortusstraße 5 in der Potsdamer Innenstadt ist gestern morgen gegen 5.15 Uhr von Polizisten geräumt worden. Es bestand Seuchengefahr, wir mußten handeln.“

So oder so ähnlich klangen viele Meldungen im Sommer 1997. Zwölf Häuser waren zu diesem Zeitpunkt in Potsdam noch besetzt. Die Poli-

zei räumte diese Häuser, nahm die Besetzer fest und wurde nicht selten mit Flaschen und Steinen beworfen. Zurück blieben Grundstücke, verdeckt mit Exkrementen von Hunden und Menschen, verdorbenen Speise- und Lebensmittelresten, Abfällen, Sperrmüll und Schrott. Nach deren Beseitigung konnte die Stadt die Häuser endlich verkaufen.



Oder-Hochwasser

Nachdem mehr als 580 Liter Wasser pro Quadratmeter fielen, waren auch die Kräfte der LESE ab dem 18. Juli 1997 im Hochwassergebiet der Oder im Einsatz. Tage später wurden alle Kräfte als Landesreserve zusammengezogen, um im Gefahrengebiet die Zufahrtsstraßen freizuhalten, Verkehrsregulierungen durchzuführen und Sperrmaßnahmen durchzusetzen. Zusätzlich gehörten aber auch das Fernhalten der „Katastrophentouristen“, das Füllen von Sandsäcken und das Bestreifen der Deiche zu den Aufgaben.

Trotz dieser intensiven Bemühungen konnte der Deichbruch in der Ziltendorfer Niederung nicht verhindert werden. Folgend wurden drei Einsatzhundertschaften im 12-Stunden-Rhythmus und die Hubschrauberstaffel in Früh- und Spätdienst eingesetzt.

Leider wurde es dann auch in Bad Freienwalde kritisch, da der Deich bei Hohenwutzen zu brechen drohte. Daraufhin wurde der gesamte Glietzer Polder evakuiert. Dank der Vielzahl der freiwilligen Helfer und der Soldaten der Bundeswehr konnte die Lage unter Kontrolle gebracht werden. In diesen „besonderen“ mehr als zwei Wochen waren täglich etwa 350 Kolleginnen und Kollegen im Einsatz.

■ DIETMAR KLÖMICH





Errichtung der „DNA-Analyse-Datei“ (DAD) beim BKA

Am 17. April 1998 wies der Präsident des Bundeskriminalamtes die Einrichtung der Verbundanwendung „DNA-Analyse-Datei“ an. Beginn des Wirkbetriebes war der 11. Mai 1998. Für die Kriminaltechnik und den Erkennungsdienst des LKA Brandenburg kam so eine neue Aufgabe hinzu.



Nachfolgend wurden die Entnahme und Untersuchung von Körperzellen für Zwecke des Erkennungsdienstes und bei rechtskräftig Verurteilten im DNA-Identitätsfeststellungsgesetz geregelt. Die landeseinheitliche Verfahrensweise (Meldewege u. Ä.) wurde zunächst im Abschlussbericht der Arbeitsgruppe „DNA-Analyse-Datei“ vom 31. August 1998 verbindlich geregelt. Ende Januar 2000 trat die erste Richtlinie „DNA-Analyse-Datei“ in Kraft. Die DNA-Analyse-Datei startete zunächst mit der Erfassung von fünf obligaten PCR-Systemen. Inzwischen wurde europaweit ein Standard abgestimmt, der 12 PCR-Systeme und Amelogenin (geschlechtsspezifisches System) enthält. Der Datenabgleich erfolgt mit einer ständig wachsenden Zahl an Ländern automatisch.

■ DR. ANNEROSE PIEPER

Bildung der MEGA



Im Februar 1998 wurde bei den Polizeipräsidien des Landes Brandenburg die „Mobile Einsatzeinheit gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit“ (MEGA) unter Führung des Landeskriminalamtes gebildet. Aufgabe zentral geführter „Mobiler Einsatztrupps“ war die lageangepasste Durchführung von Präventions- und Strafverfolgungsmaßnahmen an Treffpunkten der rechtsextremistischen Szene. Einen weiteren Arbeitsschwerpunkt bildete die Aufklärung relevanter jugendlicher Gruppierungen sowie die Erlangung von Informationen zu möglichen neuen Organisationen.

■ MATTHIAS HAIN

Sichergestellte Waffen und Propagandamaterial der rechtsextremen Szene, zu sehen bei der Pressekonferenz

AG „Schleuser“

1998 wurden allein in Brandenburg mehr als 11.000 Ausländer beim illegalen Grenzübertritt festgestellt. Bran-

denburgs Polizei reagierte mit der AG „Schleuser“, die in Potsdam angesiedelt und landesweit tätig war. Im Jahr darauf wurden nur noch rund 4.500, im Jahr 2000 etwa 3.200 illegal eingeschleuster Ausländer festgestellt.

Einführung Atemalkoholtestgeräte Dräger Alkotest 7110



„Einmal pusten, bitte“ Fast jeder Autofahrer hat diese drei Worte in seinem Leben bereits gehört. Seit Oktober 1998 kommen die „Dräger Alkotest 7110 Evidental“ auf Brandenburgs Straßen dann zum Einsatz, wenn der Alkoholpegel gerichtungsverwertbar gemessen werden soll. Dafür wird die Alkoholkonzentration in der Atemluft beim Ausatmen bestimmt. Egal ob stationär oder mobil in einem Fahrzeug eingesetzt, sind die Ergebnisse sofort verfügbar und können direkt vor Ort dokumentiert werden.

■ JULIA KRÜGER

Telefone ohne Schnur!?

Der dringende Bedarf an Funktelefonen für operative Aufgaben der Polizei wurde bereits 1992 erkannt. Es wurden Funktelefone z.B. Handys Siemens S 4 beschafft. Später wurden auch die Ordnungsämter, die im engen Zusammenwirken mit der Polizei arbeiteten, ebenfalls mit Funktelefonen ausgestattet. Die Zahl der Beschaffungen von Funktelefonen ist erheblich gestiegen und die Funktelefone sind etwas kleiner geworden – aber immer noch ohne Schnur.

■ JULIA KRÜGER



Hier funkt's: Minister Ziel und Senator Schönbohm probieren die neuen Funkgeräte aus.

Erstes Frauenfußballturnier



Im September 1998 fand unser erstes Frauenfußballturnier im damaligen Ernst-Thälmann Stadion in Potsdam statt. Gerade in den Anfängen der Bereitschaftspolizei gab es in unseren Reihen wenige Frauen, so dass sich nur zwei Frauenmannschaften zusammenfanden.

Damit aber die Organisation und die Bemühungen nicht umsonst waren, wurden auch männliche Kollegen zum Turnier zugelassen. Das Event konnte starten! Von den Trikots, die von den

Volleyballerinnen ausgeliehen wurden, über Pokale bis hin zum leiblichen Wohle – an alles wurde gedacht. Auch die Presse war vertreten, um dieses Highlight auch landesweit bekannt zu machen.

Das eigentliche Ziel, sich sportlich zu betätigen und dabei gemeinsam Spaß zu haben, wurde weit übertroffen. Dieses Turnier blieb keine „Eintagsfliege“, sondern wurde nun zu einem festen, jährlichen Termin für die Kollegen der Landeseinsatzinheit.

■ DIETMAR KLÖMICH

Die im November 1996 gebildete Ermittlungskommission "Auto" wurde umstrukturiert, um die organisierte Kfz-Kriminalität effektiver bearbeiten zu können. Ende 1998 befanden sich drei Großverfahren mit 450 angegriffenen Fahrzeugen und annähernd 50 Tatverdächtigen im Bestand. Zur Beweissicherung wurden fast 300 Kfz kriminaltechnisch untersucht. Davon konnten 250 Kfz als verfälscht oder gestohlen identifiziert werden. Der Gesamtschaden beträgt ca. 12 Millionen DM.

Zentrale Kriminalpolizeiliche Dienste
1998 - Erfolgreichstes Jahr seit Bestehen der ZKD

Fachhochschule der Polizei nimmt ihren Betrieb auf



Am 8. März 1999 nahm die Fachhochschule der Polizei in Basdorf, in Anwesenheit der Minister Ziel und Reiche, offiziell ihren Betrieb auf. Zuvor schuf der Brandenburger Landtag am 21. Dezember 1998 mit dem Gesetz über die Errichtung einer Fachhochschule der Polizei und der Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes die rechtlichen und organisatorischen Voraussetzungen für den Zusammenschluss der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung in Bernau und der Landespolizeischule. Die drei Säulen – Ausbildung mittlerer Dienst, Studium und Aufstieg zum gehobenen Dienst, sowie die Fortbildung der Polizei und Forschung wurden so an einem Standort – in Basdorf – konzentriert. Das Gesetz war geschaffen, nun galt es, dieses umzusetzen. Der gesetzliche Handlungsspielraum sollte mit Leben erfüllt werden. Polizeibezogene Wissenschaften in Lehre und Praxis und die Fortbildung mussten von nun an hohen Qualitätsansprüchen genügen.

■ IRIS HEMME-KULLIK

Schönbohm neuer Innenminister

Der neue Innenminister des Landes Brandenburg, Jörg Schönbohm, trat am 13. Oktober 1999 sein Amt an. Im Gepäck hatte er bereits den Auftrag zur Durchführung einer Polizeistruktureform. Der Koalitionsvertrag sah vor, die Polizeistruktur zu überprüfen und bis zum Jahr 2001 am Personalumfang festzuhalten. Die Polizeipräsidenten wurden gebeten sich an der Überprüfung zu beteiligen.



Hetzjagd in Guben

Am frühen Morgen des 13. Februar 1999 griffen rechtsextreme Jugendliche drei Ausländer in Guben an. In der Folge starb der 28-jährige algerische Asylbewerber Farid Guendoul, auch unter dem falschen Namen Omar Ben Noui bekannt, mit dem er in Deutschland

Asyl beantragt hatte. Guendoul wurde von Rechtsextremen bedroht und wollte flüchten. Auf der Flucht versuchte er sich in einen Gubener Wohnblock zu retten. Er trat eine Glastür ein, verletzte sich dabei an der Beinarterie und verblutete innerhalb kürzester Zeit.

Alle zur LESE

1999 wurde ein neues Versetzungsverfahren für Absolventen der Fachhochschule geschaffen. Neu war, dass alle Polizeimeister- und Polizeikommissar-Anwärter nach der Beendigung ihrer Ausbildung bzw. Ihres Studiums in die LESE (Hundertschaften der Bereitschaftspolizei) versetzt und dort in der Regel für 2-3 Jahre verwendet wurden. Erst nach dem Dienst in der Bereitschaftspolizei kamen die Absolventen in anderen Polizeidienststellen zum Einsatz. Die bisher an der Fachhochschule angesiedelte Koordinierungsstelle für Personalversetzungen wechselte zur LESE.

■ IRIS HEMME-KULLIK



Brandanschlag fordert drei Menschenleben

Bei einem Feuer in einem Obdachlosenheim in Pätz (bei Königs Wusterhausen) wurden drei Menschen getötet und elf weitere verletzt. Unter den Verletzten befanden sich zwei Polizisten, die bei der Rettung der Bewohner halfen. Das Haus brannte zu großen Teilen aus. Wegen persönlicher Differenzen mit dem Betreiber hatten vier junge Männer Mitte Februar 1999 Feldsteine und fünf Molotow-Cocktails gegen das Haus geworfen.

PKW gerät ins Schleudern – vier Tote

Bei einem schweren Verkehrsunfall auf der BAB 9, zwischen den Anschlussstellen Beelitz und Brück, wurden im Mai 1999 vier Personen getötet und fünf Personen verletzt. Ein PKW geriet ins Schleudern, flog über die Mittelschutzplanke und schlug auf einen zweiten PKW, der sich auf der Gegenfahrbahn befand, auf. Ein dritter PKW fuhr in die Unfallstelle. Es entstand ein Sachschaden von über 100.000 DM.

Eine Dienstleistungseinrichtung zieht um



Nach mehr als drei Jahren intensiver Baumaßnahmen am Standort Wünsdorf wurde es zu Beginn des Jahres 1998 für den Zentraldienst der Polizei für Technik und Beschaffung (ZTB) ernst. Mitte Februar wurden die Gebäude 6 und 8 inoffiziell übergeben, letzte Elektroarbeiten liefen noch und der Umzug wurde generalstabsmäßig geplant. Im März begannen die ersten Abteilungen des ZTB ihre Kartons zu packen und bezogen ihre neuen Büros. Mehr als einen Monat rollten die Möbelwagen zwischen Potsdam und Wünsdorf hin und



Übergabe – das ZTB bezieht neue Räume

her und transportierten Akten, Möbel, Server und IT-Technik. Viel musste ein- und umgeräumt werden, bis Innenminister Ziel am 18. September 1998 die neuen Gebäude offiziell übergab. Doch auch nach dem Umzug wurde weitergebaut. Bis Ende 1999 wurden auch die Kantine, das Servicecenter Technik mit seinen Garagen und das Logistikcenter fertig gestellt.

Von der Reform profitieren alle



Bei der offiziellen Übergabe: Susanne Fischer, damalige Leiterin der Wache Beelitz, Innenstaatssekretär Eike Lancelle und Dr. Karl-H. Rolfes (Chief Executive Officer bei der Autobahn Tank und Rast Holding GmbH).

Am 19. September 2000 beschloss das Kabinett, die Zahl der Polizeipräsidien von sechs auf zwei zu verringern. Damit wurde die zweite große Polizeireform eingeleitet. Die Präsidien hatten ihren Sitz in Potsdam und Frankfurt (Oder). Die Anzahl der Schutzbereiche wurde von 21 auf 15 reduziert. Beide Polizeipräsidien bildeten jeweils eine dezentrale Autobahnpolizei. Eberswalde wurde der neue Sitz des Landeskriminalamtes. Die Abteilung Verwaltung der Landeseinsatzeinheit sollte mit der Verwaltung des Polizeipräsidiums Potsdam zusammengelegt werden. Ihr Führungsstab zur Unterstützung der Polizeibehörden (FüSAL) sollte ebenfalls aufgelöst werden. Darüber hinaus wurden in der Kabinettsentscheidung verschiedene Standortentscheidungen getroffen.

Schönbohm: „Mit der Reform erhalten unsere Polizisten eine effektivere Verwaltung mit schnelleren Entscheidungswegen, die Bürger bekommen mehr Grün auf die Straßen, die Zahl der Wachen bleibt erhalten und so wird das Land insgesamt sicherer.“ (Pressemitteilung vom 18.10.2000)

TäterOrientierte Maßnahmen gegen Extremistische Gewalt (TOMEG)

Ergänzend zu der „Mobilen Einsatzeinheit gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit“ (MEGA) wurden im Jahr 2000 erstmals in Guben und Rathenow sog. TOMEG-Kommissionen eingesetzt. Ziel war es, verstärkt täterorientierte Maßnahmen zu initiieren, um den Verfolgungsdruck bei extremistischen Delikten zu erhöhen. Dabei wurde mit abgestimmten präventiven und repressiven Maßnahmen personenbezogen gegen die verantwortlichen Täter vorgegangen. Dieser Ansatz erforderte die Einbeziehung verschiedener staatlicher Stellen, wie z.B. Ordnungs-, Sozial- und Schulämter, Fahrerlaubnisbehörden, Jugendgerichtshilfe und Staatsanwaltschaft. Voraussetzung für die Zusammenarbeit war hierbei die gegenseitige Information aller Beteiligten im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten.

■ MATTHIAS HAIN

Gewaltverbrecher auf der Flucht – der Fall Schmökel

Am 25. Oktober 2000 nutzte Frank Schmökel – zu dieser Zeit eigentlich Insasse des Maßregelvollzuges in der Nervenklinik Neuruppin – einen von drei Pflegern begleiteten Besuch bei seiner Mutter in Strausberg zur Flucht. Dabei verletzte der 38-Jährige einen Pfleger lebensbedrohlich mit einem Messer. Seine Mutter erlitt leichte Verletzungen am Arm.

Es wurde eine Fahndung nach Schmökel ausgelöst. Eine Fahndung, die knapp zwei Wochen dauern sollte. Sie wurde für das gesamte Bundesgebiet ausgelöst und musste auf die Nachbarländer Polen und Tschechien ausgedehnt werden.

Elf Tage später tötete er in Strausberg einen Mann, um mit dessen Auto sowie der Geldbörse und der EC-Karte des Toten seine Flucht fortzusetzen. Dieser Mord führte auch zu Konsequenzen im politischen Raum. Der 62-jährige Brandenburger Staatssekretär im Gesundheitsministerium, Herwig Schirmer, ließ sich in einstweiligen Ruhestand versetzen. Er hatte drei Jahre zuvor die Richtlinien für den Maßregelvollzug erarbeitet, denen auch Schmökel unterworfen war.

Die Polizei fasste den flüchtigen Gewaltverbrecher, der damit insgesamt sechs „erfolgreiche“ Fluchtversuche unternommen hatte, schließlich am 7. November 2000 im ost-sächsischen Saritsch wenige Kilometer nordwestlich von Bautzen. Dabei wurde Schmökel durch einen Bauchschuss aus der Waffe eines Polizisten verletzt.



Polizei warnt vor Schmökel

Lebende Zeitbombe

- Mord an Autofahrer gestanden
- Alarm-Brief ging an alle Schulen
- Kommt es zum großen Amoklauf?

STRAUSBERG. Seit elf Tagen ist der Kinder-schänder Frank Schmökel auf der Flucht. Nach dem Mord an einem Autofahrer, den Schmökel am 11. Oktober gestand, warnt die Polizei: Er ist eine lebende Zeitbombe. Innenminister Jörg Schuster-Brandenburgs (CDU) rechnete sofort mit einem Amoklauf des gefährlichsten Verbrechers. Bis alle Schulen sind inzwischen Alarm-Briefe raus. Große Berichte auf den Seiten 2 bis 5.



1'2001 POLIZEI BRANDENBURG

info 110

Fahndung

Sucht wird am 25.10.2000 gewalttätig Straßläufer

13 Tage Großeinsatz Schmökel

FAHNDUNG

ERFOLGREICH

DAS THEMA

Zur Fahndung Schmökel:

Interviews mit Polizeidirektor Dietmar Weist und Polizeirat Bernd Kalthoff

50.000 DM Belohnung ausgesetzt

Der 11. September 2001 und seine Auswirkungen auf die Polizei

Die Fernsehbilder vom 11. September 2001 aus New York, schrecklich und unwirklich zugleich, sind jedem in Erinnerung. Damals konnte noch niemand die weitere Bedeutung dieses Ereignisses einschätzen. Etwa 3.000 Menschen waren durch islamistische Gewalttäter umgekommen. So unklar die Situation und ihre Hintergründe zu dieser Stunde erschienen, lag eine Gefährdung des Luftverkehrs bzw. durch den Luftverkehr nah.



Die ersten Maßnahmen konzentrierten sich deutschlandweit hierauf. Für uns bedeutete das vor allem, die Bundespolizei am Flughafen Schönefeld zu unterstützen. In den folgenden Tagen erhielten wir weiteren Aufschluss zu den Tatumständen. Diese betrafen auch Deutschland, denn ein Teil der Täter hatte wesentliche Tatvorbereitungen hier getroffen. Im Vordergrund polizeilicher Aktivitäten standen daher z.B. die Suche nach so genannten Schläfern (Rasterfahndung durch das LKA) sowie die Überprüfung bzw. der Schutz von Flugplätzen oder weiteren möglichen Anschlagstelen. Von Anfang an wurden die polizeilichen Maßnahmen bundesweit abgestimmt, zunächst durch praktisch tägli-

che Telefonschaltkonferenzen der IMK und ihrer Gremien. Aber auch innerhalb unseres Landes war ressortübergreifende Zusammenarbeit erforderlich sowie die Beteiligung von Landkreisen, Kommunen, Universitäten usw. Hierzu wurde im Innenministerium die interministerielle Arbeitsgruppe Stop-TE gegründet, in der auch unser Verfassungsschutz vertreten war. Die Behörden und Einrichtungen der Polizei wurden durch die erforderlichen Maßnahmen stark belastet. Die Situation verschärfte sich noch einmal, als im November der NATO-Bündnisfall aufgerufen wurde und die USA mit militärischen Aktionen in Afghanistan begannen. Viele Menschen waren verunsichert. Nachdem sich in den USA Anschläge mittels Anthrax (weißes Pulver, Milzbranderreger) ereignet hatten, meldeten auch hier Bürger verdächtige Sachverhalte.

Leider wussten die Behörden anfangs oft nicht, sachgerecht damit umzugehen. So wurde z.B. ein Gebäude der Fachhochschule in Brandenburg/Havel geräumt, nachdem dort „weißes Pulver“ auf dem Fensterbrett eines Toilettenraumes entdeckt worden war. In gemeinsamen Veranstaltungen mit Gesundheits- und Ordnungsbehörden sowie Feuerwehr haben wir damals erfolgreich die entsprechenden Lagebeurteilungen stabilisiert.

Nach einiger Zeit war deutlich geworden, dass wir es insgesamt mit einer Lage zu tun haben, die jahrelange Arbeit erfordert und auch bedeutende rechtliche und organisatorische Änderungen zur Folge hat. Internationale Beschlüsse von UN und EU wurden in deutsches Recht umgesetzt, wenngleich mitunter umstritten. Der Bundestag verabschiedete zwei so genannte Anti-Terror-Pakete, auch mit weitreichender Wirkung für Befugnisse der Strafverfolgungsbehörden. Wir erinnern uns an die Diskussionen um die Vorratsdatenspeicherung oder die Online-Durchsuchung. Insgesamt wurde die „Beschäftigung mit dem Terrorismus“ organisatorisch immer mehr in die Aufbauorganisation der Polizei einbezogen. Wie nötig viele der Maßnahmen gewesen waren, ist uns leider durch die verheerenden Anschläge in London und in Madrid vor Augen geführt worden.

■ BRUNO KÜPPER

Das LKA zieht um

Im Juli 2001 wurde das LKA von Basdorf in das neu gegründete Landesbehördenzentrum nach Eberswalde verlagert. Die erste Veränderung im Zusammenhang mit der Polizeistrukturreform 2001/2002 war erfolgt. Gerüchte besagen, dass der damalige Innenminister Jörg Schönbohm (kleines Bild, li.) dem damaligen LKA-Direktor Axel Lüdders (kleines Bild, re.) im Februar 2001 zehn Minuten Zeit zur Entscheidung für den künftigen Standort in Eberswalde oder in Oranienburg gegeben hatte. Lüdders entschied sich für das mit Investitionskosten von ca. 17 Millionen DM bereits weitgehend fertig gestellte aber noch nicht genutzte Gebäudeensemble an der Tramper Chaussee.

Die damalige Landesoberbehörde zog mit etwa 350 Mitarbeitern in die ursprünglich für das Polizeipräsidium Eberswalde geplante Liegenschaft fristgerecht ein. Rund 100 Mitarbeiter der Kriminaltechnik verblieben zunächst noch bis 2007 in Berlin-Johannisthal. Gleichzeitig wurde entschieden, die Spezialeinheiten der LESE mit den Mobilien Einsatzkommandos, der Zielfahndung und dem Technik-Bereich des LKA zum 1. November 2001 zu einer neuen Abteilung am Standort Potsdam zu verschmelzen.



Castor – ohne Zwischenfälle am Ziel

Ein Castor-Behälter mit Atommüll aus dem stillgelegten Kernkraftwerk Rheinsberg rollte im Mai 2001 von Brandenburg in das Zwischenlager Lubmin (Mecklenburg-Vorpommern).

Hans-Jürgen Mörke, Polizeiführer des Einsatzes, erinnert sich:

„Dieser Großeinsatz der Polizei wurde langfristig vorbereitet. Wir rechneten, ausgehend von den Erfahrungen der vergangenen Jahre bei Castor-Transporten nach Gorleben, mit sehr massiven Störungen entlang der Transportstrecke. Am Transporttag selbst waren rund 4.300 Polizeibeamte aus Brandenburg, Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Berlin, Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Sachsen-Anhalt im Einsatz. Der Castor passierte Brandenburg völlig störungsfrei. Von diesem friedlichen Verlauf wurden wir tatsächlich überrascht.“



Drogenlabor ausgehoben

Beamten des Zentralen Kriminalpolizeilichen Dienstes Oranienburgs (ZKD) gelang es im April 2001, ein komplettes und funktionstüchtiges Drogenlabor auszuheben. Hierbei handelte es sich um den bis dahin größten Drogenfund in der Geschichte der Bundesrepublik. Neben den verschiedenen Ausgangsstoffen und den Apparaturen für die Herstellung von Betäubungsmitteln wurden allein 75.000 Ecstasy-Tabletten aufgefunden und sichergestellt. Der Marktwert der Drogen belief sich auf über 20 Millionen DM.

Mathias Brüssow (LKA) erinnert sich:

„Die Ermittlungen begannen eher unspektakulär mit Hinweisen zu Personen aus dem Raum Hennigsdorf, die in der Lage waren, Betäubungsmittel jeglicher Couleur zu liefern. Mehrere strafprozessuale Maßnahmen führten zur Identifizierung dieser Personen und weiterer Hintermänner. Ein Scheinkauf

von rund 7.000 Ecstasy-Pillen erhärtete den Verdacht, dass durchaus größere Mengen an synthetischen Drogen geliefert werden könnten. Aus den TKÜ-Maßnahmen ließ sich für die Ermittler des 3. Kommissariates relativ sicher schlussfolgern, dass die Verdächtigen ein Drogenlabor betrieben bzw. Zugriff darauf hatten. Ein Brand in diesem vermeintlichen Labor führte dazu, dass die Täter ihre bislang konspirative Gesprächsführung untereinander kurzzeitig aufgaben und eine relativ „offene“ Kommunikation stattfand. So konnten am 26. April 2001 vier Täter festgenommen werden und ein komplett eingerichtetes Drogenlabor, 75.000 Ecstasy-Pillen sowie 60 Kilogramm Ausgangsstoff zur Herstellung von Ecstasy und Amphetaminen sichergestellt werden.“



BUGA 2001 in Potsdam

Olaf Zimmermann, einer der Verantwortlichen der BUGA-Wache erinnert sich:

Ausgestattet mit drei BMW C1-Rollern, Fahrrädern und einer Containerwache wurde der polizeiliche Alltag bei der Bundesgartenschau (BUGA) 2001 in Potsdam gemeistert. Alle Besucher empfanden die polizeiliche Präsenz angenehm und der Veranstaltung angepasst. Bis auf ein paar kleinere polizeilich relevante „Diebstähle“ kam es zu keinen Vorfällen. Die BUGA außerhalb der Öffnungszeiten zu erleben war schon ein schöner Moment, besonders am Morgen.



Neue Schutzwesten mit integriertem Stichschutz



Sicherheit geht vor! Nach einem tödlichen Angriff auf einen Polizeibeamten wurden alle Polizeivollzugsbeamten im Zeitraum von 2001 bis 2003 mit einer persönlichen Unterziehschutzweste mit integriertem Stichschutz ausgestattet. Erstmals konnten die Polizeivollzugsbeamten die für sie geeigneten Schutzwesten aus drei verschiedenen Modellreihen selbst auswählen. Der ZDPol beschaffte insgesamt über 8.500 Unterziehschutzwesten.

■ JULIA KRÜGER

Fieberhafte Suche nach Ulrikes Mörder

Ausgebrannter VW Polo heiÙe Spur zu Ulrike?

Ulrike B. (12), sechs Tage vor ihrem Verschwinden in Eberswalde. Die Polizei hat die Polizei eine heiÙe Spur zu Ulrike gefunden. Ein ausgebrannter VW Polo, der nach dem Unfall in der Nähe des Wohnhauses gefunden wurde, ist ein wichtiger Hinweis.



Ulrike B. (12)

Die Polizei hat die Polizei eine heiÙe Spur zu Ulrike gefunden. Ein ausgebrannter VW Polo, der nach dem Unfall in der Nähe des Wohnhauses gefunden wurde, ist ein wichtiger Hinweis.



Polizei-Mitarbeiter durchleuchten die Gegend zwischen Eberswalde und Barmuthin. Ein ausgebrannter VW Polo ist ein wichtiger Hinweis.

Am Donnerstag, den 22. Februar 2001, kurz nach 15:00 Uhr, verschwindet die zwölfjähriÙe Ulrike B. aus Eberswalde auf dem Weg zum Handballtraining. Ein Zeuge gibt später an, gegen 15:30 Uhr einen Kinderschrei gehört zu haben. In einem nur 400 Meter vom Wohnhaus entfernten Wald findet die Mutter gegen 19:00 Uhr das Fahrrad des Mädchens. Eine Stunde später erstattet sie Vermisstenanzeige.

Am Tag darauf richtet die Polizei eine Sonderkommission (BAO Finow) ein. Rund 80 Beamte mit Hunden suchen nach Ulrike. Noch ist die Hoffnung groß, dass sie lebt. Doch bereits am Samstag, dem 24. Februar 2001, wird auch ein Verbrechen oder ein Unfall mit Fahrerflucht nicht mehr ausgeschlossen. Gefahndet wird nun auch nach einem weiÙen Polo, der am Donnerstag in der Nähe des Fahrrades gesehen worden war.

Insgesamt leisteten 7.900 Kräfte der Polizeipräsidenten des Landes Brandenburg sowie der LESE, der Polizeien Berlins, Mecklenburg-Vorpommerns, Niedersachsens, Sachsen-Anhalts und Sachsens, des damaligen Bundesgrenzschutzes in den folgenden zwei Wochen ca. 80.000 Einsatzstunden. Darüber hinaus wurden die Suchmaßnahmen vom Landesvermessungsamt und

der Bundeswehr mit mehreren Tornadoflügen sowie mehreren hundert Helfern des DRK, der Feuerwehren und des THW unterstützt. Aber trotz der intensiven Suchmaßnahmen in und rund um Eberswalde blieb Ulrike unauffindbar.

Bis zum 8. März 2001: Der Hund eines Spaziergängers stöÙert in einem Wald 30 Kilometer von Eberswalde eine Mädchenleiche auf. Was am Abend bei der Obduktion festgestellt wird, schockiert und entsetzt: Ulrike ist einem Sexualverbrechen zum Opfer gefallen. Noch am Tage ihres Verschwindens wurde sie vergewaltigt und erwürgt.

Es sollten noch einmal knapp drei Wochen bis zum 28. März 2001 vergehen, bis der 25-jähriÙe Stefan J. aus Fürstenwalde von den Ermittlern der Soiko Finow als Tatverdächtiger festgenommen werden kann. Letztendlich

ist es der akribischen Ermittlungsarbeit der Kriminalisten, vor allem aber dem „genetischen Fingerabdruck“ des Tatverdächtigen, der mit der an der Leiche gefundenen Spuren übereinstimmte, zu verdanken, dass Stefan J. acht Monate später vom Landgericht Frankfurt (Oder) zu lebenslanger Haft verurteilt werden konnte.

„Ulrike, wir werden dich suchen, bis wir dich gefunden haben“



Reinhard Höhne erinnert sich an den Einsatz und die BAO „Finow“:



in hohem Maß bedrückend. Gefühle der „Hilflosigkeit“ oder gar „Resignation“ kamen jedoch zu keiner Zeit auf. Nach zwei Wochen intensiver Suche, Ermittlungshandlung

„Trotz der intensiven Suche und der zielgerichteten Ermittlungen blieb die Suche 14 Tage erfolglos. Die Hoffnung Ulrike noch lebend zu finden, verringerte sich von Tag zu Tag. Das war

gen, Spurenfeststellungen und Auswertungen wurde die Hoffnung zerstört, sie lebend wiederzufinden. Das Bergen der Leiche am Fundort, die anschließende Obduktion und die Identifizierung des Leichnams mit den Eltern war für mich eine der schlimmsten und intensivsten seelischen Belastungen in meinem Berufsleben. Das unendliche Leid, das dem Kind zugefügt wurde, und den Schmerz der Angehörigen kann kein anderer Mensch jemals nachvollziehen. Die Erinnerung schwingt mit beim Gedanken an den Einsatz in der BAO, an die Kolleginnen und Kollegen, die ihre ganze Kraft, ihr Wissen und ihre Zielstrebigkeit zur Ergreifung des Täters aufgewandt haben.“

Deutsch-polnische Streifen



Gemisch – 2002 startet die erste deutsch-polnische Polizeistreife in der Grenzregion

Uniform per Mausklick

Seit August 2002 kann jeder Polizist seine Dienstkleidung bequem über das Intranet bestellen. Damit haben lange Anfahrtswege zu den Bekleidungslieferstellen und Wartezeiten ein Ende. Neben handfesten wirtschaftlichen Zielen stand die Verbesserung der Serviceleistung für die Polizeibeamten im Mittelpunkt des Projektgedankens. Deshalb wurde großer Wert auf die Bedienerfreundlichkeit des elektronischen Warenhaussystems und die Gestaltung der Bestellprozesse gelegt. Früher fuhr man mit dem LKW über das Land und verteilte in den einzelnen Schutzbereichen die Bekleidung. Der ZDPol hatte sechs Außenstellen. Dies war vor allem langsam, uneffizient und teuer. Jetzt kommt die Dienstkleidung per Postpaket.





Das „Wunder von Mühlberg“

Ministerpräsident Platzeck erinnert sich: „Ich erinnere mich noch genau: Die Lage in Mühlberg damals im August 2002 war sehr, sehr ernst. Doch in diesen kritischen Momenten haben alle mit angepackt. Und so haben wir es entgegen den Vorhersagen geschafft, dass Mühlberg vom Hochwasser verschont blieb. Dieser Gemeinsinn hat das ‚Wunder von Mühlberg‘ erst möglich gemacht. Hinzu kamen Mut und Professionalität sowie buchstäbliche Knochenarbeit derer, die den Deich in den kritischen Stunden stabilisiert haben.“

Sven Bogacz erinnert sich: Es war der 13. August 2002 als die Hochwasserfluten der Elbe Mühlberg erreichten. Wir arbeiteten erst wenige Wochen in den neuen Strukturen und ich im wörtlichen Sinne als frischgebackener Schutzbereichsleiter in Elbe-Elster. Was ich dann bei aller Dramatik der zu bewältigenden Lage erleben durfte, war einzigartig: Einsatzkräfte aus allen Bereichen, die bis an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit gearbeitet haben und unmöglich Scheinendes möglich gemacht haben. Die Erinnerung daran erfüllt mich noch heute mit Stolz – ich durfte vor Ort tolle Polizistinnen und Polizisten leiten.





Start in neue Struktur

Am 1. Juli 2002 trat die zwei Jahre zuvor beschlossene Polizeireform in Kraft. Die Bildung von zwei Präsidien, 15 Schutzbereichen und einer speziellen Autobahnpolizei, die Integration der Wasserschutzpolizei in die Schutzbereiche und die Verlagerung des LKA nach Eberswalde wurden realisiert. Die Fachhochschule sollte ein Jahr später nach Oranienburg umziehen.

Jedes Präsidium erhielt eine Leitstelle, die Aufgaben der Abteilungen „Einsatz/Ermittlungen“ und „Verwaltung“ sollten zum Großteil in die Schutzbereiche

verlagert werden. Die Schutzbereiche und die „Kriminalpolizei im Polizeipräsidium“ unterstanden dem Polizeipräsidenten.

Die Aufgaben und Verantwortungsbereiche vergrößerten sich. Die „Kriminalpolizei im Schutzbereich“ wurde mit zusätzlichen Ermittlungsbeamten verstärkt. Ebenso wurde der Bereich der Revierpolizei personell verstärkt. Das Landeskriminalamt (LKA) führte von nun alle Untersuchungen zu Delikten der Organisierten Kriminalität und der Wirtschafts-

riminalität. Auch die Spezialeinheiten (SEK, MEK, Technische Einsatzgruppe, Verhandlungsgruppe) wurden dem LKA zugewiesen. Der Zentraldienst der Polizei für Technik und Beschaffung (ZTPol) wurde als Zentraldienst der Polizei (ZDPol) völlig neu strukturiert und sollte einen umfangreicheren Aufgaben- und Personalzuwachs bekommen. Der Bereich Prävention bekam einen neuen Stellenwert. Alle Schutzbereiche erhielten einen Bereich „Prävention“; Sicherheits- und Präventionsberater wurden eingesetzt.

Frischer Wind für die Wasserschutzpolizei



2003 startete die Polizei Brandenburg ihr Bootsneubauprogramm. Der dringende Erneuerungsbedarf der veralteten, noch aus Beständen der ehemaligen DDR übernommenen Bootstechnik musste mit knapper werdenden finanziellen Mitteln in Einklang gebracht werden.

Unter dem Motto „intelligentes Sparen“ erfolgte eine Abkehr von den bisher üblichen speziellen Werftneubauten, hin zur Modernisierung vorhandener Technik und zur Beschaffung von Serienbooten mit Nachrüstung der polizeispezifischen Ausstattung. In rekordverdächtiger Zeit von knapp drei Jahren wurden insgesamt 28 moderne Einsatzboote in den Dienst gestellt.

Zukunftsweisend – Anzeige per Mouseklick

Erstmals in Deutschland können Bürger ihre Anzeige bei der Polizei auch online erstatten – einfach und bequem von zu Hause aus.

Die Brandenburger Polizei hatte dazu ihren bestehenden Internetauftritt grundlegend überarbeitet und eine neuartige elektronische Kommunikationsmöglichkeit für den Bürger eingerichtet. Unter breiter medialer Beachtung erreichten die Brandenburger Polizei bald Anzeigen und Hinweise aus dem gesamten Bundesgebiet, selbst aus Übersee trafen Glückwunschschriften ein. Daneben stellte die Polizei mit vielfältigen regionalen Informationen und Pressemeldungen sowie Hinweisen zum Umgang mit Schadens-

fällen einen Service bereit, wie ihn die Bürger bisher nur aus einer realen Polizeiwache kannten. Das Brandenburger Modell hat sich mittlerweile als Standard für eine moderne Bürgerorientierung im Internet etabliert.



Aufbaustab deutsch-polnische Polizeidienststelle

Im Juni 2003 erfährt die Zusammenarbeit der Polizeidienststellen zu beiden Seiten der deutsch-polnischen Grenze eine neue Qualität. Der Aufbaustab der „Deutsch-Polnischen Verbindungsstelle“ wird in Frankfurt (Oder) eingerichtet.

Großes Medieninteresse – der Aufbaustab der „Deutsch-Polnischen Verbindungsstelle“ wird eingerichtet.

Tieftauchen am Helenesee

Tieftauchen am Helenesee – dieser Lehrgang wird jedes Jahr durch die Polizeitaucher des Landes Brandenburg geplant und durchgeführt. Schwerpunkt ist das Tauchen in Gewassertiefen zwischen 30 und 50 Meter. Im Sommer 2003 wurden zusätzlich Rettungsübungen nach einem simulierten Tauchunfall durchgeführt: Der „verunfallte“ Polizeitaucher wurde durch den Rettungstaucher unverzüglich an Land gebracht. Taucherarzt Dr. Schirdewan und die anwesenden Taucherarztgehilfen trafen sofort alle Notfallmaßnahmen. Anschließend kam der „Verunfallte“ für 20 Minuten in die transportable Druckkammer und wurde dort weiter behandelt. Um den Lehrgang abzurunden, folgten Orientierungstauchgänge und Sicherheitsübungen unter Wasser.





Eurocopter EC 135

Am 5. Mai 2003 wurden zwei neue Polizeihubschrauber des Modells EC 135 P2 in den Dienst gestellt. Damit endete die Ära der bis dahin eingesetzten Hubschrauber russischer Bauart Mi-2.

Der Einsatz der neuen, mit modernsten Technologien ausgestatteten, Hubschrauber führte zu einer erheblichen Erweiterung des Einsatzspektrums. Insbesondere der Einsatz von Wärmebildkameras und die Verwendung von Restlichtverstärkerbrillen ermöglichen seitdem polizeiliche Einsatzflüge rund um die Uhr.

Seit der Indienststellung im Jahr 2003 kann die Polizeihubschrauberstaffel 200 Such- und Fahndungserfolge aufweisen, davon fast die Hälfte zur Nachtzeit. Bei BAO-Lagen hat sich der EC 135 als ein unverzichtbares Einsatzmittel bewährt. Wegen der modularen Bauweise, des vergleichsweise geringeren Wartungsaufwandes, einer gut funktionierenden Ersatzteilversorgung und vor allem aufgrund der wichtigen Tatsache, dass die Polizei über zwei identisch ausgestattete Hubschrauber verfügt, konnte die Verfügbarkeit mindestens eines Hubschraubers zu nahezu 100 Prozent sichergestellt werden.

Untersuchungen zur Himmelscheibe Nebra

Im Jahr 2003 wurde gegen mehrere Personen ein Ermittlungsverfahren wegen des Tatvorwurfs der Hehlerei und weitere Straftaten durch die Staatsanwaltschaft Halle/Saale geführt. An der Himmelscheibe von Nebra wurden durch das Landesamt für Archäologie Sachsen-Anhalt bodenartige Anhaftungen isoliert und zusammen mit Bodenproben vom vermutlichen Fundort des Objektes für Vergleichszwecke vorgelegt. Die im Kriminaltechnischen Institut des LKA Brandenburg im Zusammenwirken mit LKA Sachsen-Anhalt durchgeführten vergleichenden Bodenuntersuchungen haben bewiesen, das

die bodenartigen Anhaftungen dem Mittelberg in Nebra zuzuordnen waren und somit die „Himmelscheibe“ aus einer Raubgrabung in diesem Gebiet stammen muss.

Das forensische Gutachten leistete einen Beitrag zu der Verurteilung der Beschuldigten wegen Hehlerei zu mehrmonatigen Freiheitsstrafen.

■ KIRSTIN SCHNEIDER, LKA



Moderne Technik gegen Raser und Drängler



Die Hauptunfallursachen auf den Straßen lassen sich in zwei Worten ausdrücken: „Geschwindigkeit!“ und „Abstand“. Vor allem auf den Autobahnen sind Raser und Drängler eine große Gefahr. Umso wichtiger sind die Überwachung des gesetzlichen Mindestabstandes und deren gerichtsverwertbare Dokumentation, um derartige Verstöße effektiv ahnden zu können.

Das Video-Brücken-Abstands-Messsystem – kurz ViBrAM genannt – wurde speziell für die Erfassung des schnellen Autobahnverkehrs konzipiert und hatte sich bereits in anderen Bundesländern erfolgreich im Einsatz bewährt.

2003 begann im Rahmen eines Pilotversuches die Erprobung auf Brandenburger Autobahnen.

Länderübergreifende Verkehrskontrollen nach Loveparade

Gemeinsam mit anderen Bundesländern führte die Brandenburger Polizei anlässlich der Loveparade 2003 in Berlin mobile und stationäre Verkehrskontrollen durch. Bereits 2002 wurden 26 Alkohol- und 38 Drogenfahrten im Präsidialbereich Potsdam festgestellt – die Notwendigkeit derartiger Schwerpunktkontrollen auf den Hauptverkehrsstraßen um Berlin war also gegeben. Mehr als zwei Drittel der Betroffenen waren Teilnehmer der Loveparade. 158 Kolleginnen und Kollegen der Bereitschaftspolizei, des Zentraldienstes des Polizeis und des Schutzbereiches Brandenburg richteten auf einem Parkplatz der BAB 2 zwischen den Anschlussstellen Netzen und Brandenburg in Fahrtrichtung Magdeburg eine stationäre Kontrollstelle

ein. Im Scheinwerferlicht der aufgestellten Lichtmasten kontrollierten die Beamten 319 Fahrzeuge und führten die erforderlichen strafprozessualen Maßnahmen in bereitgestellten Mehrzweckzelten durch. Die Arbeitsabläufe in der Kontrollstelle funktionierten. Die Beamten stellten 18 Fahrzeugführer unter dem Einfluss von Alkohol bzw. berauschenden Mitteln fest. 14 Blutproben wurden angeordnet und durch medizinisches Personal des Polizeiärztlichen Dienstes in der Kontrollstelle durchgeführt. Bei Durchsuchungen von Fahrzeugen, zum Verdacht des Besitzes von Betäubungsmitteln schlugen die eingesetzten Rauschgiftspürhunde siebenmal an.



Internetwache auf der CeBIT 2004



Nach dem Start des neuen Webportals startete die Brandenburger Polizei im Februar 2003 in den aktiven Erfahrungsaustausch mit anderen Länderpolizeien sowie eGovernment-Projekten. Die CeBIT in Hannover bot für diesen Austausch den idealen Rahmen. Die weltweit größte Messe für Informationstechnik mit ihrem Public Sector Parc ist das Schaufenster für moderne eGovernment-Lösungen und IT-gestützten Kommunikationsmöglichkeiten zwischen Bürgern und Verwaltung.

Vier Mitarbeiter aus dem Projekt Internetwache und dem Fachbereich Öffentlichkeitsarbeit im Ministerium des Innern informierten interessierte Messebesucher zu den Möglichkeiten der Online-Strafanzeige in der Internetwache sowie dem Präventionsportal „Kinderwache“. Mehr als 450, teils internationale Fachgespräche am Stand zeugten von dem Interesse der Besucher.

„Links“ gegen „Rechts“ in Potsdam

Am 30. Oktober 2004 fand in Potsdam eine vom Hamburger Rechtsextremisten Christian Worch angemeldete Demonstration mit ca. 500 Teilnehmern statt. Zeitgleich versammelten sich etwa 2.000 Bürger zu mehreren friedlichen Gegenveranstaltungen.

Um den rechtsextremistischen Aufzug zu stören, strömten bis zu 1.000 gewaltbereite linksextremistische und autonome Personen auf die Lange Brücke. Sie begannen Gegenstände aufzunehmen und Barrikaden auf der Fahrbahn zu errichten. Einsatzhundertschaften schritten ein und wurden von den Autonomen mit Steinen, Flaschen und andere Gegenständen beworfen. Der Leiter der LESE entschied, die Wasserwerferstaffel zur Unterstützung auf die Lange Brücke auffahren zu lassen. Es erfolgten kurze, aber wirkungsvolle Wasserabgaben beider Wasserwerfer in Richtung Störer. Diese flüchteten in die Innenstadt, wo sie randalierend durch die Straßen zogen. Es wurden Schaufensterscheiben zerstört sowie Barrikaden erbaut und in Brand gesetzt. Die Störer „...verwandeln die Breite Straße in ein Schlachtfeld...“, hieß es später in der MAZ.

Insgesamt wurden 18 Polizeibeamte verletzt, 4 Einsatzfahrzeuge beschädigt und 17 Personen festgenommen. Gegen acht der Festgenommenen wurde noch am selben Tag Haftbefehl erlassen.



Mountainbike statt Funkstreifenwagen



Im Rahmen eines Pilotprojektes wurde Mitte September 2004 im damaligen Schutzbereich Potsdam eine erste Fahrradstaffel gebildet. Vier radelnde Beamte, die in der Potsdamer Innenstadt sowie in den Parkanlagen Sanssouci und Babelsberg eingesetzt wurden, sollten die Lücke zwischen Fuß- und Funkwagenstreife in der polizeilichen Präsenz schließen. Mehr Bürgernähe durch eine neue Fahrradstaffel, das war das Ziel. Die Idee ging auf, weitere Fahrradstaffeln im Land folgten. Der ZDPol stattete die Nutzer entsprechend aus. Dabei wurde aus dem Radsport bekannte Kleidung an die polizeilichen Anforderungen angepasst. Auch die Ausstattung mit Waffen und Gerät wurde auf die besonderen Einsatzbedingungen der Fahrradstaffeln abgestimmt. So erhielten diese spezielle Taschenlampen, Rettungsmesser und Einsatzstöcke. Auch ihre Dienstwaffen wurden modifiziert und mit Sicherheitsholstern versehen.

Im Rahmen eines Pilotprojektes wurde Mitte September 2004 im damaligen Schutzbereich Potsdam eine erste Fahrradstaffel gebildet. Vier radelnde Beamte, die in der Potsdamer Innenstadt sowie in den Parkanlagen Sanssouci und Babelsberg eingesetzt wurden, sollten die Lücke zwischen Fuß- und Funkwagenstreife in der polizeilichen Präsenz schließen. Mehr Bürgernähe durch eine neue Fahrradstaffel, das war das Ziel. Die Idee ging auf, weitere Fahrradstaffeln im Land folgten. Der ZDPol stattete die Nutzer entsprechend aus. Dabei wurde aus dem Radsport bekannte Kleidung an die polizeilichen Anforderungen angepasst. Auch die Ausstattung mit Waffen und Gerät wurde auf die besonderen Einsatzbedingungen der Fahrradstaffeln abgestimmt. So erhielten diese spezielle Taschenlampen, Rettungsmesser und Einsatzstöcke. Auch ihre Dienstwaffen wurden modifiziert und mit Sicherheitsholstern versehen.

Polizei ermöglicht Nierenspende

A24/Richtung Hamburg, 20. September. Im Lagezentrum der Potsdamer Polizei ging ein ungewöhnlicher Anruf aus dem Klinikum Halle ein. Dort suchte man einen 65-Jährigen, der für eine Nierentransplantation vorgesehen war. Das Klinikpersonal wusste, dass der Patient in einem Reisebus nach Hamburg saß. Die Suche begann. Der Bus wurde kurze Zeit später durch Polizeibeamte in Mecklenburg Vorpommern angetroffen. Mittels einer Polizeistaffel wurde der 65-Jährige sofort nach Halle gebracht. Die anschließende Nierentransplantation verlief erfolgreich.

Wer schreibt, der bleibt

2004 wurde das Einsatz-Protokoll-System (EPSweb) der Polizei Bayern auch in Brandenburg eingeführt. Es deckt in erster Linie zwei Anwendungsbereiche ab: Als Ablaufkalender stellt es die chronologische Dokumentation kleiner bis mittlerer Lagen sicher und als Einsatzdokumentation ist es ein Instrument zur Bewältigung der Arbeit im Führungsstab.

EPSweb wurde in Brandenburg erstmalig während der ILA 2004 eingesetzt. In den Jahren 2005 bis 2010 wurde EPSweb bei Lagen der verschiedensten Kategorien eingesetzt und weiter an die Bedürfnisse des Landes Brandenburg angepasst.

„Korrupin“ und „Klein Palermo“

Nach fünf Jahren verdeckt geführter Ermittlungen schlug die „EK Eiche“ des LKA Brandenburg im August 2004 bei der unter dem Namen „XY Bande“ bekannten OK-Gruppierung aus Neuruppin zu. Mit 400 eingesetzten Beamten der Brandenburger Polizei und der Steuerfahndung wurden zeitgleich neun Festnahmen, 75 Durchsuchungen und 95 Vernehmungen in einer der bisher größten kriminalpolizeilichen Einsatzmaßnahmen im Land Brandenburg realisiert.

Die mehr als 400 Straftaten der Beschuldigten, darunter ein Mitglied des

Stadtparlaments, ein Polizeibeamter und ein Amtsleiter der Stadtverwaltung, erstreckten sich über das gesamte StGB inklusive seiner Nebengesetze. Den Beschuldigten wurden u. a. die Bildung einer kriminellen Vereinigung, Drogenhandel, Erpressung, Vergewaltigung, Bedrohung, Bestechlichkeit, Verrat von Dienstgeheimnissen, illegales Glücksspiel und Verstöße gegen das Waffengesetz, das Kriegswaffenkontrollgesetz und die Abgabenordnung vorgeworfen. In einer Verhandlungsdauer von 1,5 Jahren auf Basis einer Ermittlungsakte mit mehr als 20.000 Sei-

ten führten drei Staatsanwälte den bislang größten Gerichtsprozess Brandenburgs wegen Organisierter Kriminalität gegen die neun Hauptbeschuldigten mit ihren 28 Rechtsanwälten.

Die 1. Große Strafkammer des Landgerichts Neuruppin verurteilte die Hauptbeschuldigten zu insgesamt 55 Jahren Haft und sprach den Verfall von ca. einer Million Euro gegen die Personen und ihre Firmen aus. Das Finanzamt erließ gegen die Täter zudem Steuerrückforderungsbescheide von ca. drei Millionen Euro.

„Kommissar Kluge“, „Aki“ und „Sternchen“ laden online zum Spielen und Lernen ein

Im März 2004 eröffnete der damalige Innenminister Jörg Schönbohm gemeinsam mit Erstklässlern einer Potsdamer Grundschule Deutschlands erste virtuelle Kinderwache.

Begleitet von den Sympathiefiguren „Kommissar Kluge“, „Aki“ und „Sternchen“ können Kinder zwischen vier und neun Jahren eine Polizeiwache erkunden, sich ein Stück der Polizei-Puppenbühne anschauen oder in einem Gefahrenlexikon spielerisch den Umgang mit brenzligen Momenten erlernen. Zusätzlich bieten Memory-Spiel und Malbuch spannende Unterhaltung. Medial begleitet wurde die Eröffnung der Kinderwache u. a. durch eine „Busschule“ für Bernauer Kinder, in der erstmalig auch ein kompletter Schulbus mit großflächiger Werbung für die Kinderwache vorgestellt wurde.



Gemeinsame Ermittlungsgruppe Berlin-Brandenburg

Im Dezember 2004 trafen Berlin und Brandenburg eine Vereinbarung zur Einrichtung einer Gemeinsamen Ermittlungsgruppe (GEG). Diese bisher bundesweit einzigartige Dienststelle sollte insbesondere der Eigentums kriminalität im Berliner „Speckgürtel“ Einhalt gebieten.

Die GEG nahm am 1. Februar 2005 ihre Arbeit auf. In den folgenden sechs Jahren hat die GEG 1.861 Fälle der banden- und gewerbsmäßigen länderübergreifenden Eigentums kriminalität bearbeitet. Erfolge ihrer Arbeit sind 143 Festnahmen, 111 Haftbefehle und 61 Verurteilungen zu insgesamt 141 Jahren Freiheitsentzug. Das organisatorisch vernetzte Vorgehen beider Länderpolizeien gegen Einbrecherbanden in diesem besonders kriminalitätsgefährdeten Raum hat sich bewährt. „So ein gewaltsames Eindringen in die unmittelbare private Sphäre hinterlässt Spuren. Wir sind sehr froh, dass die Einbrecher zur Verantwortung gezogen werden“, bedankte sich eine geschädigte Familie.



Die GEG hat ihren Sitz in Potsdam. Zunächst bezogen die Kolleginnen und Kollegen ihre Büros über der Polizeiwache Potsdam-Babelsberg.

Funkstreifenkraftwagen – aus grün wird blau



Der Beginn der Einführung blauer Funkstreifenkraftwagen in Brandenburg war eng mit der Errichtung der Autobahnpolizei im Juli 2002 verbunden. Ab 2004 setzte sich diese Farbgebung dann auch über die Autobahnpolizei hinaus fort. Beginnend mit den Fahrzeugen der Repos (Opel Corsa) und den Gruppenfahrzeugen der LESE (MB Sprinter) und wurden ab 2005 auch die Fahrzeuge des WWD (VW Passat Variant) blau. 2007 wurde der letzte grüne Funkstreifenwagen gegen einen blauen ausgetauscht.

„Hast Du noch was vor“



Im Februar 2005 startet das LKA in Angermünde mit den Dreharbeiten zum Projekt „Hast Du noch was vor“, das mit der Premiere der letzten produzierten DVD im Sommer 2010 abgeschlossen wurde. Mit dem bundesweit einmaligen modular aufgebauten Präventionspaket „Hast Du noch was vor?“ soll eine Sensibilisierung von Kindern und Jugendlichen für die Gefahren beim Umgang mit legalen und illegalen Drogen erreicht werden. Durch die Stärkung ihres Selbstbewusstseins soll das Medienpaket ihnen helfen, beim Drogenkonsum „Nein!“ zu sagen. Zugleich sollen Multiplikatoren wie Eltern oder Lehrer über Drogen und ihre Wirkungsweisen, aber auch Konsumutensilien, (typisches) Abhängigkeitsverhalten und bestehende Hilfsmöglichkeiten, aufgeklärt werden.

Das Gesamtpaket richtet sich an die Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen von 8 bis 18 Jahren. Zielgruppenorientiert richten sich die DVD's an 8- bis 11-Jährige, 12- bis 15-Jährige, 16- bis 18-Jährige sowie an Multiplikatoren wie Lehrer, Sozialarbeiter und Eltern. In einem insgesamt fast sechsjährigen Prozess wurden die einzelnen DVD's nacheinander produziert und nach ihrer Vorstellung in der Öffentlichkeit auch bundesweit mit Erfolg in der Praxis eingesetzt.

ZDPol beliefert Kunden außerhalb der Polizei

2005 wurden erstmals auch Kunden außerhalb der Polizei mit Dienstkleidung versorgt. Als Pilotereinrichtung konnte hierzu das Ordnungsamt in Potsdam gewonnen werden. Dies ließ seine Politessen über das Warenhaus des ZDPol mit einer einheitlichen und konzeptionell geschlossenen Kollektion einkleiden. Die Bestellungen erfolgten über das Elektronische Warenhaus des ZDPol auf rein elektronischem Wege. Inzwischen wurde eine Rahmenvereinbarung mit dem Städte- und Gemeindebund für alle Ordnungsämter geschlossen.



Neun tote Babys in Brieskow-Finkenheerd entdeckt

Am 31. Juli 2005 wurden auf einem Grundstück in Brieskow-Finkenheerd neun Leichen von Neugeborenen aufgefunden. Die Polizei hatte nach einem Zeugenhinweis auf einem Grundstück in der Gemeinde südlich von Frankfurt (Oder) Knochenreste entdeckt. Als Verdächtige wurde eine 39-jährige Frau aus Frankfurt (Oder) ermittelt. Sie hatte die Kinder im Zeitraum von 1988 bis 1998 zu Welt gebracht und nach der Geburt einfach liegen gelassen, bis diese starben. Das Frankfurter Landgericht verurteilte die Angeklagte 2006 zu einer Haftstrafe von 15 Jahren.

Zitat im Text: „Wir stehen vor einem Verbrechen, das in diesem Ausmaß in der Geschichte der Bundesrepublik nach meiner Erinnerung noch nie gegeben hat. Wir müssen uns fragen, wie dieses unglaubliche



Verbrechen über die ganzen Jahre hinweg im Verborgenden blieb“, so der damalige Innenminister Jörg Schönbohm.

Ressortübergreifend gegen Korruption

Das Thema Korruption ist ein Schwerpunkt in der kriminalpolizeilichen wie auch der gesellschaftspolitischen Diskussion. Ermittlungen in diesem Deliktsbereich sind von verschiedenen praktischen Schwierigkeiten geprägt. Da ein Taterfolg nicht ohne weiteres sichtbar ist und die Täter sich im besonderen Maße um Verdunkelung bemühen, sind solche Taten kaum mit den herkömmlichen Ermittlungsmethoden aufzudecken. Auch fehlt das „klassische Opfer“ und die Täter verfügen zum Teil über materielle und gesellschaftliche Machtstellungen. Ein fachübergreifender Bekämpfungsansatz musste her, um diese Form der Kriminalität erfolgreich aufzuklären und zu ahnden.

Brandenburg richtete dazu am 3. März 2005, als viertes Bundesland überhaupt, die ressortübergreifende Gemeinsame Ermittlungsgruppe Korruption (GEG Korruption) beim LKA BB ein. Seitdem hat die GEG Korruption rund 1.400 Ermittlungsverfahren

bearbeitet. Über 23 Prozent, und damit einem vergleichsweise hohen Prozentanteil solcher Verfahren, endeten mit strafrechtlichen Konsequenzen. Darüber hinaus flossen mehrere Millionen Euro in die Landeskasse als Geldauflage, Unternehmensgeldbuße oder Verfall von inkriminierten Vermögenswerten.



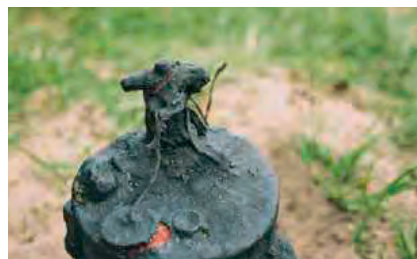
Sprengsatz im Lehnitzsee



Bei einer Kampfmittelberäumung des Lehnitzsees am 25. April 2005 wurde eine unkonventionelle Spreng- und Brandvorrichtung (USBV) gefunden. Diese befand sich im Bereich des Freibades Oranienburg, ca. 10 m vom Ufer entfernt, in einer Wassertiefe von etwa 80 cm. Sie bestand aus zwei im Seeboden befindlichen Körpern, deren Zündvorrichtungen mit einem (Stolper) Draht verbunden waren.

Finder war ein Taucher, der Mitarbeiter einer vom Kampfmittelbeseitigungsdienst (KMBD) beauftragten Firma war. Durch die Staatsanwaltschaft Neuruppin wurde ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts des versuchten Mordes in Tateinheit mit dem Versuch des Herbeiführens einer Sprengstoffexplosion eingeleitet. Umfangreiche Ermittlungen durch die „BAO Lehnitzsee“ des LKA Brandenburg begannen. Mit Unterstützung von Kräften aus dem PP Potsdam wurden mehr als 2.600 Ermittlungsverfahren und rund 1.160 Telefonate ausgewertet, 250 Zeugen gehört sowie weitere zum Teil sehr umfangreiche Recherchen geführt.

Die Auswertung der Ermittlungen und Überprüfungen der Aussagen des beauftragten Tauchers ergaben zunehmend Zweifel an seiner Glaubwürdigkeit. Auch wurde festgestellt, dass er im legalen Besitz von Waffen und zum Umgang mit Sprengstoff berechtigt war. Diese Erkenntnisse führten schlussendlich zum Geständnis des Beschuldigten. Der Besitz der USBV-Bestandteile konnte vollständig nachgewiesen werden.



Kein Platz für Neonazis



Im April 2005 wurde mit dem Verbot der Kameradschaft „Hauptvolk“ und deren Untergliederung „Sturm 27“ in Rathenow durch das brandenburgische Innenministerium ein deutliches Zeichen gegen den Rechtsextremismus gesetzt. Im Juli 2005 folgte das Verbot des Vereins „ANSDAPO“ (Alternative Nationale Strausberger DArt, Piercing und Tattoo Offensive) in Straußberg. Bereits 1995 und 1997 wurden die „Direkte Aktion/Mitteldeutschland (JS)“ und die „Kameradschaft Oberhavel“ verboten. „Für Neonazi-Propaganda und Rassenhass gibt es in unserem Lande keinen Platz“, lautete die eindeutige Botschaft des damaligen Innenministers Jörg Schönbohm.

Eins-Eins-Null: „Kein Anschluss unter dieser Nummer!“

2005 passte der ZDPol in Zusammenarbeit mit den beiden damaligen Präsidien das Ausfallkonzept „Notrufe“ auf die beiden „Großleitstellen“ in Potsdam und Frankfurt (Oder) an. Ausfallszenarien wurden entwickelt und technische Grundlagen für Ersatzvarianten, inklusive der Umschaltung von ELBOS der ausfallenden auf die intakte Leitstelle, wurden geschaffen.

Neuer Campus für den Polizeinachwuchs



Nach dreijähriger Bauzeit nahm die Fachhochschule der Polizei am 4. November 2006 ihren Lehrbetrieb am neuen Standort in Oranienburg auf. Mit der Fertigstellung wurden die besten Voraussetzungen für Ausbildung und Studium einer modernen und qualifizierten Polizei geschaffen. Rund 41,5 Mio. Euro wurden in moderne Seminargebäude, zwei Hörsäle, eine Bibliothek, Labore und ein Tatortkabinett sowie eine Drei-Felder-Sporthalle und einen Sportplatz investiert. Sie bieten den Studenten und Auszubildenden seitdem hervorragende räumliche und technische Bedingungen.



Flottenmodernisierung der Wasserschutzpolizei abgeschlossen



Am 10. Mai 2006 erhielt die Wasserschutzpolizei des Landes Brandenburg im Bootsservicecenter des Zentraldienstes der Polizei in Werder die letzten acht neuen Boote. Damit fand die 2003 begonnene Erneuerung und Modernisierung der Bootstechnik ihren erfolgreichen Abschluss. 28 Einsatzboote wurden erneuert bzw. modernisiert.

Fußball WM



Frankfurter Stadtbote



Schlachtfeld Karl-Marx-Straße

Hoffrige Ansehungen nach WM-Sieg gegen Argentinien / Polizei geht mit zwei Hundertschaften gegen Festsitzler vor

Schwere Ausschreitungen in der Karl-Marx-Straße nach dem WM-Sieg gegen Argentinien. Die Karstadt wurde von 20 Jugendlichen mit Molotowcocktails beschleudert, welche mehrere auf Hundertkiloer trafen. Die angetrennten Fußballfans sind in den Straßen von Frankfurt am Main auf der Karl-Marx-Straße zu sehen. Die Polizei hat die Straße für den Verkehr gesperrt. Die Karstadt wurde von 20 Jugendlichen mit Molotowcocktails beschleudert, welche mehrere auf Hundertkiloer trafen. Die angetrennten Fußballfans sind in den Straßen von Frankfurt am Main auf der Karl-Marx-Straße zu sehen. Die Polizei hat die Straße für den Verkehr gesperrt.

2006 fand die Fußball Weltmeisterschaft in Deutschland statt. Im Land Brandenburg selbst gab es zwar kein Spiel, dafür aber ca. 460 Public-Viewing-Veranstaltungen mit rund 82.000 Zuschauern. Fast alle Veranstaltungen verliefen im störungsfrei.

„Jubelfeier“ in Frankfurt (Oder)

Warum dagegen gerade Frankfurt (Oder) zur WM von Hooligans ausgewählt wurde, konnte sich auch im Nachhinein niemand so richtig erklären. Am 30. Juni 2006 kam es zu Ausschreitungen in der Frankfurter Karl-Marx-Straße. Und das, obwohl Deutschland die Mannschaft von Argentinien nach einem Elfmeter-Krimi mit 4:2 besiegt hatte. Hunderte Menschen waren auf die Straße geströmt und verwandelten die Magistrale in ein schwarz-rot-goldenes Fahnenmeer. Die Polizei setzte auf Deeskalation, beobachtete das Geschehen vom Straßenrad aus und trug bewusst keine Helme

bei sich. Die Beamtinnen und Beamten in Grün gehörten zur Alarm-Hundertschaft Frankfurt (Oder), viele leisteten ihren Dienst normalerweise in den Wachen im Umland. Letztlich mussten sie an diesem Abend doch einschreiten.

Anfangs griffen sie nicht ein, auch nicht, also schon kurz nach Beginn der „Party“ erste Bierflaschen auf dem Asphalt zersplittern. Dann, nach einer Stunde, flogen die ersten Bierflaschen gezielt in Richtung Polizei. Ziel war ein Polizeieinsatzwagen. Als Minuten später zwei schwere Feuerwerkskörper in der Jubelmenge krachten, schritt die Polizei ein. Der Besitzer der Böller wurde in Gewahrsam genommen. Die Situation eskalierte, als ca. 150 Menschen den Festgenommenen wieder befreiten wollten. Polizisten erteilten Platzverweise und verbuchten 20 Festnahmen, davon 14 wegen Nichtbefolgens. Sechs Festgenommenen wurden Straftaten wie Landfriedensbruchs und Körperverletzung zur Last gelegt. Sie alle hatten zwischen 0,9 und 1,2 Promille im Blut.

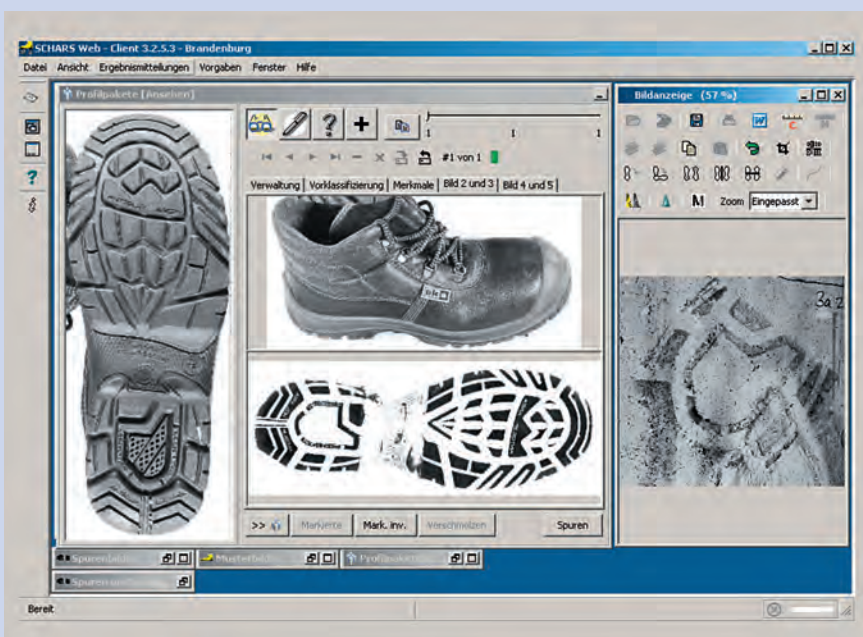
Hell, transparent, modern – die neue Polizeiwache in Bernau



Insgesamt 8,23 Mio Euro wurden investiert, sodass in 19 Monaten Bauzeit ein Polizei-Neubau in Bernau errichtet werden konnte. Ein modernes, helles und großzügiges Gebäude entstand, das Platz für 116 Büroräume bietet. Die Idee war es, den Wunsch nach einer transparenten Polizei auch architektonisch in dem neu zu erbauenden Gebäude umzusetzen. So ist es also kein Zufall, dass etwa 3.000 Quadratmeter Glas verbaut wurden. Das neue Gebäude lässt den Blick auf viele Arbeitsplätze zu. So hat auch der Chef des Hauses nicht nur einen guten „Durchblick“, sondern kann an seinem Schreibtisch sitzend gleichermaßen durch die große Fensterfläche wahrgenommen werden. Die Schlüsselübergabe des Neubaus fand am 23. Juni 2006 statt.



Einführung SCHARS-Web



Seit Beginn der 90er Jahre wurde unter Federführung des LKA an der Entwicklung einer Schuhspurendatenbank gearbeitet. So entstand über mehrere Zwischenstufen bis zum Jahr 2006 in Brandenburg die bundesweit erste landesweit vernetzte Schuhspurendatenbank.

SCHARS-web ermöglicht eine landesweit abgestimmte und datenkonsistente Arbeitsweise, bei der die Schuhreferenzmuster vom LKA und die Schuhspuren von ausgewählten KT-Spezialisten der Präsidien eingepflegt werden. Recherchemöglichkeiten in der Datenbank bestehen für alle KT-Stellen des Landes. Somit sind die KT-Stellen des Landes BB in der Lage, aus mehreren tausend Datensätzen innerhalb kürzester Zeit Tatzusammenhänge festzustellen und entsprechend zeitnah Ergebnisse für die Ermittlung zu liefern.

Schlapphüten auf der Spur

52 Raubüberfälle auf Geldinstitute, davon 21 in Brandenburg, 50 weitere Straftaten wie Fahrzeugdiebstähle und ein versuchter Mord gehen auf das Konto der aus Deutschen und Polen bestehenden Tätergruppe. Von 2002 bis 2005 machte die Gruppe rund 3,6 Millionen Euro Beute. Die Straftatenserie der so genannten Schlapphutbande erstreckte sich über das ganze Bundesgebiet.

2003 wurde durch das Polizeipräsidium (PP) Potsdam eine Häufung von bewaffneten Raubüberfällen auf Geldinstitute festgestellt. Im Februar 2004 wurde deshalb die BAO „Schlapphut“ gegründet, die ihren Namen bekam, weil die Täter bei Tatbegehung diese markante Kopfbedeckung trugen. Unter der Federführung des PP's begannen länderübergreifende Ermittlungen gegen die mit äußerster Brutalität agierenden bewaffneten Täter. Die Gefährlichkeit der Täter und die geringe Hemmschwelle bei der Anwendung von mitgeführten Waffen zeigten sich, als die Täter mit Maschinenpistolen auf ein Brandenburger Polizeifahrzeug schossen. 2006 konnten die Täter festgenommen werden. Im selben Jahr erfolgte ihre Verurteilung zu mehrjährigen Haftstrafen.

„Die Straftatenserie dieser Tätergruppe war wohl in der Dimension einmalig in der deutschen Nachkriegsgeschichte. Bei länderübergreifenden Einsätzen waren durchschnittlich 200 Beamte der Spezialeinheiten und weitere 400 Polizeibeamte im Einsatz“, erinnert sich Hans-Jürgen Mörke, der damals Polizeiführer war.



Polizei wechselt die Farbe

Nach einem fast einjährigen Trageversuch durch rund 400 Polizeibeamte begann Ende 2007 die Einführung einer neuen funktionalen Dienstkleidung in der europäischen Polizeifarbe „Blau“. Zum ersten Mal in der Geschichte der brandenburgischen Polizei wurde eine Dienstkleidung von Polizisten für Polizisten entwickelt. Das Ergebnis kann sich sehen lassen. Die Resonanz auf das neue Outfit war sowohl bei den testenden Beamten als auch bei der Bevölkerung positiv. So erhielten von 2008 an schrittweise jährlich rund 2.000 Beamte die neue Uniform. Bis Ende 2010 konnten alle 6.000 uniformierten Polizisten mit der neuen Dienstkleidung ausgestattet werden.



Interaktiv unterwegs



te innerhalb und außerhalb von Fahrzeugen, GPS zur Ortung, IT-Systeme, mobile PC für einen schnellen und sicheren Zugriff auf die unterschiedlichsten polizeilichen und öffentlichen Informationssysteme sowie Fahrerinformations- und Fahrerleitsysteme.

In der Polizei Brandenburgs wurden seit 2007 einzelne Technologien in zehn Funkstreifenwagen mit der Fahrzeugindustrie verbaut und getestet. Im Jahr 2008 wurde die GPS-Ortung der Funkstreifenwagen in das Einsatzleitsystem integriert und seit dem Jahr 2009 sind alle Funkstreifenwagen des Streifendienstes im Einsatzleitsystem mit dem aktuellen Einsatzstatus lokalisiert und identifiziert. Ebenfalls seit dem Jahr 2009 werden alle Funkstreifenwagen im Rahmen der jährlichen Beschaffungsmaßnahmen mit Videotechnik standardmäßig ausgestattet.

Im Jahr 2001 wurden durch die Projektgruppe „Eigensicherung in der Polizei“ eine Vielzahl von technischen Führungs- und Einsatzmitteln für die Eigensicherung geprüft und bewertet. Hierzu gehörten im Zusammenhang mit Funkstreifenwagen u. a. Videoanlagen zur Dokumentation von Anhalte- und Kontrollvorgängen, Notrufe für Einsatzkräf-

Die Schattenseiten der Abfallbeseitigung



Die zunächst unfassbaren Aussagen zweier Insider aus dem Klientel der kriminellen Abfallentsorger im Jahr 2007 wurde am 18. Juli des Jahres Realität: In einer Kiesgrube waren bereits seit März 2006 fortdauernd und teilweise im Akkord tausende Tonnen stinkenden und mit gefährlichen Inhaltsstoffen durchsetzten Mülls mit hoher krimineller Energie vergraben worden. Es sollte nicht der einzige Tatort dieser Art bleiben. Zum 1. November 2007 wurde deshalb die Ermittlungskommission (EK) „Umwelt“ mit 17 Mitarbeitern gebildet.



Überall im Land aber auch in vielen anderen Bundesländern wurden inzwischen dutzende Kies- und Sandtagebaue und Deponien ermittelt und im Rahmen der Beweisführung geöffnet. Millionen Kubikmeter Müll wurden aus Profitsucht illegal vergraben, stanken



vor sich hin und beeinflussten teilweise nachhaltig unser Grundwasser. In 6 Kiestagebauen und 7 sogenannten Altdeponien wurden rund 650.000 m³ illegal vergrabener Müll gefunden. Das entspricht ca. 9.300 LKW-Containerzügen.

Durch die Arbeit der EK „Umwelt“ erhielt das Thema Umweltkriminalität einen völlig neuen Stellenwert. Dieses Kriminalitätsphänomen wurde in den zuständigen Ministerien nun sensibler betrachtet. Das Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe erweiterte bereits nach den ersten Feststellungen der EK „Umwelt“ die sehr kostenintensiven Beprobungen von sogenannten Verdachtsflächen und ging ab 2009 zu einer intensiven kontinuierlichen Grubenkontrolle über, die es vorher so nicht gab.

■ MASSWIG, EK UMWELT

Revolution in der Vorgangsbearbeitung



Mit dem Eintritt in die Länderkooperation mit Hamburg, Hessen und Baden-Württemberg begann für Brandenburgs Polizei ein neues Zeitalter der IT. Nach Beginn im Jahr 2006 wurde 2007 ein umfassendes Projekt zur Einführung eines Computergestützten Vorgangsbearbeitungssystems (ComVor) und der

Umgestaltung der Landesdatenhaltung erfolgreich zu Ende gebracht.

Am 1. November 2007 ging ComVor 6.5 an den Start. Es ermöglicht die elektronische Bearbeitung der meisten polizeilichen Vorgänge. Zahlreiche Schnittstellen vermeiden Medienbrüche. Im engen Zusammenwirken mit den Polizeibehörden und -einrichtungen wird ComVor seitdem stetig weiterentwickelt und dem Bedarf der polizeilichen Arbeit in Brandenburg angepasst. Inzwischen ist ComVor auf über 5.200 vernetzten Arbeitsplätzen der Polizei zu finden.

PKSweb gibt regionale Auskunft

2007 wurde die Fachanwendung PKSweb in Brandenburg eingeführt. Vielseitige Funktionalitäten ermöglichen seither eine schnelle Recherche und Abbildung der Polizeilichen Kriminalstatistik. Die Anwendung macht Analysen mit flexibel wählbarem Detaillierungsgrad nach geografischen und polizeiorganisatorischen Strukturen mit Untergliederung nach Delikten, Tatverdächtigen und Opfern/Geschädigten über variabel definierbare Zeiträume möglich. Eine reproduzierbare Momentaufnahme für wissenschaftliche Langzeituntersuchungen ist ebenfalls gegeben.

Brandenburgs Polizei beim G 8-Gipfel



Im Juni 2007 fand in Heiligendamm (Mecklenburg-Vorpommern) der G8 – Weltwirtschaftsgipfel statt. Rund 16.000 Polizisten der gesamten Bundesrepublik waren in Mecklenburg-Vorpommern im Rahmen der dortigen BAO „Kavala“ im Einsatz, um unter den Augen der Weltöffentlichkeit einen störungsfreien Ablauf des Gipfels zu gewährleisten. Bevor der Fokus der

gesamten Öffentlichkeit sich jedoch auf Mecklenburg-Vorpommern richtete, rückte auch Brandenburg in den Mittelpunkt. In Vorbereitung des Gipfels fanden bundesweit verschiedene Veranstaltungen statt. So trafen sich die Umwelt-, Finanz- und Außenminister im März bzw. Mai 2007 in Potsdam.

Der damalige Polizeiführer Hans-Jürgen Mörke erinnert sich: „Was die polizeilichen Anforderungen an diese Einsätze angeht, so war der Besuch der Außenminister der G8-Staaten und insbesondere die Anwesenheit von US-Außenministerin Condoleezza Rice mit der höchsten Sicherheitsstufe besonders in der Vorbereitung und Durchführung des Einsatzes zu berücksichtigen. Zahlreiche Straßensperrungen, ein gesperrter Jungferensee, extra gesicherte Gullydeckel und 1.700 eingesetzte Polizeibeamte waren nur die äußeren Zeichen dieses Einsatzes. Auch die Anti-G8-Demonstration mit rund 1.000 Teilnehmern hatten wir zeitgleich zu bewältigen. Der Gesamteinsatz verlief störungsfrei. Journalisten schrieben später über diesen Einsatz, dass das Treffen der Außenminister der G8-Staaten im Schloss Cecilienhof die bedeutendste politische Veranstaltung in Potsdam seit den Verhandlungen der Alliierten über das Potsdamer Abkommen im Sommer 1945 war.“

Europaweit anerkannter Hochschulabschluss

2007 wurde der klassische Diplomstudiengang „Gehobener Polizeivollzugsdienst“ durch einen akkreditierten Studiengang ersetzt. Als einer der ersten Bundesländer, neben Schleswig-Holstein und Bremen, führte Brandenburg den „Bachelor of Arts (B.A.) – Polizeivollzugsdienst/Police Service“ für die Ausbildung des gehobenen Polizeivollzugsdienstes ein. Zuvor musste eine umfassende Studienreform mit anschließender auflagenfreier Akkreditierung bewältigt werden. Der Startschuss für die Einführung des neuen Studienganges fiel am 4. Oktober 2007.

Errichtung einer Sortierbox im Munitionszerlegebetrieb (MZB)



Am 19. Mai 2004 ereignete sich ein Unfall beim Sortieren von Fundmunition im Munitionszerlegebetrieb des KMBD. Ein Mitarbeiter kam dabei ums Leben, ein zweiter wurde schwer verletzt. In Auswertung des Unfalls wurde

ein Sicherheitskonzept entwickelt. Das führte dazu, dass 2007 eine Sortierbox fertiggestellt wurde.

Neben bisher nicht vorhandenem Wetterschutz ist durch die massiven Boxen gewährleistet, dass bei einer ungewollten Detonation von Fundmunition die gesamte Wirkung in einem Raum (Box) bleibt und keine weiteren Mitarbeiter sowie Anlagen/Einrichtungen in Mitleidenschaft gezogen werden. Vom Leitstand der Sortierbox aus können die in der näheren Umgebung befindlichen technischen Einrichtungen, gefahrlos ferngesteuert in Betrieb genommen und die Arbeitsabläufe ohne Personaleinsatz an dieser Technik überwacht werden.

SEK-Einsatz in Waßmannsdorf

Polizei-Einsatz mit vielen Fehlern

Die Schießerei von Waßmannsdorf: Berichte belegen fehlende Absperrung, Führungskräftechwäche und Technikmängel

Von Axel Lier

Bei



ge Zeit hinweg, die Wege zum Haus des Amok-Schützen abzusperren. Anwohnern, Schaulustigen und Reportern gelang es aber immer wieder zum Tatort vorzudringen. Eingesetzte SEK-Beamte sind dabei auch ohne ihre Vernehmung fotografiert und gefilmt worden.

Nummer 95 - 24./22. April 2007

Brandenburg

Tödliche Schießerei in Wohnsiedlung

Mann bedrohte Tochter und schoss zwei Polizisten nieder. Dann nahm er sich offenbar das Leben

VON K. BUCHHOFF / BRANDENBURG

UND L. SCHREIBER

WASSMANNSDORF Ein tödliches Ende fand am Freitag der Anschlag eines 52-jährigen Sportschützen in Waßmannsdorf (Dahme-Spreewald). Sonderkommandos der Polizei hatten das Haus von Robert Mielke um 17.30 Uhr gestürmt. Der offenbar geistig verwirrte Mann hatte Stunden zuvor seinen ersten Versuch eines „Zugriffes“ auf zwei SEK-Beamte unternommen. Bei einem zweiten Zugriff rückten die schwer bewaffneten Polizisten langsam zum Haus vor, sie wollten eine Reaktion von Mielke provozieren. Doch die blieb aus. Sie fanden den Mann in seinem Wohnzimmer im Erdgeschoss. Er lag tot in seiner Sessel-Kopflehne. Eine Pistole lag neben ihm



Am 20. April 2007, einem Freitag, wurde die Polizeiwache in Schönefeld darüber informiert, dass ein Mann in der Gemeinde Waßmannsdorf seine Tochter in seinem Haus bedroht. Der 52-Jährige hatte sich verbarrikadiert und drohte damit, sich selbst bzw. seine Tochter mit einer Waffe zu töten. Glücklicherweise gelang es der 34-jährigen Tochter, noch vor Eintreffen der Beamten aus dem Fenster zu flüchten. Sie selbst hatte zuvor die Polizei von der Wohnung aus alarmiert. Die ersten eintreffenden Beamten konnten die junge Frau, welche unter Schock stand, in Sicherheit bringen. Anschließend evakuierte die Polizei die Bewohner der Nachbargrundstücke.

Nachdem alle Versuche scheiterten, den Mann zur Aufgabe zu bewegen, führten Spezialkräfte einen Zugriff durch. Bei einem Schusswechsel, den der Mann eröffnet hatte, wurden zwei SEK-Beamte verletzt, einer davon durch einen Gesichtsdurchschuss schwer. Bei einer weiteren Annäherung an das Haus gegen 17:00 Uhr wurde der Täter, der als Sportschütze im Besitz der notwendigen Erlaubnisse für Waffen war, leblos in seiner Wohnung aufgefunden. Die Auffindsituation ließ den Schluss zu, dass er sich selbst erschossen hatte.

Motorrad Startup Day in Linthe



vom Sachgebiet StB 14 nahm die Organisation und Durchführung der Veranstaltung in seine Hände und bewies selbst bei der Moderation des Startup Days großes Geschick. Gewinner waren nicht nur der ADAC und die Polizei, die sich über erheblichen Zuspruch freuten, sondern auch die Motorradfahrer, die neben Fachsimpeleien auch ihre Fahrkünste auf dem Gelände erproben konnten.

Eine rundum gelungene Auftaktveranstaltung zur Eröffnung der Motorrad-Saison im Jahre 2007.

Erstmals fand am 22. April 2007 der Motorrad Startup Day unter der Schirmherrschaft des damaligen Polizeipräsidenten Bruno Küpper auf dem Gelände des Fahrsicherheitszentrums des ADAC in Linthe statt.

Ausgangspunkt für diese erste gemeinsame Aktion von Polizeipräsidium und ADAC war die besorgniserregende Verkehrsunfalllage mit Beteiligung von Motorradfahrern. Frank Domanski



Kriminaltechniker ziehen nach Eberswalde



Bereits im Juli 2004 erfolgte der erste Spatenstich zum Neubau des Kriminalwissenschaftlichen Zentrums in Eberswalde. Der Umzug vom bisherigen Standort in Berlin

Johannisthal begann am 09. Juli 2007. Noch im selben Monat konnte mit wenigen Ausnahmen die Arbeitsfähigkeit der Kriminaltechnik am neuen Standort hergestellt werden – eine logistische Meisterleistung.

Seit der offiziellen Inbetriebnahme dieser Laboratorien am 30. August 2007 stehen so modernste Rahmenbedingungen zur Untersuchung von Spuren und Vergleichsmaterialien zur Verfügung. 18,2 Mio Euro wurden investiert, um moderne Labor- und Expertiseräume mit einer Gesamtfläche von 3.200 m² zu errichten. Besonderer Wert wurde bei der Planung und Umsetzung auf eine abgrenzen-

de Trennung beim Umgang mit Spuren- und Vergleichsmaterialien gelegt, sodass Kontaminationen weitestgehend vermieden werden können. Großzügig bemessenen Besichtigungseinrichtungen sichern darüber hinaus, dass auch kleinste Spurenhaftungen festgestellt und für die forensische Analyse erschlossen werden können.



Volksfest nach Schengen-Öffnung

27./28. Dezember 2007

Märkischer MARKT
Blickpunkt Frankfurt (Oder)

Freude und Verkehrschaos an der Grenze

Gut 500 Menschen feierten auf der Stadtbrücke / Polen mit viel Fantasie und Kreativität

Frankfurt (Oder). Mit so viel Gästen hatte bei den Veranstaltungsworten niemand gerechnet. Erst wenige Wochen vor dem 21. Dezember hatten die Stadtverwaltung überhaupt damit begonnen, die Feier zum Wegfall der Grenzkontrollen zu organisieren. Die Frankfurter und ihre polnischen Nachbarn aus Slubice wurden eingeladen, um Mitternacht gemeinsam auf der Stadtbrücke anzustößeln und sich Glühwein und heiße Suppe schmecken zu lassen. Doch dann kamen weit mehr Menschen, als erwartet worden waren, so dass die Veranstaltungsgasse schnell hoffnungslos überfüllt wurde. Die Stadtverwaltung ersucht am nächsten Tag in überbäumenden Bübel gar von 5000 Menschen auf der Brücke. Etwas mehr als 5000 mögen es tatsächlich gewesen sein, die den historischen Augenblick auf der Stadtbrücke miterleben wollten. Die Menge richtete aus, dass geplante medienwirksame Aktionen wie die Abfertigung

letzten Pkw mit Passkontrollen um 23.59 Uhr kurzfristig gestrichen werden mussten. Während auf deutscher Seite die kurze Vorbereitungszeit für Silberschips aus der Konfettikanone und Musik etwas Radioemden gereicht hatte, bewiesen die polnischen Nachbarn, dass für sie der Wegfall der Grenzkontrollen ungleich größere Bedeutung hat. Mehr als 200 Polen zogen kurz vor Mitternacht von Slubice aus auf die Stadtbrücke, angeführt von der Wjowodina Helena Halka. Mit im Pulk waren etliche Viadrina-Studenten. Vorweg gaben Motorcross-Fahrer Proben ihres Fahrkönnens. Eine polnische Militärmusik marschierte mit klingelndem Spiel in Richtung der Abfertigungslinien. Junge Leute schwenkten Europa- und Polenfahnen. Eine Straßenbandierengruppe auf Stelzen stellte in den Reihen polnischer Könige, der Phönixtochter Europa und anderer Ritter die Veranstaltung wehrumspiegelt. FRANK GÖRGENBERG



Im Gleichschritt: Straßentheater-Schauspieler auf Stelzen und mit Fahnen stellen die Vereinigung des Königreichs Polen mit Europa dar.

Freie Fahrt von Portugal bis ins Baltikum

Freie Fahrt von Finnland bis Italien, von Portugal bis zum Baltikum: Europa ist durch den Wegfall der Grenzkontrollen in neun weiteren Staaten wieder ein Stück enger zusammengewachsen.

ITZITAU/FRANKFURT (ODER) Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) würdigte die Erweiterung der Schengen-Zone nach Mittel- und Osteuropa am Freitag als „historischen Moment“. Damit hätten nun die Bürger in 24 europäischen Staaten „freie Fahrt“, sagte Merkel beim zentralen Festakt im sächsischen Zittau. „Wir können heute das erleben, von dem unsere Eltern geträumt haben.“ Das Schengen-Abkommen – benannt

nach dem luxemburgischen Ort, wo es 1985 erstmals unterzeichnet wurde – gilt nun in 22 EU-Staaten sowie in Island und Norwegen. Neu dazu sind die deutschen Nachbarländer Polen und Tschechien sowie Malta, Estland, Lettland, Litauen, Ungarn, Slowakei und die Slowakei. Oberhalb dort können Touristen und Geschäftsleute nun ohne Ausweiskontrollen ein- und ausreisen. In die neuen Schengen-Staaten nach dem Übergangsfest bis Ende März. Der polnische Regierungschef Donald Tusk sprach von einem „Triumph der Freiheit“, als in Zittau feierlich die Schlagschäume entnommen wurden. „Es ist ein gelungenes, auch die schwierigste Grenze zu überwinden: die der Angst und der Furcht.“ Als Symbol der Grenzöffnung über-

reichte Sechens Ministerpräsident Georg Milbradt (CDU) EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso ein ausgereinigtes Zöllnschild. Später zerrte Tusk mit seinem tschechischen Kollegen Mikolaj Topolánek einen Schlagbaum am Grenzübergang Hradec zwischen Tschechien und Polen. Der Präsident des Europaparlaments, Hans-Gert Pötering (CDU), sagte, das Dreiländereck Deutschland, Polen, Tschechien stehe für eine oftmals von Kriegen geprägte Geschichte. Heute geben wir einen Schlussstrich unter diese Geschichte der Trennung. Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) wies Befürchtungen über eine zunehmende Kriminalität nach der Grenzöffnung zurück. „Das was wir bisher an stationären Grenzkontrollen hatten, hat ja mehr Staus verursacht als das, was die professionellen Verbrecher abgehandelt sagte er. Der FDP-Grenzöffnung zu lang stehe das gedungensystem der Staaten noch.“ FDP-Chef Konrad

Europa, einig Schengenland

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat den Wegfall der Grenzkontrollen zwischen den alten und den neuen EU-Mitgliedstaaten als „historisches Moment“ bezeichnet. Während einer Feier am deutsch-polnischen Grenzübergang in Zittau im deutsch-tschechisch-polnischen Dreiländereck, an der der polnische Ministerpräsident Tusk, der tschechische Ministerpräsident Topolánek sowie der amtierende EU-Ratpräsident, der portugiesische Ministerpräsident Sócrates, sowie Bundesinnenminister Schäuble teilnahmen, erinnerte die Kanzlerin am Freitag daran, dass von den Grenzen viel Leid ausgegangen sei. Nun können sich die Menschen in einem einzigen Europa frei bewegen und sich begegnen. Merkel sagte, für viele ältere Menschen seien offene Grenzen keine Selbstverständlichkeit. „Es ist eine Freude, dass die nachwachsenden Generationen die offenen Grenzen jetzt als europäische Normalität erleben werden.“ Der polnische Ministerpräsident Tusk sprach in Zittau von einem „Triumph der Freiheit“. Er sei in einer Welt aufgewachsen, in der viele Grenzen unüberwindlich

kinder Hunderte blaue Luftballons mit dem Symbol der EU in den Himmel steigen. Trotz klirrender Kälte waren zahlreiche Schaulustige zur Feierstunde gekommen. In einem zweiten Festakt zersägen Tusk und Topolánek an einem wenige Kilometer entfernten polnisch-tschechischen Grenzübergang einen Schlagbaum. In der Nacht hatten entlang von Oder und Neiße mehrere tausend Menschen den Wegfall der Kontrollen mit Feuerwerken und Musik gefeiert. Nach dem Wegfall der Kontrollen an den Landesgrenzen werden die Kontrollen in den Flughäfen am 31. März 2008 enden. Auch an anderen Grenzen wurde am Freitag gefeiert. Am ungarisch-österreichischen Grenzübergang Hegyeshalom-Nickoldorf winkten Ministerpräsident Ferenc Gyurcsány und Bundeskanzler Alfred Gusenbauer die ankommenden Autofahrer durch. An der Grenze zwischen Polen und Litauen feierten die Präsidenten Lech Kaczyński und Valdas Adamkus die neue Reisefreiheit. Das Schengen-Abkommen gilt nach dem Beitritt Estlands, Lettlands, Litauens, Polens, der Tschechischen Republik,

gen-Abkommen nicht an. Der bulgarische Außenminister Iwailo Kalfin sagte am Freitag, er hoffe, dass sein Land bis 2011 Mitglied des Schengen-Raumes werde. Nach Einschätzung der Gewerkschaft der Polizei (GdP) kommt der Beitritt der neuen EU-Mitglieder zum Schengener Abkommen allerdings zu früh. Bislang gebe es das geplante Fahndungssystem der Schengen-Staaten noch nicht, sagte der FDP-Vorstandsleiter Konrad Freiberg im Südwestrundfunk. Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) wies diese Kritik in mehreren Interviews zurück: „Das, was wir bisher an stationären Grenzkontrollen hatten, hat ja mehr Staus verursacht, als dass die professionellen Verbrecher abgehandelt wurden.“ Schäuble sagte, durch die Erweiterung des Schengen-Raumes entstehe mehr Sicherheit. Der Wegfall der Personkontrollen an den Grenzen werde durch die engere und bessere grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Polizei wettgemacht. „Das Leben für Verbrecher wird schwieriger, weil sie nicht wissen, wo die Polizei ist“, sagte Schäuble in Zittau.



Himmelszauber: Mit einem Feuerwerk wurde die Feier zur Grenzöffnung am polnischen Oderufer beschlossen.
Fotos (2) Gronenberg

Freuden-Feuerwerk an der Stadtbrücke

Hunderte feiern Wegfall der Grenzkontrollen

Frankfurt (Oder). Mehrere hundert Menschen haben auf der Stadtbrücke den Wegfall der Passkontrollen an der deutsch-polnischen Grenze gefeiert. Vor allem Studenten der Viadrina und Bürger Slubices waren auf die neue Freiheit beim Grenzübertritt zu begrüßen. Auch viele Frankfurter wollten sich das Grenzübergang war mehr als eine halbe Stunde vor Mitternacht für Fahrzeuge gespiert worden. Genau um 0 Uhr erklang die Euro-

pa-Hymne. Wenig später wurde am polnischen Oderufer ein Feuerwerk gezündet. Die Gewerkschaft der Polizei warnte erneut vor einem Anstieg der Kriminalität. Am Rande der Feier musste die Polizei mehrere Störer in Gegenwart der ersten Autos mit Blaulicht über die Brücke gelotst. An der Kreuzung vor der Brücke war zuvor wegen Markierungsarbeiten im Feiertagsverkehr der Verkehr gestoppt worden. Genau um 0 Uhr erklang die Euro-



Polizeischutz: Mit Blaulicht wird der Verkehr auf der Stadtbrücke in der Mitternacht über die Grenze hinweg geregelt.

Völkerwanderung nach Slubice

An den Grenzen zwischen Deutschland und Polen wird nicht mehr kontrolliert – das wurde gefeiert

Frankfurt (Oder). Mit noch einem weiteren Tag von Feierlichkeiten wird der Wegfall der Grenzkontrollen zwischen Deutschland und Polen gefeiert. Das Nachbarland hat eine weitere der neuen Mitgliedstaaten der Europäischen Union in der Nacht zu Freitag den Schengen-Beitritt umgesetzt. Die Grenzöffnung zu den Grenzländern Malta für die Grenzüberquerung zwischen Deutschland und Polen ist ein weiterer wichtiger Schritt in der Umsetzung des Schengen-Abkommens. Die Grenzöffnung zu den Grenzländern Malta für die Grenzüberquerung zwischen Deutschland und Polen ist ein weiterer wichtiger Schritt in der Umsetzung des Schengen-Abkommens. Die Grenzöffnung zu den Grenzländern Malta für die Grenzüberquerung zwischen Deutschland und Polen ist ein weiterer wichtiger Schritt in der Umsetzung des Schengen-Abkommens.



slubice in Böhmen eine Schengenfeier vorer mit großem Ausmaß gefeiert. Zwei Tausend am Freitagabend in der Stadtbrücke über die Grenze. Mehrere hundert Menschen haben auf der Stadtbrücke den Wegfall der Passkontrollen an der deutsch-polnischen Grenze gefeiert. Vor allem Studenten der Viadrina und Bürger Slubices waren auf die neue Freiheit beim Grenzübertritt zu begrüßen. Auch viele Frankfurter wollten sich das Grenzübergang war mehr als eine halbe Stunde vor Mitternacht für Fahrzeuge gespiert worden. Genau um 0 Uhr erklang die Euro-

Freie Fahrt von Portugal bis ins Baltikum

Freie Fahrt von Finnland bis Italien, von Portugal bis zum Baltikum: Europa ist durch den Wegfall der Grenzkontrollen in neun weiteren Staaten wieder ein Stück enger zusammengewachsen.

ITZITAU/FRANKFURT (ODER) Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) würdigte die Erweiterung der Schengen-Zone nach Mittel- und Osteuropa am Freitag als „historischen Moment“. Damit hätten nun die Bürger in 24 europäischen Staaten „freie Fahrt“, sagte Merkel beim zentralen Festakt im sächsischen Zittau. „Wir können heute das erleben, von dem unsere Eltern geträumt haben.“ Das Schengen-Abkommen – benannt

nach dem luxemburgischen Ort, wo es 1985 erstmals unterzeichnet wurde – gilt nun in 22 EU-Staaten sowie in Island und Norwegen. Neu dazu sind die deutschen Nachbarländer Polen und Tschechien sowie Malta, Estland, Lettland, Litauen, Ungarn, Slowakei und die Slowakei. Oberhalb dort können Touristen und Geschäftsleute nun ohne Ausweiskontrollen ein- und ausreisen. In die neuen Schengen-Staaten nach dem Übergangsfest bis Ende März. Der polnische Regierungschef Donald Tusk sprach von einem „Triumph der Freiheit“, als in Zittau feierlich die Schlagschäume entnommen wurden. „Es ist ein gelungenes, auch die schwierigste Grenze zu überwinden: die der Angst und der Furcht.“ Als Symbol der Grenzöffnung über-

reichte Sechens Ministerpräsident Georg Milbradt (CDU) EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso ein ausgereinigtes Zöllnschild. Später zerrte Tusk mit seinem tschechischen Kollegen Mikolaj Topolánek einen Schlagbaum am Grenzübergang Hradec zwischen Tschechien und Polen. Der Präsident des Europaparlaments, Hans-Gert Pötering (CDU), sagte, das Dreiländereck Deutschland, Polen, Tschechien stehe für eine oftmals von Kriegen geprägte Geschichte. Heute geben wir einen Schlussstrich unter diese Geschichte der Trennung. Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) wies Befürchtungen über eine zunehmende Kriminalität nach der Grenzöffnung zurück. „Das was wir bisher an stationären Grenzkontrollen hatten, hat ja mehr Staus verursacht, als dass die professionellen Verbrecher abgehandelt wurden.“ Schäuble sagte, durch die Erweiterung des Schengen-Raumes entstehe mehr Sicherheit. Der Wegfall der Personkontrollen an den Grenzen werde durch die engere und bessere grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Polizei wettgemacht. „Das Leben für Verbrecher wird schwieriger, weil sie nicht wissen, wo die Polizei ist“, sagte Schäuble in Zittau.

Meseberg im Ausnahmezustand



Meseberg im Juni 2008 – das kleine Örtchen ist hermetisch abgeriegelt. Bis zu 1.800 Polizisten aus Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Berlin sind vor Ort.

Es herrschte die höchste Sicherheitsstufe. Auf Einladung von Bundeskanzlerin Angela Merkel hielten sich der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, George W. Bush, und seine Ehefrau Laura vom 10. bis 11. Juni im Gästehaus der Bundesregierung im Schloss Meseberg (LK Oberhavel) auf. Während des zweitägigen Aufenthaltes wurde der komplette Ort für den Durchfahrtsverkehr gesperrt, ausgenommen waren Anwohner und „berechtigte Personen“. Zuvor wurden alle Gullydeckel und Briefkästen versiegelt und der Huhnewowsee von Tauchern durchsucht. Der Besuch verlief ruhig, in Meseberg kehrte schnell wieder Ruhe ein.



Mit digitalen Messgeräten gegen Temposünder

2008 war es soweit. Mit der Erprobung der neuen Geschwindigkeitsmessgeräte ESO 3.0 und Poliscan-Speed wurde das digitale Zeitalter der Verkehrsüberwachung eingeläutet. Die neuen Geräte brachten eine Reihe von Verbesserungen gegenüber der alten Technik. Musste zuvor abgewartet werden, ob die Fotos der „Verkehrssünder“ tatsächlich verwertbar waren, konnten nun gleichzeitig die Geschwindigkeit gemessen und bei Verstoß digitale Bilder erstellt werden, deren Qualität sofort erkennbar war. Der bisherige Filmwechsel entfiel. Außerdem wurde es nun möglich, erstmals sowohl die ankommenden als auch die abfließenden Verkehrsströme zu überwachen. Die leichtere Handhabbarkeit der Geräte ließ die Auswertequote deutlich ansteigen.



Mit Sprechererkennung Kinderpornografie-Fall aufgeklärt

Bei einer Internetrecherche des zuständigen BKA-Bereiches wurden zwei Videosequenzen festgestellt, die den schweren sexuellen Missbrauch eines etwa fünfjährigen Mädchens zeigen. Aus dem Sprechtext ergab sich eine Großvater-Enkel-Beziehung zwischen Täter und Opfer. Die Spezialisten der Sprecher-Erkennung im brandenburgischen LKA führten im Auftrag des BKA im Rahmen des eingeleiteten Ermittlungsverfahrens eine spezifische Dialektanalyse durch. Im Ergebnis konnte die Herkunft des Täters auf einen engen Bereich in der Niederlausitz eingegrenzt werden.

Die anschließenden polizeilichen Ermittlungen des BKA sowie der LKÄ Sachsen und Brandenburg führten zu Opfer und Täter, die aus Hoyerswerda bzw. Spremberg stammen. Am 24. April 2008 konnte daraufhin ein 53-jähriger Mann als dringend Tatverdächtiger durch die Cottbusser Polizei festgenommen werden.



Anti-Konflikt-Team löst „Abwasserprobleme“



Der (Zwangs-)Anschluss des Grundstücks einer Rauener Familie an das Abwassersystem des örtlichen Zweckverbandes löste 2008 viele Diskussionen aus. Ein Gerichtsurteil lag vor, der Anschluss sollte Ende April 2008 erfolgen. Doch die Betroffenen wehrten sich.

Vor Ort in Rauen standen sich Rechtsanwälte, Vollstreckungsbeauftragte und Sympathisanten der betroffenen Familie gegenüber. Dazwischen, von Medienvertretern beobachtet, die Fürsten-

walder Polizei, die Vollzugshilfe leisten sollte. Die löste den Streit auf unkonventionelle Weise mit dem Einsatz eines Anti-Konflikt-Teams (AKT). Es folgte ein Treffen aller Beteiligten auf neutralem Boden in der Polizeiwache Fürstenwalde. Die Polizei in der Rolle als Mediator, kein AKT typischer Einsatz. Am Ende konnte eine deutliche Annäherung der Positionen erreicht werden.



Von PASS zu POLAS

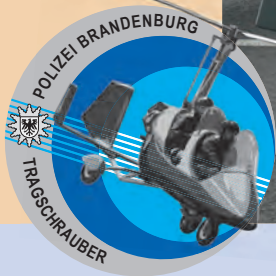
Das Polizeiliche Auskunftssystem Strafsachen (POLAS) ist seit 2008 das brandenburgisch-polizeiliche Landesdatenhaltungssystem. POLAS dient den Polizeibehörden des Landes Brandenburg zur Verarbeitung von Informationen zur Gefahrenabwehr einschließlich der vorbeugenden Bekämpfung von Straftaten, der Strafverfolgung (Aufklärung von Straftaten) sowie anderen für die polizeiliche Aufgabenerfüllung relevanten Vorkommnissen. Es werden unter anderem Personenfahndungen, Kriminalaktennachweise, Haftdaten, Erkennungsdienstliche Maßnahmen, Personengebundene Hinweise, Sachfahndungen und Falldaten gespeichert. POLAS wird über die ComVor-POLAS-Schnittstelle durch ComVor oder direkt über den POLAS-Änderungsclient mit Daten befüllt. POLAS selbst ist das Quelldatensystem für die PKS und bedient zudem INPOL-Zentral. Des Weiteren wird der Zugriff auf das Zentrale Verkehrsinformationssystem des KBA (ZEVIS), das Ausländerzentralregister (AZR) des BVA sowie auf die Daten des Schengener Informationssystem (NSIS) realisiert. POLAS löste am 1. Januar 2008 die bisher verwendeten Systeme PASS und INPOL-Land ab. Mit der Version 6.1 nutzen Spezialisten seit Anfang 2011 ein System zur Gesichtserkennung. Die Implementierung der DNA-Analysedatei in POLAS folgt.

Rechtsextremistische „Heimattreue Deutsche Jugend“ verboten

Im Rahmen eines durch das Bundesministerium des Innern eingeleiteten vereinsrechtlichen Ermittlungsverfahrens gegen die „Heimattreue Deutsche Jugend“ (HDJ) wurden am 9. Oktober 2008 in 14 Bundesländern insgesamt 101 Objekte durchsucht. Die Maßnahmen richteten sich gegen 88 Mitglieder und Sympathisanten der als rechtsextremistisch eingestuft HDJ. Brandenburg bildete mit 14 Objekten und 18 betroffenen Personen den Schwerpunkt der Maßnahmen. Unter den Betroffenen befanden sich u. a. der 1. Bundesvorsitzende des Vereins, der NPD-Landvorsitzende von Berlin sowie ein bekannter Szene-Rechtsanwalt. Das Verbot ist zwischenzeitlich rechtskräftig.

Tragschrauber – Flüge ohne Zulassung?

Umstritten war das „Projekt Tragschrauber“ von Anfang an. Im Herbst 2008 nahm die Kritik zu. Verschiedene Medien berichteten im September über eine fehlende Betriebserlaubnis für die durch die Brandenburger Polizei zu Testzwecken eingesetzten Tragschrauber. Ein Gutachten belegte später, dass der Betrieb nicht rechtswidrig war. Die Kritik am gesamten „Projekt Tragschrauber“ hielt ungeachtet dessen weiter an. Minister Schönbohm gab ein Jahr darauf dennoch „grünes Licht“ für den Tragschrauber und entschied diesen als Einsatzmittel freizugeben. Endgültig gestoppt wurde der Einsatz von Nachfolgeminister Speer.



Entlassung von Sexualstraftäter sorgt für Unruhe

Am 15. April 2008 wurde der Joachimsthaler Sexualstraftäter Werner K. aus der JVA entlassen. Das forensische Gutachten geht von einer hohen Rückfallwahrscheinlichkeit aus. Als die Entlassung und Rückkehr von Werner K. bekannt wird, kommt es zu einer erheblichen Beunruhigung und zu Protesten in Joachimsthal. Ein hohes Medieninteresse und eine entsprechende Berichterstattung folgten. Um die Bevölkerung zu beruhigen, eskalierende Situationen zu verhindern und Vertrauen wieder aufzubauen, reagiert die Polizei mit umfassenden und langfristigen Maßnahmen wie beispielsweise Observationen. Diese binden viele Polizei-Kräfte.

Von Anfang an involviert ist auch Revierpolizist Toralf Stiebler. Als Repo hat er das Vertrauen der Joachimsthaler Einwohner und ist in der Lage auf sie einzuwirken. In seinem

Revier ist er anerkannt und immer mit den Menschen im Gespräch. So gelingt es ihm, immer auf Gerüchte zu reagieren und die Fragen der Leute zu beantworten. Da Werner K. freiwillig einen engen Kontakt zu ihm hält, weiß er auch über ihn genau Bescheid. Inzwischen ist es ruhiger in Joachimsthal geworden. Die Menschen leben wieder gern hier. Toralf Stiebler hat einen wesentlichen Anteil daran.



*Beruhigt durch Kommunikation:
Revierpolizist Toralf Stiebler*



Flaggschiff der WSP modernisiert



Der 15-jährige landesweite Einsatz hatte Spuren an der WSP 1, dem Flaggschiff von Brandenburgs Wasser- und Schiffschutzpolizei, hinterlassen. Es zeigten sich deutliche Verschleißerscheinungen am Schiffskörper, am Antrieb und an der technischen Ausrüstungsanlage.

So führte der vorerst letzte Weg der WSP 1 im September 2007 in eine Werft bei Oranienburg. Nach gut zehnmönatiger Sanierung konnte die WSP 1 im Juli 2008 ihren Dienst wieder aufnehmen. Das Schiff wurde für rund 1,1 Mio € von Grund auf saniert, was deutlich günstiger als ein Neukauf war. Neben der Instandhaltung und Mo-

dernisierung aller schiffstechnischen Anlagen und Systeme wurden auch die Platzverhältnisse optimiert. Eine moderne Navigations- und Kommunikationsausrüstung sowie die erweiterte polizeispezifische Ausrüstung haben das Schiff fit für zukünftige Aufgaben gemacht. Komponenten wie vernetzte PC-Arbeitsplätze, Bildempfangsanlage und ein entsprechend ausgestatteter Führungsraum sorgen dafür, dass die WSP1 bei besonderen Einsatzlagen schnell zur „schwimmenden Befehlsstelle“ wird. Das im Jahr 2003 aufgelegte Bootsneubauprogramm fand mit dieser Indienststellung seinen „krönenden“ Abschluss.



Nach erfolgreicher Vorlaufphase nahm die zentrale Beschaffungsstelle (ZfB) im ZDPol am 1. Juli 2008 offiziell ihre Arbeit auf. Die ZfB bietet den Dienststellen der Brandenburger Landes- und Kommunalverwaltung von der Produktberatung über die Auftragsvergabe bis zur Warenlieferung einen zentralen Beschaffungsservice an. Über 8.000 Artikel sind vorhanden.

Vom Büropapier, über IT-Technik und Bekleidung bis hin zum Dienstwagen – die Kunden können von nun an fast alles über das Online-Warenhaus des ZDPol per Mausklick bestellen. Darüber hinaus übernimmt die ZfB auch die Beschaffung von sogenannten Nicht-Standard-Produkten. Neben Feuerwehreinsatz- u. a. Spezialfahrzeugen, zählen hierzu auch Büroausstattungen mit speziellen Anforderungen. So soll zukünftig auch die Ausstattung des neuen Landtagsgebäudes über die ZfB erfolgen.

Büroartikel und Dienstwagen per Mouseklick



Warum Sie uns glauben können – die Akkreditierung des Kriminalwissenschaftlichen Zentrums



Dr. Benno Schultz, Leiter des Kriminaltechnischen Institutes, mit Dieter Büddefeld, damals Direktor des LKA

Der Begriff Akkreditierung (lat. *accredere*, Glauben schenken) wird in verschiedenen Bereichen benutzt, um den Umstand zu beschreiben, dass eine allgemein anerkannte Instanz einer anderen das Erfüllen einer besonderen (nützlichen) Eigenschaft bescheinigt. Akkreditieren heißt vereinfacht, Kompetenz zu bestätigen, zum Beispiel zur Durchführung von Prü-

fungen oder Inspektionen. Im Rahmen der Akkreditierung wird durch Experten überprüft, ob eine Stelle die für sie relevante Norm einhält.

Das Brandenburger Landeskriminalamt hat 2009 ein Qualitätssiegel für seine kriminaltechnische Arbeit erhalten. Die Staatliche Akkreditierungsstelle in Hannover (AKS) hat das Kriminalwissenschaftliche Zentrum (KWZ) nach der entsprechenden DIN-Norm (DIN EN ISO/IEC 17025:2005 „Allgemeine Anforderungen an die Kompetenz von Prüf- und Kalibrierlaboratorien“) für sein Qualitätsmanagement (QM) und die Zuverlässigkeit von wesentlichen Untersuchungsverfahren in fünf Prüfbereichen akkreditiert.

Während der zweitägigen Begutachtung überzeugten sich vier externe unabhängige Begutachter und Fachexperten davon, dass ein geeignetes QM-System betrieben wird und überprüfen die Umsetzung der normativen Anforderungen. Im Dezember 2009 wurde die Akkreditierungsurkunde von der AKS an den Direktor des LKA übergeben.

Speer wird Innenminister – Polizeireform bereits im Gepäck

Im November 2009 wurde Rainer Speer Innenminister des Landes Brandenburg. Im Gepäck hatte er den Auftrag, die Polizeistrukturen zu reformieren. Zur Vorbereitung der notwendigen Entscheidungen setzte er eine Expertenkommission ein. Auf der Grundlage deren Berichtes sollte später ein Konzept zur „Mittelfristigen Stellenentwicklung und notwendigen Strukturveränderungen bei der Polizei“ entstehen. Als Orientierungsgröße künftiger Planstellen bei der Polizei wurde der Kommission die „Zielzahl 7.000“ vorgegeben.



Forstbeschäftigte verstärken KMBD

Seit 2007 unterstützt der Kampfmittelbeseitigungsdienst (KMBD) die Landesforstverwaltung Brandenburg bei der Holzzernte sowie bei Pflegemaßnahmen im Landeswald. In den Pflegeblöcken, die in einer Kampfmittelverdachtsfläche liegen, werden die Arbeitsschneisen für die Holzernemaschinen zur Sicherheit nach Kampfmitteln abgesucht. Dabei kommen auch als Räumstellenhilfskräfte ausgebildete Forstarbeiter zum Einsatz. Im September 2009 wurde der ZDPol durch sechs Forstbeschäftigte aus der Landesforstverwaltung verstärkt. Diese sind in verschiedenen Arbeitsbereichen und Standorten des KMBD eingesetzt.

Sicherheitsoffensive gegen LKW-Unfälle

Schwere LKW-Unfälle mit lang andauernden Staus sind leider keine Einzelfälle. Unter der Schirmherrschaft des damaligen Polizeipräsidenten Rainer Kann startete das Polizeipräsidium Potsdam am 10. Juni 2009 eine Sicherheitsoffensive mit dem Schwerpunkt LKW. An insgesamt 7 Kontrollstellen auf den Autobahnen A2, A9, A10 und A24 wurden vorrangig LKW's kontrolliert. Allein an der Kontrollstelle Walsleben auf der A24 beanstandeten die Beamten 45 von 60 kontrollierten Fahrzeugen! „Auch die heutigen Ergebnisse zeigen mit erschreckender Deutlichkeit, in welchem Maße Vorschriften im LKW-Verkehr missachtet werden. Daraus folgen gravierende Gefahren für die Verkehrsteilnehmer, die wir im Interesse der Verkehrssicherheit bekämpfen müssen“, betonte Rainer Kann bei der Auftaktveranstaltung.



Videosysteme zur Eigensicherung



2009 wurden erstmalig 40 Funkstreifenwagen mit Videosystemen zur Aufzeichnung von Anhalte- und Kontrollvorgängen im Straßenverkehr und zur Erhöhung der Eigensicherung der Polizeibeamten im Wach- und Wechseldienst ausgestattet und erprobt. Im Ergebnis dieser Erprobung wurde der Einsatz der Videotechnik positiv bewertet und als wesentliche Optimierung der Eigensicherung

eingeschätzt. Vor diesem Hintergrund wurde entschieden, künftig zu beschaffende Funkstreifenwagen grundsätzlich mit Videotechnik zur Eigensicherung auszustatten. Der ZDPol wurde gleichzeitig beauftragt, weiterhin gemeinsam mit der Industrie den serienreifen Einbau IP-fähiger Videotechniken voranzutreiben.

Mord am Polizisten Steffen M.



Lauchhammer: Am 23. November 2009 wurde der Polizeibeamte Steffen M. Opfer eines Gewaltverbrechens. Seine Frau fand den 46-jährigen leblos vor seiner privaten Garage. Der Polizeihauptkommissar wies schwere Stich- und Schädelverletzungen auf. Der oder die Täter flüchteten mit dem Auto des Opfers, einem grauen Opel Vectra. Die Polizei fahndete kurze Zeit

später mit einem Blitzerfoto und hoffte auf Hinweise aus der Bevölkerung zu dem auf dem Foto abgebildeten Tatverdächtigen. Das Fahrzeug wurde einen Tag nach der Tat in der Nähe der Ortschaft Blochwitz im Landkreis Riesa-Großenhain (Sachsen) aufgefunden. Es wies Beschädigungen an der Front, der Fahrertür und am Heck auf. Die Heckstoßstange fehlte komplett.

Zahlreiche Hinweise aus der Bevölkerung gingen bei den Ermittlern der Mordkommission ein. Ein Jahr später führte die Spur zu zwei Tatverdächtigen aus Sachsen. Sie wurden festgenommen. Eine Haftrichterin lehnte einen Haftbefehl ab. Die Indizien reichten nicht aus. Es wird weiter ermittelt.

Die Polizei bittet um Mithilfe
Mord an einem Polizeibeamten in Lauchhammer

Am Montag, dem 23.11.2009 wurde in der Zeit zwischen 18:00 Uhr und 20:30 Uhr der Polizeibeamte Steffen M., 46 Jahre, Opfer eines Gewaltverbrechens.

In diesem Zusammenhang wurde das Fahrzeug des Opfers, ein grauer PKW Opel Vectra mit dem amtlichen Kennzeichen OSL-9 154 entwendet. Die Polizei fahndet jetzt nach der auf dem Foto abgebildeten Person.

Das Fahrzeug wurde am Dienstag, dem 24.11.2009 gegen 04:30 Uhr in der Nähe der Ortschaft Blochwitz im Landkreis Riesa-Großenhain, Freistaat Sachsen, nahe der Grenze zum Land Brandenburg, aufgefunden. Es wies Beschädigungen an der Front, der Fahrertür und am Heck auf. Die hintere Stoßstange fehlte komplett.

Person?
 am 23.11.2009, 18:30 Uhr
 sehen?
 den können, bitte an die
 3330335,
 oder
 n, haben das
 Brandenburg



Ermittler nach Freilassung enttäuscht

Tatverdächtige bleiben im Visier der Polizei

gungen Tatverdacht überzeugt werden. Dazu müsste die Beweissituation so sein, dass eine Verurteilung wahrscheinlich ist. Nichtsdestotrotz bleiben beide Tatverdächtige in den Unterlagen der Polizei weiterhin als beschuldigt eingetragen. „Wir sind ganz nah dran“, sagte Arne Feuring, Präsident des Polizeipräsidenten Fränkfort (Oder), gestört bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit der Staatsanwaltschaft. Stichbälle Beweise und ein Tarnstoff fehlen indes. Bisher haben die Ermittler die Aussage eines Gutachters, wonach es zwar relativ wahrscheinlich, aber eben nicht sicher ist, dass der 37-jährige S. jener Mann ist, der nach der Tat im Auto des Opfers gebüzt wurde. Der Leitende Oberstaatsanwalt Bernhard Brocher kündigte weitere Untersuchungen des Blitzerfotos an.

Auch die sicher gestellten DNA-Spuren vom Tatort und dem einen Tag später gefundenen Fährzeug müssen weiterhin untersucht werden.

Behörden schätzen Fluchtgefahr als eher gering ein

Polizistenmord: Verdächtige wieder frei

Richterin in Cottbus lehnte Haftbefehl ab

LAUCHHAMMER - Die Enttäuschung war den Männern von Polizei und Staatsanwaltschaft, die am Freitag in Cottbus vor die Presse traten, deutlich anzusehen. Am Tag zuvor hatte eine Haftrichterin am Amtsgericht Cottbus den Ermittlern den Haftbefehl für einen Hauptverdächtigen versagt. Bernhard Brocher, Chef der Cottbuser Staatsanwaltschaft, bemühte sich um Schadensbegrenzung - und darum, die Hintergründe der beiden vorläufigen Festnahmen vom Mittwoch zu erklären. Beamte der Mordkommission hatten in Gröditz bei Riesa den 37-jährigen Vadim S. und den 28-jährigen Alexander V. als Tatverdächtige festgenommen. Beide seien in Polen wegen eines Drogendelikt bereits polizeilich aufgefallen. Die Ermittler setzten darauf, dass die Aussagen der beiden Männer im Abgleich mit Spuren und Hinweisen aus der Bevölkerung ausreichen, um zumindest Vadim S. in

Verdächtige im Polizistenmord sind frei

Indizien reichten für Haftbefehle nicht aus. Staatsanwaltschaft kündigt weitere Ermittlungen an

■ VON MAREN WITTE

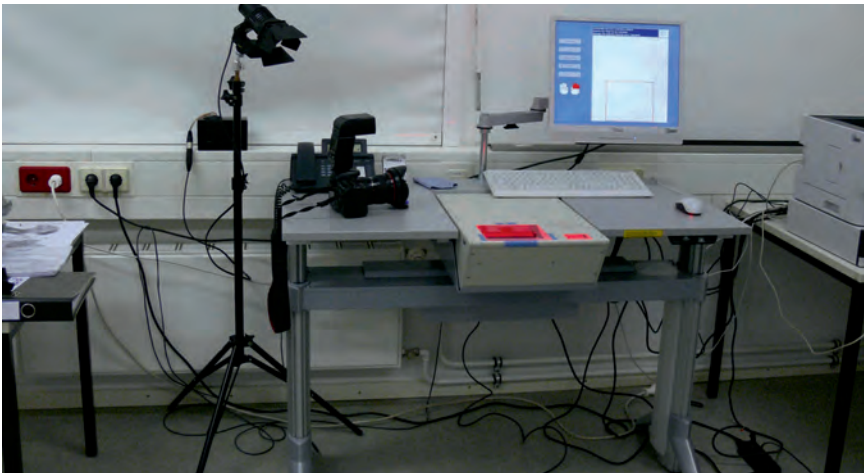
COTTBUS - Es ist ein Hoffnungsstimmchen gewesen auf der Suche nach dem Täter, der ihren Kollegen ermordet hat. Doch für die Brandenburger Polizisten währte die Hoffnung nicht lange. Nach nur zwei Tagen mussten die im Zusammenhang mit dem Polizistenmord in Lauchhammer (Oberspreewald-Lausitz) festgenommenen Tatverdächtigen wieder auf freien Fuß gesetzt werden. Die Beweise gegen die beiden aus Kasachstan stammenden Männer reichten nicht aus. Die Haftrichterin habe es abgelehnt, eine Haftbefehl gegen den 37 Jahre alten Mann aus Nordkasachstan zu erlassen, sagte der leitende Oberstaatsanwalt Bernhard Brocher gestern auf einer gemeinsamen Pressekonferenz von Polizei und Staatsanwaltschaft in Cottbus. Gegen den zweiten Tatverdächtigen im Alter von 28 Jahren sei von der Staatsanwaltschaft kein Antrag auf Haftbefehl gestellt worden. Die Staatsanwaltschaft sei aber weiterhin von der Schuld des 37-jährigen überzeugt und sich sicher, den Mörder gefunden zu haben, sagte Brocher. Es werde nun geprüft, ob gegen die Entscheidung des Amtsgerichts Cottbus Beschwerde eingelegt werde, erklärte der Oberstaatsanwalt. Beide Männer würden weiter unter Tatverdacht stehen.

Mord an Polizeibeamten

- **Uwe Lieschied** Am 17. März 2006 wurde der Polizist Uwe Lieschied in Neukölln von einem Drogenhändler erschossen. Der Hauptkommissar wollte mit Kollegen zwei Verdächtige an der Hasenheide kontrollieren. Daraufhin gab der Täter mehrere Schüsse ab.
- **Roland Krüger** 2003 starb ein SEK-Beamter während eines Einsatzes. Roland Krüger wollte mit Kollegen einen Libanesen in dessen Neuköllner Wohnung festnehmen. Der Täter schoss sofort auf den Beamten und verletzte den SEK-Mann tödlich.
- **Zahl** Seit Ende des Zweiten Weltkriegs sind in Berlin 30 Polizisten während der Ausübung ihres Dienstes ums Leben gekommen. Am Totensonntag wurden bei einer Gedenkfeier erstmals die Namen aller Betroffenen im Polizeipräsidium in Tempelhof verlesen. mtt

überrascht hatte, ist nach wie vor unklar. Anfänglich war spekuliert worden, ob die Tat im Zusammenhang mit dem Beruf des Opfers stand. Aber der Polizist trug zur Tatzeit keine Uniform und war auch nicht im Dienst. Nach dem Mord flüchteten die Täter mit dem Wagen von Steffen M. Noch am gleichen Tag wurde das Auto auf einer Landstraße zwischen Meißen und Riesa in Sachsen von einer Radaranlage gebilzt. Auf dem Foto ist ein 20 bis 40 Jahre alter Mann am Steuer des Wagens zu sehen. Der durch einen Unfall leicht beschädigte Wagen wurde einen Tag später in der Nähe des sächsischen Stadt Ortrand gefunden. Knapp drei Monate nach dem Mord gingen die Brandenburger Ermittler mit dem Blitzerfoto an die Öffentlichkeit und baten die Bevölkerung um Mithilfe. Bis diesem Zeitpunkt waren schon mehr als 1000 Hinweise beim Landeskriminalamt eingegangen und 130 Anwohner in Lauchhammer-Ost befragt worden. Zudem setzten das brandenburgische Justiz- und Innenministerium für Hinweise, die zur Aufklärung der Tat beitragen würden, eine Belohnung von 10 000 Euro aus. Daraufhin wurden im März zwei Personen aus Lauchhammer vorübergehend festgenommen. Doch auch dieser Verdacht bestätigte sich nicht. „Wir halten den 37 Jahre alten Beschuldigten weiterhin für den Mann, der auf dem Blitzerfoto abgebildet ist“, sagte Oberstaatsanwalt Borcher gestern. Die Staatsanwaltschaft kündigte an, die Ermittlungen fortzusetzen.

Erkennungsdienst digital



Nach einer etwa eineinhalbjährigen Projektphase im ZDPol wurde „Erkennungsdienst digital“ (ED-Di) 2009 landesweit in Betrieb genommen. Seitdem liegen die Erfassung des Tatverdächtigen/Beschuldigten mit der dazugehörigen Personenbeschreibung und das Einstellen digitaler Täterlichtbilder und Fingerabdrücke technisch in einer Hand. Die in diesem Zusammenhang eingeführte Livescantechnik ermöglicht die digitale Erfassung der Fingerabdrücke. Die Eintragungen erfolgen direkt in POLAS. Durch die Weiterentwicklung innerhalb des bundesweiten Arbeitskreises ED-Di ist seit 2010 auch die Erfassung der Ausweisdokumente des Tatverdächtigen/ Beschuldigten in POLAS möglich.

Lang erwartet und herbeigeseht ... der Toilettenkraftwagen

Nur allzu oft konnte man verfolgen, wie Besatzungen vollbesetzter Halbgruppenwagen die nächstgelegene Polizeidienststelle oder öffentliche Einrichtungen wie Hotels oder Restaurants aufsuchten, um ihre Notdurft verrichten zu können.

2008 konnte der Personalrat den damaligen Innenminister Schönbohm von der Notwendigkeit eines Toilettenkraftwagens überzeugen. Der ZDPol wurde mit der Beschaffung eines geeigneten

Fahrzeuges beauftragt und in Zusammenarbeit mit der Technischen Einsatz Einheit (TEE) wurden entsprechende Pläne für den Fahrzeugbauer erarbeitet.

Am 7. August 2009 war es dann soweit: Der Toilettenwagen der Polizei Brandenburg (ugs. ToiKw genannt) hatte Premiere. Seitdem ist er ständiger und unentbehrlicher Begleiter polizeilicher Großeinsätze im eigenen Land oder zur Einsatzunterstützung in anderen Bundesländern.



Ex-Stasi-Mitarbeiter bei der Polizei – alte Debatte und neue Aufregung

Donnerstag, 4. Juni 2009

DIE WELT

Hunderte Stasi-Mitarbeiter bei Brandenburgs Polizei

Auch Landeschef der Gewerkschaft soll IM gewesen sein – Politiker fordern komplette Überprüfung
Von Gudrun Mallwitz

Im Juni 2006 berichtete eine RBB-Reporterin, die Brandenburger Polizei „sei stasidurchsetzt“. Dies löste eine Debatte im Land aus. Das Kabinett lehnte eine erneute Stasi-Überprüfung ab. Das Innenministerium wollte „in Einzelfällen noch einmal genauer hinsehen“ und tat dies auch. Das Thema ließ Öffentlichkeit und Polizei auch danach nicht los. Eine Novelle des Stasiunterlagengesetzes sorgte Ende 2011 für mehr Klarheit und Perspektive in dieser sensiblen Frage. Ende April 2012 einigte sich die Landesregierung auf neue einheitliche Grundsätze für Stasi-Überprüfungen im Öffentlichen Dienst.

Rockerverein „Chicanos MC Barnim“ wird verboten



Bereits Ende 2008 wurde die Zunahme von gewalttätigen Auseinandersetzungen von Mitgliedern rivalisierender Motorradclubs durch die Polizei festgestellt. Im April 2009 gründete sich der „Chicanos MC Barnim“. Schon bald darauf eskalierten Auseinandersetzungen u.a. mit den Hells Angels.

Als am 21. Juni 2009 in Finowfurt ein Mordanschlag verübt wird, ergeben akribische Ermittlungen, was sich hinter dem Sachverhalt tatsächlich verbirgt, der zunächst als schwerer Verkehrsunfall gemeldet wird. Mitglieder der Bandidos hatten Anhänger der Hells Angels mit Macheten, Messern und Baseballschlägern überfallen und schwer verletzt. Einem Opfer wurde mit einer

Machete ein Bein nahezu abgetrennt. Eberswalder Polizeibeamten erkannten bereits im ersten Angriff, dass sie es hier nicht einem Unfall, sondern mit einer schweren Straftat zu tun haben. Die weiteren Ermittlungen wurden durch das Kommissariat Schwere Kriminalität und das LKA geführt. Die Straftat wurde aufgeklärt.

Das Innenministerium reagiert vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen prompt. Am 24. August 2009 wird der Verein „Chicanos MC Barnim“ verboten. „Das Verbot ist ein klares Signal, dass wir dem Rokerunwesen mit allen rechtlich zu Gebote stehenden

Mitteln entgegentreten und die Entstehung und Ausbreitung krimineller Vereinigungen nicht dulden. Die Szene wäre gut beraten, dieses Zeichen unserer Entschlossenheit sehr ernst zu nehmen“, wird der Innenminister in einer Pressemitteilung des MI zitiert.



Dietmar Woidke wird Innenminister

Der Landtag beschließt im Dezember die Polizeireform



Im Oktober 2010 wird Dietmar Woidke Innenminister, zwei Monate später beschließt der Landtag das Polizeistrukturereformgesetz. Das durch die Expertenkommission vorbereitete Konzept des Innenministers wurde dem Landtag vorgelegt. Zusätzlich wurde der Gesetzentwurf für ein Polizeistrukturereformgesetz „Polizei2020“ förmlich zugeleitet. Weitere von der Kommission empfohlene und von der Landesregierung vorgeschlagene Änderungen – wie die Einrichtung der Direktionen und die neue Struktur der Liniendienststellen – waren nicht Gegenstand des Gesetzentwurfes.

Mit der Reform sollte die Organisation gestrafft werden. Die zwei Polizeipräsidien wurden zu einem zusammengeführt, welches die Landeseinsatzeinheit und das Landeskriminalamt einschließt. Die bisherigen 15 Schutzbereiche wurden zu vier Polizeidirektionen zusammengeführt. Unterhalb der Direktionen gibt es nun Inspektionen mit Polizeirevieren und einer Revierpolizei.

Medienpreis an Kurt Westergaard – 300 Polizisten im Einsatz



Am 8. September 2010 wurde der dänische Karikaturist Kurt Westergaard in Potsdam mit dem Medienpreis M100 ausgezeichnet. Kein einfacher Einsatz für die Polizei, die mit rund 300 Beamtinnen und Beamten im Einsatz war. Polizeiführer LPD Ralf Marschall: „Das war ein außergewöhnlich interessanter Einsatz. Die Besonderheit bestand in der Person des Preisträgers, der als Mohammed-Karikaturist weltweit bekannt ist und für seine Karikaturen mit dem Tode bedroht wird. Aus dieser Situation erwuchs ein besonderes

Schutzbedürfnis des Preisträgers, dem wir mit unserem Einsatz Rechnung trugen. Da die Preisverleihung durch die Bundeskanzlerin persönlich vorgenommen wurde und eine weltweite TV-Übertragung erfolgte, arbeiteten wir auch mit dem BKA eng zusammen. In mehreren Vorbesprechungen wurde ein gegenseitiges Verständnis erzeugt, das wesentlich für die sehr gute Zusammenarbeit zwischen allen Beteiligten am Einsatztag und den späteren erfolgreichen und störungsfreien Verlauf des Gesamteinsatzes war.“

Tragik auf der Autobahn- 14 Tote bei Busunfall

Ein polnischer Bus mit 49 Insassen war bei dem Unfall am 26. September 2010 am Schönefelder Kreuz gegen einen Brückenpfeiler geprallt. 14 Tote und 38 Verletzte, darunter viele Schwerverletzte, waren die tragische Bilanz dieses Unfalls. Alle Businsassen aus dem Ort Slocieniec (Falkenburg), 90 Kilometer östlich von Stettin, waren Beschäftigte eines polnischen Forstbetriebes und auf dem Rückweg von einer einwöchigen Urlaubsreise in Spanien. Der Unfall führte zu einem Großeinsatz von 250 Brandenburger und Berliner Rettungskräften sowie mehr als 50 Polizisten aus dem Schutzbereich Dahme-Spreewald. Sechs Hubschrauber brachten die Verletzten in Krankenhäuser in Brandenburg und Berlin.

Noch in der Nacht zum Montag machten sich 2 Reisebusse mit insgesamt 120 Angehörigen aus Slocieniec auf den Weg nach Königs Wusterhausen ins Achenbach-Krankenhaus. Nach dem sie gegen 10 Uhr eingetroffen waren, wurden sie vom Leiter des Schutzbereiches und vom Landrat Dahme-Spreewald über den Gesundheitszustand ihrer Verwandten informiert. Wenig später fuhren sie dann per Taxi zu den Krankenhäusern in Brandenburg und Berlin, in denen die Unfallopfer versorgt wurden.

Polens damaliger Botschafter Marek Prawda lobte sowohl den Rettungseinsatz von deutscher Feuerwehr und Polizei als auch die Betreuung der polnischen Angehörigen in den Folgetagen als „professionell und schnell“. Das sei „eine beachtliche Leistung“ gewesen.

„Storch-Auftrag“ für LKA



Im Frühjahr 2010 ließ sich in Biegen (Landkreis MOL) ein Storch mit blau eingefärbtem Federkleid nieder, der auch überregional für Aufsehen sorgte. Das LKA erklärte sich auf Anfrage bereit, der Ursache der Blaufärbung auf den Grund zu gehen. Im Dezernat Forensische Chemie wurde dazu eine in Biegen gefundene blaugefärbte Feder mit Hilfe verschiedener instrumenteller Analysetechniken untersucht. Die Spekulationen um ein Natur-Phänomen erwiesen sich als falsch. Im Ergebnis der Untersuchungen wurde festgestellt, dass die Blaufärbung auf ein organisches Pigment aus der Gruppe der synthetisch hergestellten Kupferphthalocyanine zurückzuführen war, die besonders reine und intensive Farbtöne aufweisen. Informationen über den Ort und den Zeitpunkt der Einfärbung der vorgelegten Feder ließen sich aus diesem Ergebnis allerdings nicht ableiten.

Unglück auf dem Berliner Ring: Polens Regierungschef Tsak und Brandenburgs Premier Platze

Grausames Ende einer Spanien-Reise



13 Tote bei Busunfall

Polnische Reisegruppe verunglückt am Schönefelder Kreuz / Fahrzeug prallt gegen Brückenpfeiler

Schönefeld (dpa) Bei einem schweren Busunfall sind gestern am Schönefelder Kreuz (Dahme-Spreewald) 13 Menschen ums Leben gekommen. Nach ersten Erkenntnissen ist der mit Polen besetzte Bus kurz nach 10 Uhr von einem auf die Autobahn auffahrenden Auto abgedrängt worden. Es kam zu einem Zusammenstoß beider Fahrzeuge. Anschließend prallte der Bus in eine Leitplanke und gegen einen Brückenpfeiler. Der polnische Reisebus war mit 49 Insassen besetzt. Botschafter Marek Prawda (CDU) sprach dem polnischen Ministerpräsidenten Donald Tusk, der verletzt wurde, ihr Beileid aus.

Mit Wasser gegen Bomben

Der Umgang mit Langzeitzündern von Bomben wird immer gefährlicher. Um weiterhin sicher vorzugehen, müssen die Experten des Kampfmittelbeseitigungsdienstes (KMBD) bei der Entschärfung der Bomben mit Langzeitzündern neue Wege gehen. So wurde nach den Ideen des KMBD durch eine Spezialfirma ein Wasserschneidgerät zur Bombenentschärfung entwickelt und hergestellt. Ziel war es, dass kein Entschärfer mehr an der Bombe selbst

arbeitet. Das ist mit der neuen Technik gelungen. Das Gerät wird an die Bombe gestellt und kann problemlos die Zünder herauschneiden. Der Prozess wird ferngesteuert und per Videoübertragung beobachtet. In Kooperation mit der BTU Cottbus werden weitere Forschungsprojekte zur Technikentwicklung bei der Entschärfung und Vernichtung von Großbomben sowie der Gefährdungsreduzierung bei diesen Maßnahmen entwickelt.



Tornado wütete über Mühlberg



Pfingstmontag 2010, gegen 16:30 Uhr: Urplötzlich verdunkelte sich der Himmel und ein schrecklicher Sturm tobte über der Stadt. In nur 10 Minuten hinterließ er eine Spur der Verwüstung. Wie durch ein Wunder wurde kein Mensch verletzt. Jedoch gab es kein

Haus, welches nicht sichtbare Spuren davongetragen hatte. Dächer wurden einfach abgedeckt. Uralte Bäume, die schon vielen Stürmen getrotzt hatten, waren entwurzelt oder umgeknickt wie Streichhölzer. Eine stromlose, dunkle Nacht lag vor den Einwohnern der Stadt.

Die Sicherheit der Bewohner und der zahlreichen Einsatzkräfte der Feuerwehren und Hilfsorganisationen zu gewährleisten, stand für die Polizei nun auf der Tages- und Nachtordnung. Für die Mitarbeiter aus Elbe-Elster kam schnelle Unterstützung aus den Schutzbereichen Cottbus/Spree-Neiße, Teltow-Fläming und Oberspreewald-Lausitz sowie von der Landeseinsatzeinheit.



Brandanschlag auf das „Haus der Demokratie“ in Zossen

Am 22. Januar 2010 verübten drei Täter einen Brandanschlag auf das „Haus der Demokratie“ in Zossen. Im Rahmen der Ermittlungen wurde bekannt, dass der Brandanschlag durch Mitglieder bzw. Sympathisanten der örtlichen rechtsextremistischen Szene bereits seit Längerem, insbesondere vor dem Hintergrund der für Ende Januar 2010 geplante Gedenkveranstaltung anlässlich des „Weltholocaust-Gedenktages“, thematisiert worden war.

Im Juli 2010 wurden gegen die beiden Jugendlichen vor dem Amtsgericht Zossen die Urteile gesprochen. Gegen den Haupttäter und den zweiten jugendlichen Täter wurde das Verfahren eingestellt. Gegen den Anstifter wurde vor dem Amtsgericht Zossen Anklage wegen Anstiftung zur Brandstiftung erhoben.



Mit Gesichtserkennung zum Täter

Anwendung Person Sache Fall Mehrfachanfrage Aktion

GES-Recherche INPOL Trefferübersicht

Datum: 11.08.2011 (10:36) Recherche-NR: G121122300008 Kommentar: Alle auswählen Zurück

Suchbild	Trefferbilder mit Angaben zur Wahrscheinlichkeit				
	 Irrelevant <input type="checkbox"/>	 Irrelevant <input type="checkbox"/>	 Irrelevant <input type="checkbox"/>	 Irrelevant <input type="checkbox"/>	 Irrelevant <input type="checkbox"/>
	 Irrelevant <input type="checkbox"/>	 Irrelevant <input type="checkbox"/>	 Irrelevant <input type="checkbox"/>	 Irrelevant <input type="checkbox"/>	 Irrelevant <input type="checkbox"/>
	 Irrelevant <input type="checkbox"/>	 Irrelevant <input type="checkbox"/>	 Irrelevant <input type="checkbox"/>	 Irrelevant <input type="checkbox"/>	 Irrelevant <input type="checkbox"/>

Durch eine Recherche im digitalen Lichtbildbestand von INPOL-Zentral in POLAS ermöglicht das Gesichtserkennungssystem (GES) die Identifizierung von Personen, die im Verdacht stehen falsche Personalien zu benutzen bzw. unbekannt sind. Dieses Verfahren kommt dann zum Einsatz, wenn andere Identifizierungsverfahren wie z.B. Fingerabdruck oder DNA nicht möglich sind bzw. keine entsprechenden

Spuren vorliegen. Eine Vielzahl von bisher ungeklärten Straftaten, zu denen nur das Lichtbild einer unbekannt Person als Beweismittel/Tatmittel vorliegt, kann so durch die Recherche zur Täteridentifizierung führen.

2010 wurde mit der Ausbildung eines Mitarbeiters des LKA zum Lichtbildexperten und der Einrichtung eines entsprechenden GES-Arbeitsplatzes im LKA 413 (Kriminalistische Fotografie)

die Voraussetzung geschaffen, um den Wirkbetrieb für GES-Recherchen auch im Land Brandenburg aufzunehmen.

Das GES bietet als Ergebnis der Recherche eine nach Schwellenwerten (Grad der Ähnlichkeit) gestaffelte Trefferliste von Lichtbildern an. Das Trefferangebot muss anschließend durch einen Lichtbildexperten/Sachverständigen für Lichtbildvergleiche ausgewertet werden.



Berliner Polizei Onlinekunde beim ZDPol

Neben den eigenen Polizisten, den Bediensteten der Justiz Berlin und Brandenburg sowie der kommunalen Ordnungsämtern versorgt der ZDPol seit Anfang 2010 auch die rund 16.000 Hauptstadtpolizisten über sein Logistikcenter. Das Nachbarland hat sich nicht nur für die Dienstkleidung „Made in Brandenburg“ entschieden, sondern es nutzt auch die logistische Infrastruktur für die Dienstkleidungsversorgung. Eine entsprechende Verwaltungsvereinbarung unterzeichneten der Berliner Innensenator und Brandenburgs Innenminister Ende 2010. Die Brandenburger Dienstbekleidung konnte ebenfalls in Sachsen überzeugen, so dass auch dort der Uniformwechsel zur europäischen Polizeifarbe blau startete.

Kesy – Testphase beendet

Ende 2009 endete die Testphase der Nutzung der anlassbezogenen automatischen Kennzeichenfahndungssysteme (Kesy). Die Bilanz fiel positiv aus.

Seit 2007 nutzte die Polizei bei über 300 Anlässen ihre entsprechende Befugnis, die ihr der Landesgesetzgeber Ende 2006 eingeräumt hat. 31 Mal ging es dabei um die Abwehr konkreter Gefahren, in 301 Fällen unterstützte die neue technische Möglichkeit die Fahndung nach Straftätern.

„Die Erfolgchancen der Polizei sind deutlich besser“, bilanzierte der Inspekteur der Polizei, Jürgen Jakobs. Als Beispiele nannte er mehrere Einsätze bei Veranstaltungen von Rockerclubs, wo die Anreise gewaltbereiter Mitglieder rivalisierender Vereine verhindert und gefährliche Gegenstände rechtzeitig beschlagnahmt werden konnten. So gelang es beispielsweise im September 2009 dank des Einsatzes der automatischen Kennzeichenfahndung nach einem zuvor in Nordrhein-Westfalen verübten bewaffneten Banküberfall, die beiden Täterfahrzeuge auf der Autobahn festzustellen und drei osteuropäische Täter durch SEK-Kräfte festzunehmen. Nach den positiven Praxiserfahrungen der Testphase wurde die anlassbezogene automatische Kennzeichenfahndung mit Beginn des Jahres 2010 den Polizeibehörden übertragen.



Trotz 38-stündiger Vollsperrung – Megastau blieb aus



Der Berliner Ring zwischen den Dreiecken Nuthetal und Potsdam: Wenn der am stärksten frequentierte Autobahnabschnitt der neuen Bundesländer mit einem Durchlauf von ca. 90.000 Fahrzeugen (davon 25.000 LKW) pro Tag für ein Wochenende gesperrt werden soll, dann erfordert das nicht nur eine minutiöse Bauablaufplanung, sondern bedeutet auch für die Polizei viel Arbeit.

Vom 29. bis 31.10.2010 erfolgte die Vollsperrung des Streckenabschnittes für den Neubau einer Eisenbahnüberführung. Um einen durch einzelne Medien prognostizierten „Verkehrskollaps“ oder „Megastau“ zu verhindern, war eine professionelle Vorbereitung und Durchführung des Polizeieinsatzes erforderlich. Weit über ein Jahr vor

den geplanten Baumaßnahmen begannen so die Einsatzvorbereitungen unter Führung der Leiterin der Polizeiwache Beelitz/Autobahnwache Michendorf PR'in Solweig Bohn.

Mit Erfolg. Nach anfänglichen Stauerscheinungen konnte der Verkehrsfluss auf den Umleitungsstrecken bis zur Beendigung der Baumaßnahme schnell gewährleistet werden. Garanten für die erfolgreiche Einsatzbewältigung waren die Besetzung von neuralgischen Verkehrsknotenpunkten in Verbindung mit regulierenden Maßnahmen sowie eine intensive Verkehrsraumüberwachung aus dem Polizeihubschrauber mit Bildübertragung in die Befehlsstelle. Gefahrensituationen konnten so unter Einsatz von Beamten mit Einsatzkrädern zeitnah entschärft werden.

BAO Grenze bekämpft KFZ-Kriminalität



54 Ermittler im Einsatz

Sondereinheit „Grenze“ der Polizei soll Auto-Diebstähle in den Griff bekommen

Von Detlev Schönbach
Tresand (MZZ) Es ist bereits die dritte Sonderinheit, die Brandenburgs Polizei im Kampf gegen den Auto-Diebstahl gebildet hat. Doch jetzt wurde die Zahl der Ermittler von ursprünglich einem Dutzend auf 54 Mitarbeiter aufgestockt.

„Wir müssen die Entdeckungswahrscheinlichkeit für Autodiebe erhöhen, denn diese arbeiten auf Bestellung und sind damit auch unter Druck.“

Autodiebstähle in der Grenzregion



Die Grenzregion rüstet auf

Sonderkommission soll Autodieben das Handwerk gelegt werden
Spezialisten der Soko „Grenze“ verschieben beim Kampf gegen Autodiebe eine wichtige Wende. Nicht nur die Region um Frankfurt (Oder) ist dabei Zielort der Diebstahlschleifer.

Die Polizei in der Grenzregion rüstet sich auf den Kampf gegen Autodiebe. Die Sonderkommission „Grenze“ wird durch 54 Ermittler verstärkt. Die Polizei in der Grenzregion rüstet sich auf den Kampf gegen Autodiebe. Die Sonderkommission „Grenze“ wird durch 54 Ermittler verstärkt. Die Polizei in der Grenzregion rüstet sich auf den Kampf gegen Autodiebe. Die Sonderkommission „Grenze“ wird durch 54 Ermittler verstärkt.

Bundesweit steigt die Zahl der Fahrzeugdiebstähle. Brandenburg ist ebenfalls betroffen und nimmt als Transitland eine zusätzliche Sonderrolle ein. Um dieser Problematik zu begegnen, wurde im Oktober 2010 die BAO „Grenze“ gegründet. Die örtliche Zuständigkeit bezog sich anfangs auf den Bereich des ehemaligen Polizeipräsidiums Frankfurt (Oder). In einem zweiten Schritt wurde die Zuständigkeit im April 2011 auf das gesamte Polizeipräsidium ausgedehnt. In der BAO „Grenze“ arbeiten rund 90 Beamtinnen und Beamte aus den verschiedensten polizeilichen Bereichen. So konnten 2011 in Brandenburg 558 gestohlene Fahrzeuge sichergestellt werden. Allein 220 davon waren in anderen Bundesländern bzw. im Ausland gestohlen worden.

Soko „Grenze“ pfuscht Autodieben ins Handwerk

Insgesamt 170 Polizisten im Einsatz auf Autobahnen und Bundesstraßen

Mit einem Großaufgebot war die Polizei zu Wochenbeginn auf den Autobahnen 13 und 15 sowie der B 169 auf der Jagd nach Autodieben. Insgesamt 170 Beamte waren im Einsatz.

Und die Polizei sei erfolgreich gewesen. Bei knapp 1500 kontrollierten Fahrzeugen und fast 2000 kontrollierten Personen stellten sie insgesamt 23 Straftaten und 12 Ordnungswidrigkeiten fest. 35 Verwarrräuber wurden ausgesprochen. Vier Personen wurden der Weiterfahrt wegen Alkohol- oder Betäubungsmittelgenusses untersagt. Insgesamt wurde ein Schaden von rund 79 000 Euro verhindert.

Fahrspur gefunden. Ein Diensthund habe die Spur der flüchtenden Täter aufgenommen, sodass diese in einem abgelegenen Waldgebiet gestellt werden konnten. Das Fahrzeug wurde sichergestellt und die beiden polnischen Täter vorläufig festgenommen. Der veränderte Schaden liegt bei etwa 45 000 Euro, so Cathleen Tzscheppan. Bei dem zweiten Fahrzeug habe es sich um einen polnischen Flew gehandelt, der rund 300 Liter Dieseldieselkraftstoff geladen hatte. Beide Insassen seien vorläufig festgenommen worden.

Zwei Polizeigrößkontrollen aufeinanderfolgend waren und beide in den Bereichen Cottbus, Sprez-Neiße und proenzwald-Lausitz dürften Bürger überrascht haben. 170 Polizeibeamte waren im Einsatz, um Autodiebe zu verhindern. Die Verfolgungsdreieck wahrnehmbar zu demonstrieren, so Polizeisprecherin Cathleen Tzscheppan.

Größter Erfolg dürfte jedoch gewesen sein, dass vier Fahrzeuge sichergestellt und sechs Täter vorläufig festgenommen werden konnten. Eines der Fahrzeuge, ein Lkw mit Anhänger, der mit einem Kleinbagger beladen war, habe die Kontrollstelle auf der Autobahn 15 durchbrochen. Die Polizeibeamten hätten das kurzgeschlossene Fahrzeug kurze Zeit später leertotend auf der linken Fahrspur gefunden. Ein Diensthund habe die Spur der flüchtenden Täter aufgenommen, sodass diese in einem abgelegenen Waldgebiet gestellt werden konnten. Das Fahrzeug wurde sichergestellt und die beiden polnischen Täter vorläufig festgenommen. Der veränderte Schaden liegt bei etwa 45 000 Euro, so Cathleen Tzscheppan. Bei dem zweiten Fahrzeug habe es sich um einen polnischen Flew gehandelt, der rund 300 Liter Dieseldieselkraftstoff geladen hatte. Beide Insassen seien vorläufig festgenommen worden.



Neue Fahrzeuge für den Kampfmittelbeseitigungsdienst



In einem gemeinsamen Projekt des Kampfmittelbeseitigungsdienstes und der Fachschule des Heeres für Technik in Aachen wurde ein neues Einsatzfahrzeug mit einer einheitlichen Ausstattung/Ausrüstung für die verschiedenen Einsatzsituationen und einer Verladehilfe für schwere Munitionskörper (z.B. Bomben) entwickelt. Anfang 2011 konnten die ersten Fahrzeuge an die Besatzungen übergeben werden. Seit dem sind die Fahrzeuge im Einsatz und bewähren sich in der Praxis.



Zur Demonstration des Projekts ballistische Schutzwesten feuerte ein Mitarbeiter des Zentraldiensts der Polizei einen Schuss auf eine Schutzweste ab. Minister Dietmar Woidke hält hier das Ergebnis in Händen. Eberhard Geßner (rechts) gibt Erläuterungen. FOTO: BLAIS SCHLAGE

Schussversuche sparen Geld

SICHERHEIT Brandenburgs Innenminister besuchte Zentraldienst der Polizei

Wie hoch ist die Lebensdauer einer kugelsicheren Weste? Mit dieser Frage haben sich der Zentraldienst der Polizei in Wünsdorf und die Fachhochschule Wildau beschäftigt.

Von Gudrun Schneck

WÜNSDORF! Die Untersuchung ist so frisch, dass es noch nicht mal einen Abschlussbericht gibt. Brühwärm erfuhr Innenminister Dietmar Woidke gestern beim Zentraldienst der Polizei in Wünsdorf, wie sein Ressort Tausende von Euro einsparen könnte.

Woidke, der erst seit dem Rücktritt von Rainer Speer

das Innenministerium leitet, verschaffte sich in Wünsdorf einen Überblick über die zentrale Dienstleistungs- und Serviceeinrichtung der Polizei des Landes Brandenburg.

Das Wünsdorfer Logistikzentrum verwaltet mehr als 300 000 Artikel von der Polizeisoche bis zum Notebook, auch die sogenannten Unterziehschutzwesten. Jeder Vollzugsbeamte hat Anspruch auf solch eine Weste. 8900 befinden sich gegenwärtig im Bestand der Landespolizei.

Laut Hersteller gilt für diese Westen eine Garantie von zehn Jahren (sofern es keine Gewalteinwirkung gab). Bis zum Jahre 2013 müssten 7000 neue Westen angeschafft wer-

den. Eberhard Geßner, Leiter Produktion-Kunden-Management Technik des Polizei-Zentraldienstes, erläuterte: „Wir haben uns die Frage gestellt, ob die Weste nach zehn Jahren wirklich ihre Schutzfunktion verliert. Gemeinsam mit der Fachhochschule Wildau starteten wir im Mai 2009 ein Projekt zur Prüfung des Langzeitverhaltens des ballistischen Materials.“

„Eine Schutzweste kostet 1000 Euro. Man könnte viel Geld sparen!“ Eberhard Geßner

Versuche mit bis zu 13 Jahre alten Schutzwesten – ungetragenen, selten getragenen und oft getragenen – gab es sowohl beim Beschussamt im fränkischen Mellrichstadt, wo sich das amtliche Prüfinstitut für Waffen und Sicherheitstechnik befindet, als

auch in Wünsdorf. Das Ergebnis: Das ballistische Material von Schutzwesten ist auch nach 13 Jahren noch voll funktionsfähig.

Geßner: „Unterziehschutzwesten sind also mindestens 13 Jahre lang verwendbar. Eine Schutzweste kostet 1000 Euro. Es könnte eine Menge Geld eingespart werden.“

Woidke will den Vorschlag im Ministerium prüfen lassen. Bevor er weiterführend zum Kampfmittelbeseitigungsdienst nach Kümmerdorf-Gut, warf er einen Blick hinter das Amt für Forstwirtschaft und meinte: „Dort war ich früher oft mit ausländischen Gästen.“ In diesem Moment lagen zwischen seiner früheren Tätigkeit als Landwirtschaftsminister (2004-2009) und der jetzigen nur ein paar hundert Klein-

Schutzwesten unter Beschuss

Die Technische Richtlinie für Schutzwesten schreibt eine 10-jährige Gewährleistungszeit vor. Doch was dann? Bietet meine Schutzweste auch in Zukunft den erforderlichen Schutz? Diese Frage hat sich schon mancher Bedienstete gestellt. Mit dieser Frage haben sich auch die Mitarbeiter des ZDPol beschäftigt. Um ein wissenschaftlich gesichertes Ergebnis zu erhalten, wurden durch die TH Wildau eine Vielzahl physikalisch-chemischer Analysen und statistischer Auswertungen durchgeführt. So wurde nach einer zweijährigen gemeinsamen Projektarbeit im Mai 2011 eine Antwort gefunden: Ja, auch ballistische Schutzwesten, die 10 Jahre und älter sind, haben nichts von ihren schusshemmenden Eigenschaften verloren. Das Projekt wurde bundesseitig mit 100.000 Euro gefördert.



Polizeireform nimmt Gestalt an

■ **16. Dezember 2010:** Der Landtag hat den Antrag der Koalitionsfraktionen zur Polizeireform beschlossen. Mit der Errichtung des Polizeipräsidiums zum 1. Januar 2011 durch das Polizeistrukturreformgesetz „Polizei 2020“ erfolgt der erste Schritt zur Umsetzung der Polizeistrukturreform.

■ **3. Januar 2011:** Der Aufbaustab des Polizeipräsidiums und die Aufbaustäbe der Polizeidirektionen haben ihre Arbeit aufgenommen.

■ **1. April 2011:** Der Leiter des Aufbaustabes des Polizeipräsidiums, Arne Feuring, übergab Innenminister Dietmar Woidke das Konzept der Aufbaustäbe zur weiteren Umsetzung der Polizeireform in Brandenburg. Das knapp 100 Seiten starke Papier enthält konkrete Vorschläge für eine Polizeiorganisation, die im Jahr 2020 über 7.000 Stellen verfügen soll. Das Konzept sieht vor, 16 Polizeiinspektionen und 29 Polizeireviere einzurichten. 36 dieser 45 Standorte sol-

len über Kriminalpolizei verfügen (bislang 42 von 50 Wachenstandorten). Fünf bisherige Wachenstandorte sollen aufgegeben werden. Es bleibt bei vier Einsatzhundertschaften der Bereitschaftspolizei.

■ **5. Mai 2011:** Innenminister Dietmar Woidke informierte über seine abschließende Entscheidung zur Struktur und Organisation der Polizei den Innenausschuss des Landtages. Er folgte dabei im Wesentlichen dem Vorschlag der Aufbaustäbe.

Woidke hatte Änderungen an dem Konzept von Anfang an nicht ausgeschlossen, in folgenden Punkten verfügte er Änderungen: 1. Es gibt einen neuen Zuschnitt für die Polizeidirektionen Ost und Nord. Die künftige Polizeiinspektion Uckermark, deren Verantwortungsbereich den gleichnamigen Landkreis umfasst, wird nicht der Direktion Nord zugeordnet. Sie wird Bestandteil der Polizeidirektion Ost. 2. Es gibt keine Verringerung bei Stellen der Revierpolizei. 3. Weitere Standorte für Polizei-

reviere: An den jetzigen Standorten der Polizeiwachen Wittenberge, Zossen, Rheinsberg und Angermünde werden entgegen dem ursprünglichen Vorschlag ebenfalls Polizeireviere eingerichtet.

■ **1. Juli 2011:** Mit der Einrichtung der regionalen Polizeidirektionen erfolgte der nächste Schritt auf dem Weg in die neue Struktur. Woidke führte die neue Polizeiführung in ihre Ämter ein. Neuer Polizeipräsident wurde Arne Feuring. Bernd Halle, Olaf Fischer, Sven Bogacz und Peter Meyritz wurden die Leiter der neu geschaffenen vier Regionaldirektionen. Burghard Neumann und Dieter Büddefeld leiteten die zwei Fachdirektionen der Polizei.

■ **30. September 2011:** Die Leiter der neuen Polizeiinspektionen wurden benannt. Die neuen Polizeiinspektionen nahmen am 1. November 2011 ihre Arbeit auf.

Brand in Cottbusser Polizeigebäude

Großer Schreck für alle Bediensteten am Polizeistandort Bonnaskenplatz in Cottbus. In den frühen Morgenstunden des 30. Dezember 2010 stand das unter Denkmalschutz stehende historische Backsteingebäude der ehemaligen Webschule in Flammen. Untergebracht waren hier: Die Führungsstelle 2, das Zentrale Polizeigewahrsam, die Kriminaltechnik, Kommunikationstechnik, ein Computerkabinett und der Bereich Einsatztraining des Schutzbereiches Cottbus/Spree-Neiße.

Bis zu 70 Feuerwehrmänner waren den ganzen Tag im Einsatz, um den Brand zu löschen. Durch die Löscharbeiten wurde die gesamte Kommunikationstechnik außer Betrieb gesetzt. Einsatzkräfte der LESE bargen Bestände der Waffenkammer und versuchten, gemeinsam mit Kollegen des ZDPol und Beschäftigten des Standortes, Technik zu retten. Auch in den folgenden Tagen kam es immer wieder zum Aufflammen einzelner Brandherde. Untersuchungen von Brandermittlern führten zu dem vorläufigen Ergebnis, dass Dachdecker- und Auftauarbeiten am Dach des Gebäudes als Brandursache anzusehen sind.



Diensthund „Quando“ klärt Brandstiftung auf



Diensthund Quando verfügt noch nicht über einen jahrelangen Erfahrungsschatz. Dennoch konnte er sich bereits über die Barnimer Grenzen hinaus einen Namen machen. Zusammen mit Hundeführerin Katrin Lattenstein kam Quando am Pfingstwochenende 2011 nach einer Serie von schweren Brandstiftungen im Schutzbereich Cottbus/Spree-Neiße zum Einsatz. Dem Duo gelang es, entscheidende Ermittlungsansätze herauszuarbeiten. Die führten die Kriminalisten in Kürze auf die Spur des Brandstifters. Der Tatverdächtige, der mit seinen fortgesetzten Handlungen auch in Kauf nahm, dass Menschen ernsthaft zu Schaden kommen, konnte auf diese Weise schnell dingfest gemacht werden.

Kindesentführung in Kleinmachnow

10. Februar 2011, kurz nach acht Uhr. Eine Frau verlässt ihr Haus in Kleinmachnow (Landkreis Potsdam-Mittelmark), um ihre 4-jährige Tochter in die Kita zu bringen. Plötzlich wird sie von einer maskierten Person bedroht. Ihr wird ein Zettel übergeben, sie wird aufgefordert in ihr Haus zu gehen. Das Kind wird entführt. Auf dem Zettel stehen Forderungen über einen Geldbetrag sowie „keine Polizei, keine Presse“.

In den frühen Abendstunden nimmt der Entführer telefonisch Kontakt zur Familie des Kindes auf. Gegen halb zehn lässt er das Kind frei und wird kurze Zeit später durch Spezialeinsatz-

kräfte festgenommen. Frank Güldner und Rudi Sonntag, beide Polizeipräsidenten, erinnern sich:

Güldner: „Dies war einer der anspruchsvollsten Polizeieinsätze der letzten Jahre. Hier war die gesamte Behörde gefordert. Erschwerend kam hinzu, dass wir während der Entführung kein Lebenszeichen von dem 4-jährigen Mädchen hatten. Uns allen fiel ein Stein vom Herzen, dass die Entführte unversehrt blieb.“

Sonntag: „Das vereinbarte Stillhalteabkommen mit den 24 Medienhäusern bei dieser Entführung wurde durch die Journalisten eingehalten.

Selbst der Chefredakteur einer großen Tageszeitung zweifelte bis zuletzt daran, dass sich alle Journalisten daran halten werden.“

530 Polizisten auf der Spur eines roten Autos

Wie die Ermittler – auch dank einer Zeugin – die Kindesentführung nach fast 14 Stunden beendeten

VON ALEXANDER FRÖHLICH

KLEINMACHNOW/POTSDAM – Die Nachbarin gab der Polizei den entscheidenden Tipp. Sie hat von Fenster aus beobachtet, wie der 44-jährige Unternehmer Carsten W. am Donnerstagsmorgen um 8 Uhr maskiert auf das Nachbargrundstück stürmt, wie er der Frau eine Sichel an den Hals hält und deren vierjährige Tochter kidnappt. Zurück ließ der Mann nur einen Brief, darauf steht: „keine Polizei, keine Presse“ und 60 000 Euro Lösegeld.

Aber die Nachbarin merkte sich den Wagen des Entführers. Es ist ein roter Renault Clio, der ungewöhnlich sauber für diese Witterung und neu aussieht. Auch das Nummernschild notierte sich die Frau. Wie sich später herausstellte, ist es von einem Wagen der tschechischen Botschaft in Berlin gestohlen worden. Ihre Aussagen über den roten Wagen aber werden für den Erfolg der Polizei entscheidend sein. „Wir haben sofort die Fahndung nach dem roten Clio aufgenommen“, sagt Einsatzleiter Uwe Flemming. Unzählige Fahrzeughalter rote Clios wurden abgeklärt.

„Sie können sich vorstellen, wie viele rote Clios die Kollegen plötzlich gesehen haben“, sagt der Einsatzleiter. Doch schnell wird klar, dass es ein Mietwagen ist.

Flemming hat am Morgen in Eiche, im Polizeipräsidium seinen Posten bezogen, es sind 50 Beamte, Spezialisten, selbst Po-

lizeipräsident Rainer Kann, in der Einsatzzentrale. Es ist die erste große Bewährungsprobe für das neue Landes-Präsidium nach der Polizeireform. Bis zum frühen Abend tappen die Ermittler im Dunkeln. Die Polizei hat inzwischen viele Kräfte zusammengezogen. 530 Beamte sind im Einsatz, allein das Kernteam der Kriminalisten besteht aus 100 Ermittlern.

Um 18.22 Uhr meldet sich der 44-jährige bei der Familie, um die Geldübergabe zu regeln. Er wird an diesem Abend noch zwei weitere Male anrufen, aus der Telefonzelle und aus einem Internetcafé. In der Einsatzzentrale hören sogenannte Profiler mit, Analytiker, die ein Profil des Täters erstellen. Es ist der Zeitpunkt, an dem sich die ersten Teile eines Puzzles ineinander fügen. Der Entführer beordert die Mutter mit dem Lösegeld über die A 12 in Richtung Polen nach Fürstenwalde (Oder-Sprea). Wegen des im Vergleich zu anderen Entführungen geringen Lösegeldes will sich Einsatzleiter Uwe Flemming nicht auf Verhandlungen einlassen. „Priorität hatte das Leben des Kindes“, sagt er. Dem Mädchen gegenüber verhält sich der 44-Jährige offenbar vorsichtig. „Es sitzt die ganze Zeit auf der Rückbank des Wagens. Der Entführer geht mit ihr spazieren, versorgt es mit Essen, hat sogar Spielzeug dabei. „Er hat das Kind berührt“, sagt Einsatz-

leiter Flemming neu, „aber so verständnis“? Oberstaatsanw.

An der Abfahrlinie der 41-jährigen, die Reisetatobahnbrücke v.wagen der PK Kreis ist große teams entdeckt schreibung des sanfterer Clio. chen. Ein Wagen tow, Stabschefor das Kind mit ih erkennen es nic

Der Mann nu legt falsche Fähr in Storkow frei führt Rastplatz Fahrtrichtung, dass er nicht ve Schließlich lässt dort das K es und bringt er

„Der Mann nu legt falsche Fähr in Storkow frei führt Rastplatz Fahrtrichtung, dass er nicht ve Schließlich lässt dort das K es und bringt er

Vierjährige nach Entführung in Kleinmachnow unversehrt frei

Polizei nimmt Tatverdächtigen fest

VON MICHAEL BEHRENDT UND PETER OLDENBURGER

KLEINMACHNOW/POTSDAM – Die Entführung eines vier Jahre alten Mädchens aus dem brandenburgischen Kleinmachnow (Potsdam-Mittelmark) hat am Donnerstagsabend ein glückliches Ende genommen. Das Kind kam nach der Zahlung von Lösegeld frei. Die Vierjährige soll nach Polizeiangaben unversehrt sein. Ein Tatverdächtiger konnte unmittelbar nachdem das Kind freigelassen und zu seinen Eltern zurückgekehrt war, festgenommen werden. Der Mann hatte mit einem Pkw einen Fluchtversuch unternommen, wurde dabei aber den Angaben zufolge in einen Unfall verwickelt.

Der Täter hatte das Kind mehr als 18 Stunden in seiner Gewalt. Die Vierjährige war am Morgen in Kleinmachnow von einem Maskierten vor den Augen der Mutter verschleppt worden. Die Frau hatte ihre Tochter bei einer Tagesmutter abliefern wollen, als der Entführer zuschlug. Der Täter war anschließend mit seiner Geisel in einem roten Kompaktwagen geflüchtet. Der Mann hatte dabei ein Papier mit einer Lösegeldforderung in fünfstelliger Höhe hinterlassen. Nach Morgenpost-Informationen verlangte der Entführer von den Eltern die Zahlung von 60 000 Euro.

Die Polizei des Präsidiums Potsdam leitete sofort umfangreiche verdeckte Maß-

Der schnelle Weg ins Paradies ...

.... mit diesem Slogan wirbt sein Hotel. Axel Hilpert, Kunst- und Antiquitätenhändler beim DDR-Devisenbeschaffer Alexander Schalck-Golodkowski, im Bereich für Kommerzielle Koordinierung (KoKo), Stasi-Mitarbeiter, Agent im Ausland, Ehrenoberst der kubanischen Armee, politisch gut vernetzter Berater und Unternehmer – jetzt Untersuchungshäftling. Am 9. Juni 2011 schlossen sich die Tore der Untersuchungshaftanstalt Brandenburg hinter dem 63-jährigen Axel Hilpert. Dem vorausgegangen waren umfangreiche einjährige Ermittlungen im LKA 222 gegen den Beschuldigten Hilpert u. a. wegen des Verdachts des Betruges im besonders schweren Fall zum Nachteil der Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB) im Zusammenhang mit dem Bau des Hotels Ressort Schwielowsee. Von den rund 9.2 Mio. Euro Fördermitteln, die durch die ILB ausgereicht wurden, sind nach bisherigen Erkenntnissen etwa 4 Mill. Euro in die Taschen des Beschuldigten Hilpert geflossen. Hilpert wird 2012 zu fünf Jahren und sechs Monaten Freiheitsstrafe verurteilt, kann das Gefängnis unter hohen Auflagen jedoch verlassen.

„Freie Kräfte Teltow Fläming“ verboten

Seit 2007 befanden sich die „Freien Kräfte Teltow Fläming“ (FKTF) im Fokus der Sicherheitsbehörden.

Polizei und Verfassungsschutz werten die vorliegenden Erkenntnisse zur Vereinigung und deren Mitgliedern aus. Durch das Innenministerium als zuständige Verbotsbehörde wurde im Ergebnis festgestellt, dass die Aktivitäten und die ideologische Prägung der Vereinigung FKTF den Strafgesetzen zuwider laufen und gegen die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik Deutschland verstoßen. Aus diesem Grund wurde die Vereinigung FKTF mit Verfügung vom 21. März 2011 verboten und das Verbot am 11. April 2011 vollzogen. Im Rahmen der Durchsuchung innerhalb der „BAO 101“ (Vollzug am 101. Tag des Jahres) wurden diverse Propagandamittel, eine USBV, die Vereinskasse sowie Zufallsfunde sichergestellt.

Entführer Carsten W. (44) hat drei Kinder

Mit dem Lösegeld der Mädchen-Räuber Schulden begleicht

Die Entführung

Er ist sehr düster. Mit Hund kennt er sich besonders gut aus: Er weiß sofort, was das Beste für einen Hund ist. Er ist auch kinderlieb. Hat selber drei. Das jüngste ist kaum älter als das Mädchen, das er morgens in Kleinmach-

einen Schlag zu befeuert: Ein großer Coup und sorgfältig überlegt! Zu gefährlich Glücksspiel! Zu riskant! Wollen wir sich schließlich entschließen? Roboter? Freigeben, was man sich vorstellen kann. Reichen Löwen das Kind weg-

Mittwoch misst er einen roten Renault Clio. Klaus ist der Nacht Diplomat-Kennzeichen von einem Wagen der Tschechischen Botschaft. Donnerstag, kurz vor 8 Uhr.

Start ins dritte Jahrzehnt

Geiselnahme am Flughafen

600 Polizisten trainieren den Ernstfall

Von den Querelen um die Eröffnung des neuen Flughafens *Berlin Brandenburg International* unbeeindruckt findet im April 2012 die Großübung „Milan“ statt. Als Übungsszenario wird eine Geiselnahme durch einen Einzeltäter angenommen. Knapp sechs Wochen vor dem, zu diesem Zeitpunkt noch aktuellen, Eröffnungstermin Anfang Juni 2012 sollen die Einsatzkräfte der Spezialeinheiten Abläufe trainieren und das Gelände des neuen Flughafens kennenlernen. Gemeinsam mit der Bundespolizeidirektion Berlin und Verantwortlichen des Flughafens wird auch das gemeinsame Handeln in der Notfalleinsatzzentrale (NEZ) und das Zusam-

menwirken mit den Bodenverkehrsdiensten des Flughafens geübt. Um die Übung so realistisch wie möglich zu gestalten, stellt das Unternehmen „airberlin“ extra eine „Boeing 737“ zur Verfügung. Im Flugzeug verschanzte sich der Täter mit seinen Geiseln, auch eine Bombe soll sich an Bord befinden. Am späten Nachmittag erfolgt der „Notzugriff“, Männer der Spezialeinheiten stürmen die Boing. Der Geiselnahmer kann ohne Schusswaffenanwendung festgenommen werden. Eine bis dahin einmalige Großübung mit über 600 im Einsatz befindlichen Kollegen kann damit am Abend erfolgreich beendet werden.



Auf dem Rollfeld, das SEK nach der Befreiung der Geiseln (oben); In der Befehlsstelle (rechts)

Ganz nah dran ...

Polizeipräsidium lädt zum ersten Tag der offenen Tür

Parkplätze waren an diesem Tag auf dem Gelände in Eiche echte Mangelware. Weit mehr als 1.000 Besucher waren der Einladung des Polizeipräsidiums zum ersten Tag der offenen Tür gefolgt. Präsentiert wurde dort, was die Polizei des Landes zu bieten hat. So gab es Vorstellungen der Puppenbühne für die jüngeren Besucher und vielfältige Präsentationen von Einsatztechnik aus allen Arbeitsbereichen. An verschiedenen Ständen konnten sich Besucher über Einbruchsschutz informieren, auch der Informationsstand der Nachwuchswerbung war an diesem Tag gut besucht.

Highlight des Nachmittags war die Demonstration der Spezialeinheiten. Polizeihubschrauber Adebar beförderte vier SEK-Beamte zum Ort einer angenommenen Gewaltandrohung durch einen Bewaffneten. Gemeinsam mit Sicherheitskräften brachten die eingeflogenen Kollegen die Situation schnell unter Kontrolle und überwältigten den Täter. Die Vorführungen der Diensthunde sorgten vor allem bei den Kindern im Publikum für Staunen, mancher Knirps feuerte die Vierbeiner gar an. Viel Beifall war dann der wohlverdiente Lohn für die Vierbeiner und natürlich deren Herrchen.

Rocker im Visier

Druck auf die Szene



Personenkontrollen vor dem Vereinsheim in Potsdam

Schon in der ersten Nacht des gerade angebrochenen Jahres 2012 kommt es zu einem brutalen Überfall auf einen 15-Jährigen. Der Jugendliche wird aus einer 20-köpfigen Gruppe heraus angegriffen und niedergestochen, er überlebt schwer verletzt. Ermittlungen ergeben, die Angreifer trugen für die Rockerszene typische Kleidung. Nicht erst seit diesem Ereignis beobachten die Ermittlungsbehörden die Entwicklungen in der Szene sehr genau. Nahezu wöchentlich wird in den Medien über rivalisierende Rockergruppen oder spektakuläre Prozesse gegen führende Bandenmitglieder berichtet.

Ende Mai 2012 kommt es im Vereinsheim der Bandidos in der Berliner Streustraße zum größten Wechsel von Rockern in der Geschichte des Clubs, „Patch over“ genannt. Das verbotsgefährdete Chapter der Bandidos „South Side“ löste sich auf und wechselte kurzerhand zu den Hells Angels ins benachbarte Brandenburg. Rund 200 Bandidos und Unterstützer werden an diesem Abend als „Prospect“ (engl.: „aussichtsreicher Kandidat“) bei den Hells Angels Potsdam aufgenommen. Ein Charter der Hells Angels „Nomads“ kam dem drohenden Verbot zuvor und zog von Berlin vor die Tore der Stadt nach Oranienburg, weitere Gruppierungen etwa die „Brigade 81“ löste sich auf.

Später folgte ein Großeinsatz, etwa 1000 Polizisten durchsuchten Anfang Juni etwa 70 Objekte, Wohnungen, Arbeitsstätten und Vereinshäuser verschiedener Rockerbanden in Berlin und Brandenburg. Der Druck auf die Szene wuchs, dies führt schließlich zur Auflösung mehrerer Dependancen. Auch die Potsdamer Hells Angels geben im Juni ihre Auflösung bekannt. In den Folgemonaten werden bei weiteren Einsätzen in Vereinsheimen der Rocker dennoch beachtliche Waffendepots entdeckt. Die Polizei behält die Rocker-Szene fest im Blick.

Durchsuchungsaktionen in Südbrandenburg

Im Juni wird die rechtsextremistische Vereinigung „Widerstandsbewegung in Südbrandenburg“ verboten. Die Aktivitäten der Vereinigung richteten sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung und den Gedanken der Völkerverständigung. Zweck und Tätigkeit des Vereins liefen außerdem den Strafgesetzen zuwider, hieß es in der entsprechenden Verbotsverfügung. Mehr als 200 Polizisten sind bei der Vollstreckung des Vereinsverbotes im Einsatz.



Beschlagnahmte Gegenstände

Spitzensportler werden Polizisten

Brandenburgs Polizei erhält Sportfördergruppe



Innenminister Dietmar Woidke, Sportministerin Martina Münch, Landes-sportbund-Präsident Wolfgang Neubert, der Vorsitzende des Trägervereins des Olympiastützpunktes Brandenburg, Andreas Gerlach und der Präsident der Fachhochschule der Polizei Rainer Grieger mit den zehn Spitzensportlerinnen und Sportlern der Fördergruppe.

Ein Novum in der Brandenburger Polizei: Zehn Spitzensportler beginnen im Oktober des Jahres 2012 neben ihrem Training ein Bachelorstudium an der Fachhochschule. Bei erfolgreichem Studienabschluss eröffnet ihnen dies einen dauerhaften Einsatz im gehobenen Polizeidienst nach Abschluss der sportlichen Karriere. Unter den zehn Kommissarsanwärtern sind vier Frauen. Die Bandbreite der parallel zum Studium betriebenen Sportarten reicht vom Rudern, über Sportschießen und Radsport, bis hin zum Modernen Fünfkampf.



„Die Polizei hat die Aufgabe, Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung abzuwehren. Sie hat im Rahmen dieser Aufgabe auch Straftaten zu verhüten ...“

Brandenburgisches Polizeigesetz (BbgPolG)